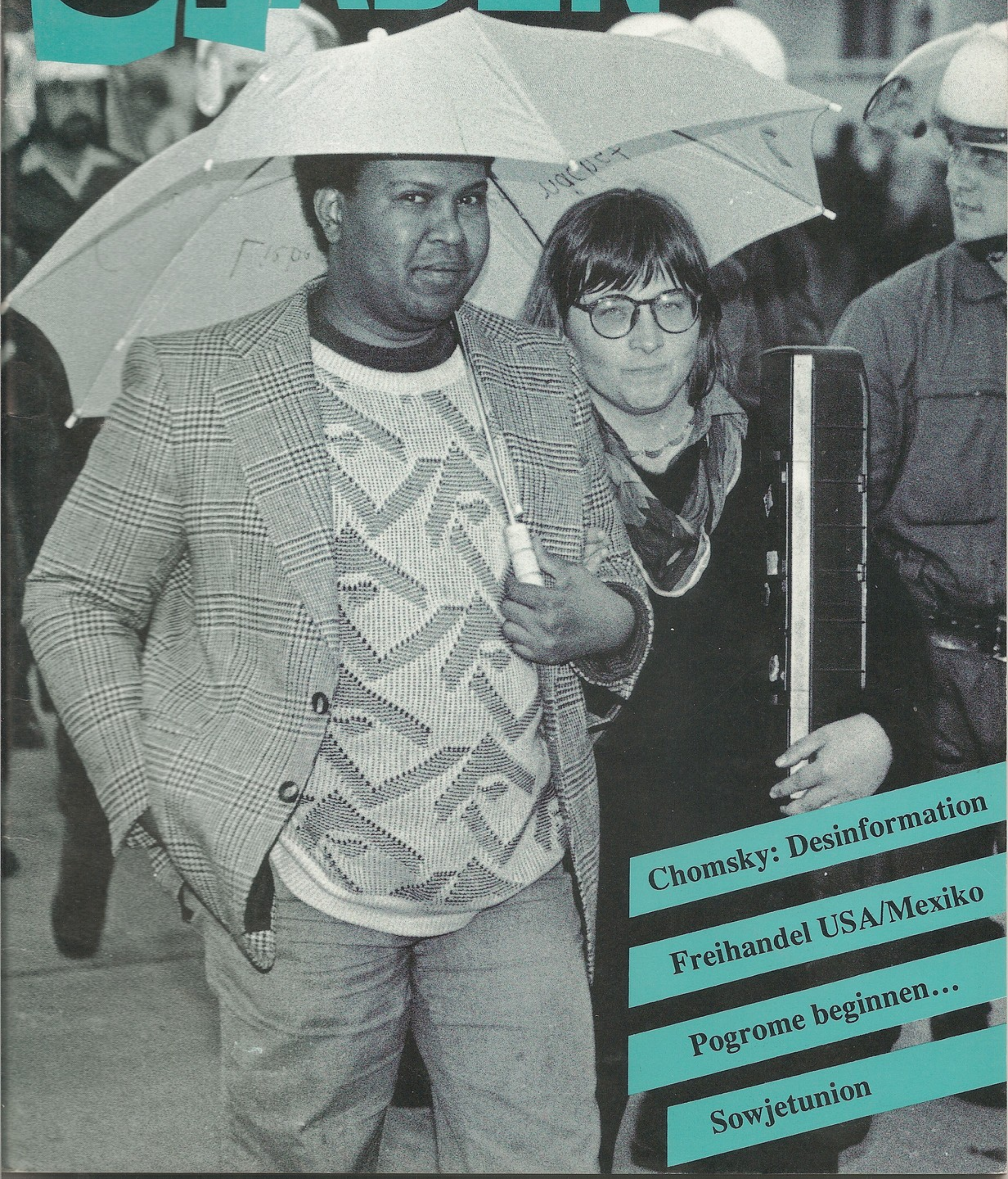
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit 12.Jg. 4/91 6,-DM

SCHWARZER FADEN



Chomsky: Desinformation

Freihandel USA/Mexiko

Pogrome beginnen…

Sowjetunion



Photo: Leonard Lessin

An Schwarzer Faden vom 12.8.91
j/ve

btr. Schwarzer Faden 3/91
Glosse

Sehr geehrter Herr Sachs,

Die Gremliza Verlags GmbH wird von mir vertreten. Von mir beglaubigte Fotokopie der auf mich lautenden Vollmacht, unterzeichnet vom Geschäftsführer meiner Mandantin, ist beigefügt.
Zu Ihrer „Glosse" in der Ausgabe 3/91 von „Schwarzer Faden" überreiche ich Ihnen eine Gegendarstellung unterzeichnet vom Geschäftsführer meiner Mandantin mit der Aufforderung, diese Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe von „Schwarzer Faden" an gleicher Stelle und in gleicher Schrift wie die Erstmitteilung unter Hervorhebung der Überschrift Gegendarstellung durch drucktechnische Anordnung und Schriftgröße abzudrucken.
Bitte geben Sie mir Ihre Abdruckbereitschaft bekannt bis zum 20.08.91 bei mir eingehend. Weitergehende Ansprüche bleiben ausdrücklich vorbehalten.
Mit freundlichen Grüßen,
Helmuth Jipp (Rechtsanwalt)

Gegendarstellung
zu „Glosse" in „Schwarzer Faden" 3/91:
Sie schreiben:
„... und die positive Haltung zum Golfkrieg kostete Konkret nach eigenen Angaben 4000 ABOs"
Diese Behauptung ist so nicht richtig: Konkret hat zwar eigene Zahlen bekanntgegeben, den Rückgang jedoch nicht mit 4000 sondern zutreffend mit 1100 ABOs bezeichnet.
Hamburg, 12.8.91
Christoph Speier,
Gremliza Verlags GmbH
Geschäftsführer

Dazu: wir haben da vielleicht etwas vorschnell die Entwicklung antizipiert. Richtig hieß es in KONKRET 5/91: *„Gremliza: 1100 Abo-Kündigungen von Friedensfreunden – so viel habe ich mir seit Wallraff nichts mehr kosten lassen"*
Immerhin haben wir die aktuelle Zahl der KONKRET-ABOs richtig wiedergegeben, was KONKRET größere Schwierigkeiten macht und die Frage erlaubt, ob die alle per Rechtsanwalt miteinander verkehren?

Schmunzelecke

KONKRET Heft 7/91
„*Die Weltbühne*, einst »Bückware« in der DDR, hat über zwei Drittel ihrer bezahlten Auflage verloren und noch höchstens 6000 Abonnements."

KONKRET 9/91
„Der Herausgeber der *Weltbühne* widerspricht: Die Zeitschrift habe per 1.Juli 1991 9850 Abonnenten und insgesamt eine verkaufte Auflage von 15000."

KONKRET 7/91
„*Prokla*, die Zeitschrift des Westberliner »Projekt Klassenkampf«, hat ihr Erscheinen eingestellt."

KONKRET 8/91
„Entschuldigen müssen wir uns ... bei der Redaktion der Zeitschrift *Prokla* (und dem Rotbuch-Verlag, in dem diese erscheint). (Konkret-Autor) Chris Toffel (hatte) die Einstellung der *Prokla* gemeldet. Diese Information ist falsch. Wie seit bereits 21 Jahren wird *Prokla* auch weiterhin regelmäßig erscheinen. Gerade ist die Nr.83 („Migrationsgesellschaft") herausgekommen."

KONKRET 7/91
„ProWo, das Westberliner Autonomen-»Projekt Wochenzeitung« liefert in unregelmäßigen Abständen ca. 800 Exemplare aus."

PROWO Sept.91
„Die verkaufte Auflage der ProWo liegt nicht bei 800 Exemplaren, sondern – je nach Nummer schwankend – bei rund dem Doppelten."

Eine Richtigstellung konnte die Berliner *ProWo* in KONKRET nicht erreichen. Unser Tip: Herr Jipp!

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt auf 100% Altpapier.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.
"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.
Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.
Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren:
20.- für 4 Nummern, Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie: 10.-DM
Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen
(3 alte Nummern nach Wahl): 10.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%
Unsere **"Patenschaft" für die argentinische Anarchozeitschrift Revista Agitacion** existiert noch immer. Wir konnten erneut 320.-DM nach Buenos Aires überweisen. Wer spenden will, bitte mit dem Stichwort „Argentinien".

Aktueller den je: SF-Aufkleber: **@lle Menschen sind @usländer:** 1.-DM, 10 St. zu 7.-

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.-; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Beilagen: 300.-DM. Dauerkunden erhalten 30%.Rabatt!!

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden, Postf. 1159, 7043 Grafenau-1, Tel.: 07033-44273; Fax 07033-45264;
ISSN: 0722-8988.
Weiterer Redaktionskontakt: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. 41 (1/92): 18.1.92
Anzeigenschluß Nr.41 : 23.1.92

Kleine Vorschau auf Nr.41:

Klaus Haag: Der 1000-köpfige Drache, Über Herrschaft in China, mit Photomaterial von *Klaus Ehrmann* zu den Demonstrationen unmittelbar vor der gewaltsamen Niederschlagung der demokratischen Bewegung

Inhalt Nr.40

SF-Spendenliste: Wir danken allen SpenderInnen, die uns immer wieder aufgerundete Beträge überweisen. Da einige auf Wunsch ungenannt bleiben wollten, haben wir die Praxis vorerst ausgesetzt, Kürzel zu veröffentlichen. Falls gegenteilige Wünsche geäußert werden, wollen wir damit fortfahren und die SpenderInnen bitten, uns mitzuteilen, wenn sie nicht veröffentlicht werden wollen.
Monatliche Dauerspenden:
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-

SF - ABOS

Nachdem unsere „Hitliste" (vgl. SF-38) fester AbonnentInnen auf positive Resonanz stieß, veröffentlichen wir erneut den derzeitigen Stand und hoffen besonders in den „strukturschwachen" Gebieten auf eure Unterstützung durch die Organisation **neuer Wiederverkaufsstellen!**

PLZ 6: 295 (+21)
PLZ 2: 280 (+10)
PLZ 1: 275 (+24)
PLZ 7: 239 (-1)
PLZ 5: 234 (+17)
PLZ 4: 207 (-6)
Ausl.: 203 (+18)
PLZ 3: 197 (+5)
PLZ 8: 162 (-2)
Osten: 55 (+2)

Erklärung:

In der letzten Ausgabe des SF 3/91, stand der Text *"Schwarz und Lila – afroamerikanische Minoritäten- und Frauenliteratur"*.
In der Einleitung des Textes wird folgende Formulierung benutzt: *"..Doch ist er auch eine kleine Provokation, wenn man berücksichtigt, daß amerikanische Kritiker gewöhnlich »the mainstream of American literature« mit euro-jüdisch-amerikanischer Literatur gleichsetzen. Dieser mußte mensch als Minoritätsautor nacheifern und am besten Teil von ihr werden, wollte mensch ernstgenommen werden. Nur sie wurde als "universell" allgemeingültig angesehen, während andere Literaturen von Minoritäten nur in einer engeren, soziologischen Perspektive Interesse hervorriefen..."*
Als Übersetzer habe ich damit einen Text verbreitet, der ein klares antisemitisches Klischee enthält.
Besonders übel ist so eine Formulierung in der gegenwärtigen Situation, in der Antisemitismus große Teile der Welt verpestet und in vielen Formen, bewußt/unbewußt, offen/verdeckt auftritt und Menschen bedroht und zur Flucht zwingt. Ich beklage diesen Fehler sehr.

Jürgen Wierzoch

Anm. der SF-Red.: Wir können die Einschätzung, daß es sich bei dem Begriff "euro-jüdisch-amerikanische Literatur" um einen (unbewußten) Antisemitismus handelt nicht teilen. Sie setzt u.M.n. voraus, daß mit der Verwendung des Begriffs "jüdisch" immer eine anti-semitische Aussage verknüpft ist. Damit würde "jüdisch" aber gerade auf die negative Lesart reduziert, was wohl im Sinne der Antisemiten wäre.

Titelphoto+Rücktitel: Demonstration in Hoyerswerda, Hacky Hagemeyer V.E. Bild,

Festung Europa und die Kunst AusländerInnen zu quotieren

von Michael Wilk

"Sie wollen die Olympiade in Berlin ausrichten - können sie sich vorstellen, wieviele Arbeitskräfte man dazu braucht?"
(D.Cohn-Bendit)

In der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar 1992 wird der europäische Binnenmarkt offiziell. Die Etablierung der Festung Europa und die damit angestrebte Verbesserung "europäischer Kampfkraft in der verschärften Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt" vollzieht sich auf der Grundlage nivellierter, aufeinander abgestimmter Rechtsgrundlage.

Die Unterzeichnung der Schengener Vertragswerke (19.06.1990) war ein weiterer Baustein im Bemühen, das sogenannte Flüchtlings- und ImmigrantInnenproblem europäisch-administrativ zu regulieren.

Die bundesrepublikanischen neuen AusländerInnengesetze, die am 1.01.1991 in Kraft traten, und die nach wie vor die völkische Definition der Deutschstämmigkeit als Grundlage festschreiben, finden sich so gut eingebettet ins europäische Gesamtkonzept der Abschottung, Ausgrenzung und Selektions-Begriffe, bei denen sich aus dem vollen deutschen Erfahrungsschatz schöpfen läßt.

Die Forcierung der Supermacht Europa, mit führendem BRD-Anteil bedeutet konsequenterweise die Fortführung einer Politik der Machtkonzentration, die Stabilisierung patriarchaler Ausbeutungsverhältnisse und das Fortbestehen kolonialer Austauschbeziehungen zwischen den Ländern Europas und der "Dritten Welt".

Während im Inneren der Festung versöhnender Ausgleich zwischen *Oben und Unten* durch Demokratisierungsmodelle, die begrenzte Teilnahme an - und damit die Identifizierung mit Machtstrukturen ermöglicht wird, und "Low-level"-Ausbeutung mit hohem Konsumanteil (ehemals?) klassenbewußte Teile der Gesellschaft mit zu den stabilsten Faktoren des Systems werden läßt, werden Mittel offener Gewalt gegen die Menschen außerhalb der Festung gerichtet.

Die an den Grenzen Zentral-Europas patroullierenden Armee-Einheiten (Österreich und Schweiz) und des Bundesgrenzschutzes markieren deutlich die Grenze zwischen den Bereichen subtilerer Herrschaftssicherung und dem außerhalb der Festung gelegenen Umland.

Gemäß der Devise, gesellschaftliche Realität nicht zu bekämpfen, sondern das beste daraus zu machen, dokumentieren maßgebliche grüne PolitikerInnen ihren Utopie-Verlust durch die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz, das die noch auf dem Parteitag im Mai vertretene Forderung nach offenen Grenzen auf ein "realistisches Maß" reduziert.

Relevanz erzielt dieser Vorschlag weniger in der realen Umsetzung als Gesetz (zumindest zur Zeit), sondern viel mehr in der weiteren Einengung der Spannweite der Diskussion in der soge-



nannten liberalen Öffentlichkeit.

Kerninhalt des grünen Vorschlags, die AusländerInnengesetzgebung durch ein Einwanderungsgesetz zu ersetzen, ist die Überlegung, daß von den über 2,3 Millionen Menschen, die in den letzten drei Jahren in die BRD kamen, nur 400.000 AsylbewerberInnen waren, von denen ebenfalls viele eigentlich EinwanderInnen waren. (1)

Die meist auf ökonomische Not begründete Flucht der Menschen könnte laut der Argumentation der Grünen zur Tugend des BRD-Staates werden, der ihrer Vorstellung gemäß gar nicht nötig hätte, sich hinter einer AusländerInnengesetzgebung zu verschanzen, geben doch klassische Einwanderungsländer wie die USA, Canada oder Australien Beispiel dafür ab, daß durch (zugegebenermaßen auch noch mangelhafte) Einwanderungspolitik die einwandernden Menschen die gleichen Rechte wie die Einheimischen haben (1) - die Überlegung spricht für sich.

Nicht desto trotz sind sich die ProtagonistInnen einer neuen Einwanderungspolitik durchaus darüber im klaren, dß der Akzeptanz von AusländerInnen Grenzen gesetzt sein könnten: denn trotz des Einsatzes als ökonomischer Reserve ("...dabei ließen sich Ausländer in 6 Monaten als Hilfspfleger ausbilden" (2) ist zu befürchten, daß die Zahl derer die kommen könnten, die Akzeptanz grüner Wählerpotentiale deutlich überfordert.

Somit komme *"auch die wohlwollendste Einwanderungspolitik nicht umhin Obergrenzen festzulegen. Denn schließlich müssen die Menschen nicht nur hereinkommen, sie müssen auch aufgenommen werden." (3).*

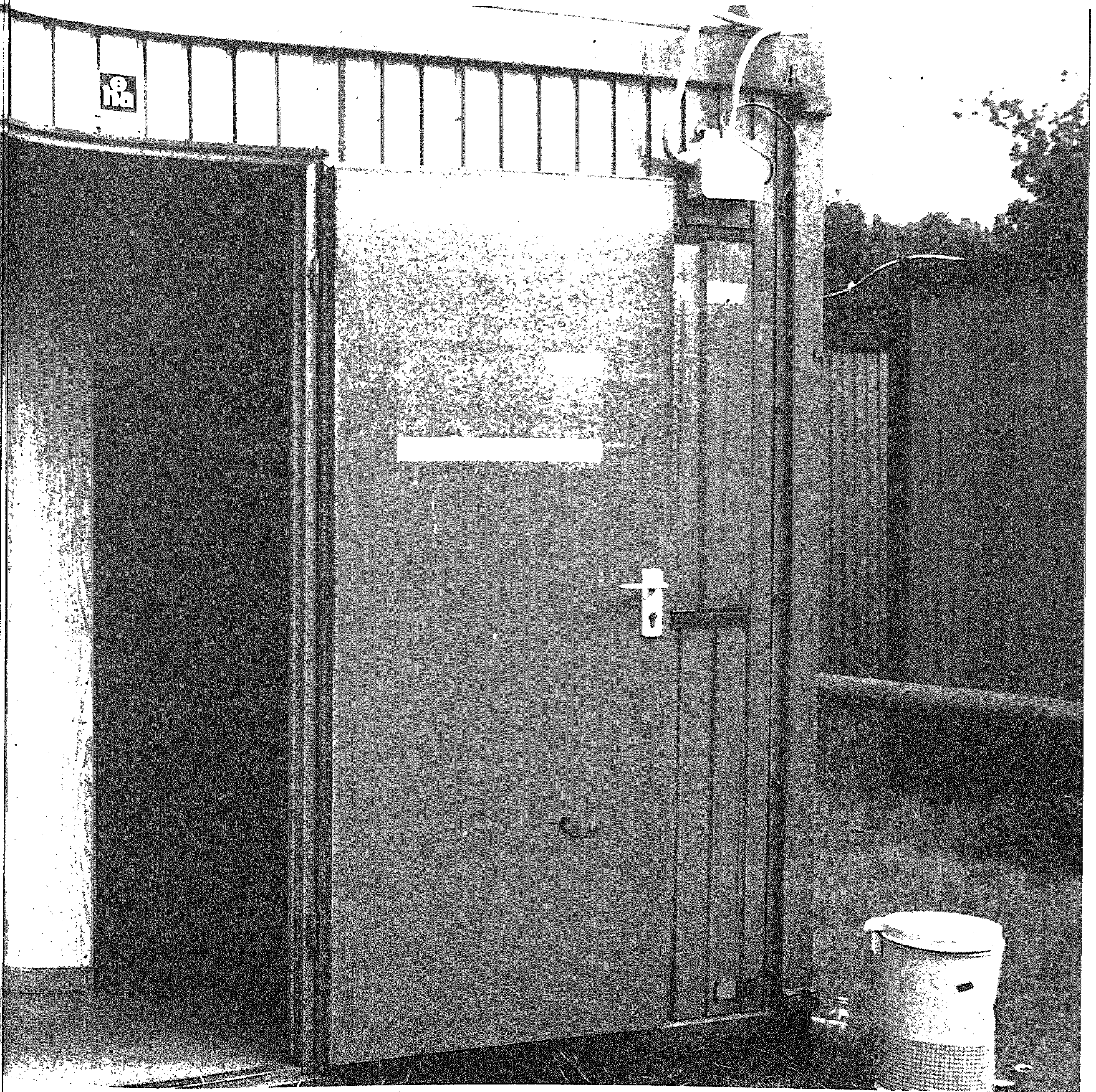


Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

Düster zeichnet sich das Bild:

Nicht mehr die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Ausbeutung von Menschen sind die Maxime der Politik, sondern Kategorien der Akzeptanz der deutschen Bevölkerung.

Die großdeutsche Stimmungslage, die sich oft genug rassistisch, nationalchauvinistisch und nicht zuletzt egoistisch zeigt als Maßstab politischen Handelns in den Vordergrund zu stellen, offenbart den Regelkreis angepaßter Politik.

Auf dem Hintergrund "deutschen Bewußtseins" erscheint für Unbedarfte selbst die Umetikettierung von Menschen (Flüchtling zu EinwandererInnen) als fortschrittliches Unterfangen.

Die Forderung nach einer Quoten-Regelung für EinwanderInnen ist eine diesem Denkmuster folgende Konsequenz, die auf pragmatische Art und Weise ("gesundes deutsches") Volksempfinden mit Arbeitsmarkt-Erfordernissen verknüpft.

"Die Bundesrepublik, am besten ganz Europa, müßten sich zur Einwanderungsregion erklären. Eine Einwanderungsbehörde bestimmte dann welchen Bedarf es in der Bundesrepublik - oder in Europa - gibt. Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitsämtern festgelegt werden." (2)

Was jedoch wäre die schon seit den Gründungstagen der Grünen praktizierte Anpassung ans herrschende System ohne die übliche Reminiszenz an die Basisbewegung - und richtig, sie findet sich in der Forderung nach *"Mitwirkung von gesellschaftlich engagierten Gruppen, speziell AusländerInnen-Initiativen, aber auch Medico International sowie amnesty international, in den für die Quotierung zuständigen Gremien." (4)*

Der Vorschlag, Quotierung auch durch hier lebende AusländerInnen (EinwanderInnen) mitbestimmen zu lassen, entbehrt nicht einer gewissen Raffinesse:

Haben nicht ebenfalls von Rassismus und Abgrenzung der Deutschen Betroffene ein besonderes Gespür für die der Quotierung zu Grunde gelegte Strapazierfähigkeit "deutscher Toleranz"?

Außerdem war es schon immer geschickt, Menschen in die sie selbst betreffenden Unterdrückungsmechanismen miteinzubeziehen - hier in das

lation und Ausgrenzung.

Die Grünen, selbst erfahren genug auf dem Gebiet der Anpassung und Mitgestaltung von Herrschaftsstrukturen, sind die Richtigen für Vorschläge dieser Art.

Die inhaltliche Verknüpfung der Quotierungsforderung mit der Forderung nach *"radikaler Änderung der Außen- und Wirtschaftspolitik der BRD zum Abbau von Fluchtursachen" (1)* sowie das eherne Festhalten am Grundrecht auf Asyl erinnert an eine Argumentation mit doppeltem Boden.

Sie täuscht nicht nur ein Festhalten an schon jetzt bis zur fast völligen Unkenntlichkeit ausgedünnten humanitären Grundrechten vor, sondern proklamiert tatsächlich den Anspruch, an den Ursachen von Flucht und Elend etwas ändern zu wollen.

Die Masche ist nicht neu:

Die Verknüpfung teilweiser richtiger Forderungen und Argumentationen mit Vorschlägen, die problemkaschierend dem Staatsapparat "Lösungswege" anbieten, entspricht genau jenem Strickmuster, mit dem die Politikfähigkeit der Grünen schon immer unter Beweis gestellt wurde.

Fast ist Dank angesagt für die Offenheit, mit der Cohn-Bendit auf die Frage des Spiegel, ob sich nicht mit der Berufung aufs Asylrecht jede mögliche Quotierung unterlaufen ließe, antwortet:

"Ich wäre bereit, eine Diskussion über die Neuformulierung des Artikels 16 des Grundgesetzes zu führen, wenn damit gleichzeitig ein Einwanderungsrecht und ein neues Staatsangehörigkeitsrecht im Grundgesetz verankert werden würde." (2)

Konkreter führt er an anderer Stelle aus: *"Das Entscheidende für mich ist, daß die Einwanderungsbehörde auch Außenstellen hat in Afrika, in Asien und in Osteuropa usw. Dort können nur Einwanderungsanträge gestellt werden. Diesen Menschen muß aber klar gemacht werden, daß, wer einen Asylantrag gestellt hat und abgelehnt wird, keinen Einwanderungsantrag mehr stellen darf."(2)*

Quotierungs- und Kontingentierungsregelungen sind nicht nur keine Alternative zur rassistischen AusländerInnenpolitik, sondern leisten unter dem Deckmäntelchen humanerer Gesetze ihren Beitrag zur Stabilisierung einer grundsätzlich auf Ausbeutungs- und Verwertungsinteresse beruhenden Systems. Sie beinhalten die Fortführung der Mechanismen der Selektion und Ausgrenzung in Grüner (sozialdemokratisierter) Variation - Herrschaftsverhältnisse regulierend aber nicht in Frage stellend.

Ob eine Infragestellung theoretisch und praktisch rudimentär bleibt, oder ob Herrschaftsmechanismen gelebter Widerstand entgegen gesetzt wird, ist auch vom Bewußtsein unserer eigenen Korrumpiertheit abhängig.

Gemeint ist nicht nur die materielle Ebene metropolitane Glücksproduktion, sondern die zunehmende Unfähigkeit, über die von den realen Machtverhältnissen gesetzten Grenzen hinaus zu denken.

Die auch in diesem Sinne notwendige (leidige) Auseinandersetzung mit Grüner Politik entbindet uns selbstredend nicht von der Diskussion der völlig unzulänglichen Umsetzung sogenannter radikaler Ansätze.

Grundlage dafür ist jedoch nach wie vor die Utopie einer freien Gesellschaft von Menschen für Menschen.

Anmerkungen:

1. Ozan Ceyhun, Bundesvorstand der Grünen, Tarik Al-Wazir, Mitarbeiter der LA ImmigrantInnen- und Flüchtlinge, Grüne Hessen, "Reinwandern statt Rausländern", Diskussionsbeitrag DISS. 58/1991
2. Daniel Cohn-Bendit, Spiegel-Interview 35/1991
3. Lutz Hoffmann" "Die unvollendete Republik"" zitiert nach (1)

Bleiberecht für alle Roma



Photos: Rom e.V., Köln

Wer sind die Menschen, deren Forderungen in der Öffentlichkeit immer weniger ignoriert werden können, die für ihre Hoffnungen und ihre Rechte auf die Straße gehen und demonstrieren, wochenlang, monatelang...
Roma und Sinti - "Zigeuner": in ganz Europa gehören sie zu den Völkern, an denen sich Fremdenfurcht und Fremdenhaß am ehesten entlädt. Seit die ersten Familien und Gruppen, ursprünglich aus Indien stammend, im Mittelalter nach Europa kamen, auf der Suche nach einer Heimat, begegnen ihnen Staaten und Obrigkeiten mit Diskriminierung und Verfolgung. Der Nationalsozialismus, der Sinti und Roma wie die Juden in Lagern und KZs ermordete, ein ganzes Volk vernichten wollte, bildet den grauenhaften Höhepunkt.
Aber auch in den Jahrzehnten nach dem Krieg ist für Sinti und Roma die Geschichte der Verfolgung und Flucht nicht zuende. Die Überlebenden des Holocaust erhalten keine Mahnmale, keine Entschädigungen, keine Öffentlichkeit. Wieder werden diskriminierende Gesetze gegen "Landfahrer" erlassen, gibt es Hetzkampagnen gegen das "Zigeunergesindel" in den Medien. Überall in Osteuropa kommt es zu Pogromen gegen Romadörfer. Auch in Deutschland werden Roma aus den Städten immer wieder vertrieben.
Leiderfahren, ein Leben lang auf der Flucht, ziehen sie weiter.
Erst in den 70er Jahren, 30 Jahre nach Ende des Faschismus, beginnt eine langsame Veränderung. Roma in ganz Europa finden zu politischem Selbstbewußtsein. Sie gründen kulturelle und politische Gruppen und Organisationen, finden zunehmend Gehör in der Öffentlichkeit.
Ein Ende der Vertreibung ist aber nicht in Sicht.

Die Geschichte der Menschen

Zigeuner wurden sie in Europa genannt, jene friedlichen Einwanderer, die im Mittelalter nach Europa kamen. Roma nennen sie sich selbst. Rom bedeutet Mensch. Sie leben mitten unter uns. Ihre Geschichte ist auch unsere Geschichte.

Über den Balkan kommen Sinti und Roma nach jahrhundertelanger Wanderung auch nach Mitteleuropa. Ursprünglich stammen sie aus Indien. Ihre Sprache, das Romanes, ist mit dem indischen Sanskrit verwandt. Sie kommen in kleinen Gruppen und Verbänden, ohne Waffen. Die wenigen Dinge, die sie zur Ausübung ihrer Gewerbe brauchen, führen sie mit sich. Sie sind Musiker, Kesselschmiede, Korbflechter, Händler.
Die ersten Gruppen der Fremden, deren Ankunft in Deutschland erstmals 1407 durch eine Quelle bezeugt ist, werden mit Neugier und Aufmerksamkeit begrüßt. Aber schon bald begegnen ihnen ebenso Mißtrauen und Verleumdung. Sie passen nicht in die sich konsolidierenden Herrschaftsgefüge des ausgehenden Mittelalters, in denen auch nach innen Krieg geführt wird gegen Fremde und Außenseiter. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts berichten die Quellen kaum noch von Neugier und Gastfreundschaft gegenüber den "Zigeunern" sondern von Verfolgung und Vertreibung.

Die Zeit der Aufklärung bringt den "Zigeunern" eine neue Art von "Interesse" entgegen. Versuche mehren sich, das Fremde zu assimilieren und einzuebnen. Weiterhin mahnen "Zigeunerwarntafeln" und Galgen an den Landesgrenzen an Verstümmelung und Hinrichtung, weiterhin werden die "Zigeuner" blutig verfolgt. Aber eine neue Art von Repression mischt sich mit der gleichbleibenden alten. Die Gesetzes-texte drohen vermehrt mit Zwangs-arbeit, Seßhaftmachung, Zwangs-erziehung. Die mit fortgesetzter Unterdrückung einhergehenden Versuche zur Zwangsansiedlung sind in Westeuropa in der Regel nicht sehr erfolgreich. In der Folgezeit kehren die meisten Länder zu den Praktiken grausamer Strafandrohung zurück. Gleichzeitig wird das System der Kontrolle und gesonderten Überwachung aber ausgebaut und perfektioniert. Der Aufbau stehender Armeen und innerer Ordnungsmächte wie Polizei geht für die Sinti und Roma einher mit der Systematisierung und Effektivierung der Verfolgung.
Sie müssen Sonderausweise mit sich führen, Sondersteuern zahlen, Sonderlizenzen kaufen, um ihre Berufe ausüben zu können. Schon hier werden Überlegungen angestellt, die "Zigeuner" mit Brandmalen zu kennzeichnen...

In der Zeit der Aufklärung entsteht aber auch ein anderes Zigeunerbild, das bis heute eine sehr fragwürdige und nicht ungefährliche Art von Vorurteilen prägt: die Vorstellung von den edlen Wilden wird auch auf die "Zigeuner" übertragen, ihre Lebensweise bietet Raum zur Mystifizierung. In der Literatur finden sich Schilderungen eines vermeintlich freien Lebens, das mit dem bürgerlichen nichts gemein hat, von der Projektions-fläche für eigene Sehnsüchte, aber auch schnell wieder zur unheimlichen Bedrohung umgedeutet werden kann.

Etwa 200 000 vor allem zum Stamm der Roma gehörige Menschen kamen nach Aufhebung der Leibeigenschaft in den Fürstentümern Moldau und Walachei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die westeuropäischen Länder. Von den dort lebenden Sinti trennte sie eine durch Jahrhunderte anders verlaufene Unterdrückungsgeschichte. Die Verfolger machten zwischen den verschiedenen Volksgruppen allerdings keine Unterschiede. Von der Ausweitung und Bürokratisierung der Erfassung und Verfolgung, die der Gründung des deutschen Reiches 1871 folgten, waren sie gleichermaßen betroffen.
1886 wird den Sinti und Roma unter Androhung der Einweisung in ein Arbeitshaus das Umherziehen und die Ausübung ihrer Gewerbe verboten. Für Roma ohne deutsche Staatsangehörigkeit wird der Zwangstransport zur Grenze angeordnet. 1899 wird ein Zigeunernachrichtendienst begründet, um in Karteien alle persönlichen Daten der Sinti und Roma verfügbar und benutzbar zu machen.
Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist die Maschinerie angelaufen, die durch lückenlose Erfassung der Sinti und Roma kaum noch eine Möglichkeit läßt, sich den immer dichter und restriktiver werdenden Zwangsmaßnahmen zu entziehen. Im deutschen Kaiserreich und während der Weimarer Republik wird endgültig der Boden bereitet für das nationalsozialistische System, in dem die "Volksschädlinge" nicht nur länger unterdrückt, sondern völlig vernichtet werden sollen.
Mit der Machtübernahme der NSDAP 1933 beginnt für die Roma eine rassisch begründete Verfolgung, die in der fast völligen Vernichtung der Juden und der Sinti und Roma in Deutschland und in den besetzten Gebieten endet.



Verhaftete Zigeuner, Xylographie 1861

Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung 1933 - 1945

Die **"Machtergreifung" der Nationalsozialisten** im Jahre 1933 hatte auch für die Sinti und Roma direkt spürbare Folgen. Waren sie schon in der Weimarer Republik den Vertreibungen der Ortspolizeibehörden ausgesetzt, so wurden nun die bestehenden **"Zigeunergesetze"** verschärft angewandt und zunehmend durch rassistische Kategorien in ihrer Zielrichtung verändert. Sie galten - wie die Juden - als "Träger artfremden Blutes" und waren ebenso von den 1935 erlassenen **"Nürnberger Gesetzen"** betroffen.

Auf lokaler Ebene versuchten die nationalsozialistischen Behörden, die Sinti und Roma zwangsweise anzusiedeln und als Lohnarbeiter heranzuziehen. In zahlreichen kommunalen **Zigeunerlagern** - wie z.B. in dem als erstes 1935 in Köln errichteten - wurden hunderte von ihnen interniert.

Seit 1937, mit dem "Vorbeugenden Erlaß zur Verbrechensbekämpfung", waren alle Sinti und Roma von einer Einweisung in ein Konzentrationslager bedroht. Sie zählten zu dem Personenkreis der "Asozialen", die durch "geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen". In mehreren Verhaftungswellen wurden einige hundert in die KZs Buchenwald, Dachau und Mauthausen deportiert.

Ab 1938 begann die Polizei, an ihrer Spitze die **"Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens"** in Berlin, mit der systematischen Erfassung aller "Zigeuner". Über jeden Einzelnen wurde durch die Kriminalpolizeidienststellen eine Akte angelegt, um sämtliche geschätzten 30.000 "Zigeuner" aufzuspüren.

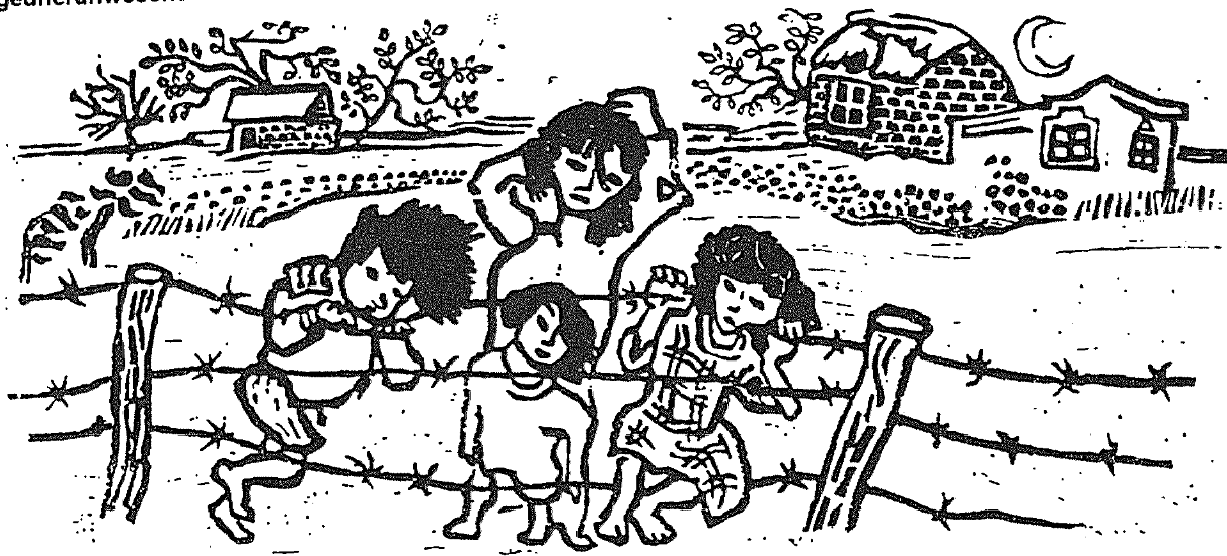
Wesentliche Ermittlungsarbeit leistete dabei die "Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle beim Reichsgesundheitsamt" unter der Leitung Dr. Robert Ritters. Diese **"Reichsstelle Ritter"** durchforstete das Deutsche Reich und stellte in "gutachterlichen Äußerungen" fest, ob es sich um "Zigeuner" oder "Zigeunermischlinge" handelte. Robert Ritter hatte in zahlreichen Schriften die "Minderwertigkeit" und "Asozialität" dieses Volkes vertreten. Er und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen lieferten durch umfangreiche "wissenschaftliche" Arbeiten, wie Nasenvermessungen, Augenfarbenbestimmungen und Haarproben, die Daten und die Legitimation für die Ermordung der Sinti und Roma.

Mit Beginn des Krieges verschärften sich die Maßnahmen gegen die "Zigeuner" nochmals. Es wurde geplant, alle Sinti und Roma des Deutschen Reiches in das besetzte Polen zu deportieren. Als "erster Transport" wurden im Mai 1940 2.500 Sinti und Roma aus Nord- und Westdeutschland deportiert. Dazu waren "Sammellager" in Hamburg, Stuttgart und Köln (Deutzer Messe) errichtet worden. Die meisten der nach Polen Deportierten wurden in Zwangsarbeitskommandos, Ghettos und Konzentrationslagern ermordet.

Im Frühjahr 1943 ordnete Himmler die Einweisung aller übrigen Sinti und Roma in das KZ Auschwitz an. In Auschwitz-Birkenau wurden ca. 23.000 Menschen in dem "Zigeunerfamilienlager" interniert. Innerhalb weniger Monate starben die meisten von ihnen an Hunger, Schlägen, Kälte, Seuchen, Folterungen und Menschenversuchen. Nur wenige, als "arbeitsfähig" in andere KZs deportiert, überlebten Auschwitz. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden die restlichen Insassen des "Zigeunerfamilienlagers" in die Gaskammern getrieben.

In allen faschistisch besetzten Staaten und Satelittenstaaten waren die Roma brutalsten Verfolgungen ausgesetzt. Hinter der Front mordeten die "Einsatzgruppen", aufgestellt mit dem Befehl zur "Tötung aller erfaßten rassisch und politisch unerwünschten Elemente" Tausende von Juden, Polen, Russen, Sinti und Roma. In Serbien ermordeten Wehrmachtsangehörige die dortigen Roma. Am 29. August 1942 meldete der Chef der deutschen Militärverwaltung: "Serbien einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst".

Durch Zwangsarbeit, Verschleppungen in Konzentrationslager und Massenerschießungen wurden schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma ermordet. Darüberhinaus fielen einige Tausend Zwangssterilisationen und Verstümmelungen durch Menschenversuche zum Opfer.



Zigeunerkinder am Stacheldraht, Holzschnitt von Otto Pankok

Roma in Osteuropa

Je dreiviertel bis eine Million Roma in Jugoslawien, Bulgarien und CSFR, zwei bis drei Millionen in Rumänien, 800.000 in Ungarn und der Sowjetunion, 50.000 in Polen - in vielen der ehemals sozialistischen Länder bilden die Roma eine starke Minderheit. In fast jedem dieser Länder wird ihr Leben jedoch von Repressalien, Verfolgung und Vertreibung bestimmt: Es wird berichtet von Zwangssterilisationen in der CSFR, Gen-Untersuchungen in Ungarn, Zwangsumsiedlungen in Rumänien. Hinzu kommen überall Razzien durch Polizei und Militär, Vertreibungen von Standplätzen, Überfälle durch Skinheads etc. Die Situation in Jugoslawien steht beispielhaft für das Leben der Roma in Osteuropa:

Programmiertes Elend

Die Zustände in Sutka, dem Ghetto bei Skopje (Jugoslawien), wo etwa 40.000 Roma leben, sind typisch für die "ciganski mahalas", die "Zigeunerghettos", die in der Nähe fast jeder größeren oder kleineren Stadt zu finden sind. Die Bilder der zusammengezimmerten Hütten und der verschlammten Wege erinnern an lateinamerikanische Slums. Das Fehlen jeglicher Infrastruktur - kein Strom, kaum Wasser, keine Kanalisation - ist sicher mit ein Grund für die hohen Krankheitsraten: in einigen Gegenden liegt die Säuglichkeitssterblichkeit bei Roma-Kindern bei 50 %, die Lebenserwartung bei 29 bis 33 Jahren, 80 % der ca. 800.000 jugoslawischen Roma sind AnalphabetInnen. Lebenswelt, Kultur und Sprache der Roma-Kinder bleiben in der Schule unberücksichtigt, häufig sind sie dort Diskriminierungen ausgesetzt. 75 - 80 % beenden deshalb die Grundschule nicht, zumeist werden sie auch als MiternährerInnen gebraucht. Da die achtjährige Schulausbildung für die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt obligatorisch ist, die alten Handwerke wie Korbflechten, Kupferschmieden jedoch kaum noch gefragt sind, sind die Roma auf Gelegenheitsarbeiten, illegalen Handeln, Betteln etc. angewiesen. Selbst Albert Harms, der für das Reintegrationsprogrammm in Düsseldorf zuständige Mann, muß zugeben: "Jeder Roma, der um Sozialhilfe bittet, wird aus der Amtsstube hinausgeprügelt." Auf den Behörden werden ihre Anträge zerrissen. "Für Euch gibt es keine Arbeit."

Nach Katrin Reemtsma von der Gesellschaft für bedrohte Völker ist auch auf der politischen und kulturellen Ebene die Unterdrückung weitergehend als bisher angenommen. Im Gegensatz zu anderen in Jugoslawien lebenden Völkergruppen, wie Ungarn und Türken, werden den Roma die sog. Nationalitätenrechte nicht zuerkannt. Das heißt für sie: Keine proportionale politische Repräsentanz auf lokaler, regionaler oder Bundesebene; keine Vertretung im Medien- und Kulturwesen. So erklärt sich, daß sie weder auf dem politischen noch auf dem kulturellen Sektor noch auf dem Arbeitsmarkt irgendeine Chance haben.

Die Realität geht aber weit über Diskriminierung hinaus. Der Alltag ist von Verfolgung und Vertreibung bestimmt: Prügel durch Mitschüler, Prügel und Inhaftierung wegen fehlendem Gewerbescheins, Niederreissen der Hütten durch die Polizei usw. Aus Berichten von abgeschobenen Roma geht hervor, daß sie nach der Ankunft in Jugoslawien Schlägen, Haft und Repressalien ausgesetzt waren. Roma-Frauen und Mädchen werden zu Opfern von Vergewaltigern auch aus den Reihen der Polizei.

Durch den Bürgerkrieg hat sich die Situation in Jugoslawien noch zugespitzt. Auf dem Hintergrund der nationalistischen Kämpfe sind die Roma einem verschärften Rassismus ausgesetzt, es wird von pogromartigen Überfällen berichtet. Auch seien in Makedonien primär Roma und Albaner für die Armee eingezogen worden, auch ein Mittel, um ungeliebte Völkergruppen loszuwerden. Heimat?

Mehr als Diskriminierung...

...Vertreibung und Elend!



Skopje, Shutka 1991

Bettelmarsch und Re-Integrationsprogramm

"Kreislauf der Vertreibung durchbrechen..."

Der "Bettelmarsch" im Januar 1990 erreichte von Innenminister Schnoor die Zusage, ein Bleiberecht und Anerkennung als "de-facto-Staatenlose" in Aussicht zu stellen. Doch schon Ende Sommer 90 zeichnete sich ab, daß die Landesregierung ihr Versprechen brechen würde. Aufgrund der sich verschärfenden Asyldiskussion nahmen sie Kontakte zur jugoslawischen Regierung auf, um ein neues Konzept der Flüchtlingspolitik aus der Taufe zu heben: das "Re-Integrationsprogramm", das dann auch am 4.12.1990 vom Landeskabinett beschlossen wurde.

Gerade an der Volksgruppe, die in ihrer jahrhundertelangen europäischen Geschichte noch nie eine Lobby gehabt hat, sondern aus jedem Land verjagt wird, soll eine neue Form der Vertreibungspolitik exerziert werden.

Noch im März 1990 hatte Johannes Rau anerkannt, daß der "Kreislauf der Diskriminierung, Vertreibung, Verelendung, Kriminalisierung und Wiedervertreibung" durch ein besonderes Aufenthaltsrecht für Roma in NRW gebrochen werden müsse. Eben diese Worte benutzt Minister Clement (Staatskanzlei NRW), um seine Sonderabschiebung der Roma vorzustellen. "Im Bewußtsein der historischen Verantwortung der Deutschen für Roma und Sinti" erklärt er zynisch der Presse, sei das Re-Integrationsprogramm entstanden.

Das Projekt betrifft zunächst 1.400 Roma, die angeblich aus dem Raum Skopje stammen. Projekte für andere Regionen Jugoslawiens sollen folgen.

Die Punkte des "Re-Integrationsprogramms":

- Die Rückreise soll von NRW finanziert werden, d.h. sie wollen sicherstellen, daß die Roma auch nach Jugoslawien ausreisen.
- Wohncontainer sollen in die Schlammwüste des Elendsghetto Shutka (Skopje) aufgestellt werden.
- Finanzierung von Kindergartenplätzen und Förderunterricht: Den Roma-Kinder soll serbokroatisch und mazedonisch beigebracht werden.
- Kurzfristige finanzielle Beihilfen sollen ausgezahlt werden:

a) sog. "Reisebeihilfen" für zwei Monate (je 300 DM pro Erwachsenen, 150 DM für Kinder und Jugendliche) an die Roma selber

b) Lohnkostenzuschüsse in Höhe von 400 DM für die Dauer von vier Monaten an die Arbeitgeber bei Aufnahme einer Arbeit, bzw. Beginn einer Fortbildungsmaßnahme durch einen Rom.

Mit solchen Almosen lassen sich die grundsätzlichen Probleme, die Roma auch auf dem Arbeitsmarkt haben, nicht auflösen, der Rassismus gegenüber Roma bleibt bestehen. Deshalb werden sie, falls überhaupt ein Arbeitsverhältnis zustandekommen sollte, schon nach kurzer Zeit wieder auf der Straße stehen.

Ein Koordinierungsbüro in Skopje überwacht die Maßnahme: die "Empfangnahme der Rückkehrer", die Verteilung auf die Wohncontainer, das Arbeitsverhalten. Ein Koordinierungsbüro in Düsseldorf will wiederum die Arbeit des Büros in Skopje kontrollieren.

Die vermeintliche Alternative, vor die die Roma gestellt werden, ist die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder werden sie mittels des "Re-Integrationsprogramms" oder "normal" abgeschoben. Nehmen sie am Programm teil, müssen sie sich verpflichten, nicht mehr "zum dauernden Aufenthalt nach NRW einzureisen".

Die Antwort der Roma auf das "Modellvorhaben" ist eindeutig: In ein Land, in dem sie nie integriert waren, das sie nie als ihre Heimat angesehen haben, in dem sie Elend und Verfolgung erlitten haben, werden sie nicht "zurückkehren".

Deportation

Caritas macht's möglich

Um so schockierter waren Roma und deutsche UnterstützerInnen, als am 20.6.91 zufällig bekannt wurde, daß sich die Caritas Essen am "Re-Integrationsprogramm" beteiligt. Schon im Januar 91 hatte sie der Landesregierung ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert. Ohne Wissen der Roma und ihrer UnterstützerInnen verhandelte denn auch die Caritas mit den Regierungen NRWs und Mazedoniens über die Form ihrer Beteiligung. Sie eröffnet am 1.8.91 ebenfalls ein "Verbindungsbüro"in Skopje, um "Ansprechpartner für die Rückkehrer in sozialen Fragen zu sein". Finanziert wird dies Büro zwar nicht aus dem Reintegrationstopf, aber doch über Landesmittel.

Die Begründung der Caritas für ihre Mitwirkung: "Wir gehen davon aus, daß die Politik das endgültige Nein gesprochen hat. Ob wir jetzt da mitmachen oder nicht mitmachen, dieses Dingens läuft so oder so. Nachdem der 'Eiserne Vorhang' gefallen ist, ist die Caritas in der Ukraine aufgebaut worden, in Rumänien sind wir fast fertig. Zur Zeit sind wir in Ungarn tätig. Nach der Sutkavisite war klar, wir gehen auch nach Jugoslawien. Der Grundgedanke war einmal ganz platt, wo versuchen noch den Fuß in der Türe zu haben."

Die Beteiligung der Caritas wird aber von vielen Seiten kritisiert und die sofortige Beendigung ihrer Mitwirkung gefordert:

"In einer Situation, in der die Roma-Familien sich in vielen Städten NRWs verzweifelt dagegen wehren, in ein Land 'rückgeführt', bzw. vertrieben zu werden, das sie selber nicht als Heimat anerkennen

- in einer Situation, in der immer mehr deutsche UnterstützerInnen sich mit den Roma-Familien solidarisieren, stellt sich der Caritasverband für das Bistum Essen offen an die Seite der in Bedrängnis geratenen Landesregierung und fällt den Roma und uns UnterstützerInnen in den Rücken." (Pro Roma, landesweite Unterstützergruppen, am 24.6.91)

Die Forderung lautete auch von den Roma:

"Überdenken Sie diesen Judasverrat an unserem Volk, bevor es wieder zu spät ist.
Steigen Sie sofort aus dem "Re-Integrationsprogramm" aus und ziehen Sie Ihr Projekt in Mazedonien zurück. Engagieren Sie sich aktiv gegen eine zweite Deportation."

Sinti und Roma kämpfen für ihre Rechte

Ohne Organisation und Interessenvertretung bleiben Roma und Sinti bis Anfang der siebziger Jahre "Objekte" öffentlicher Diskriminierung und rassistischer Sozialfürsorge. Zu dieser Zeit beginnen sie jedoch, sich auf ihre eigene Kraft zu konzentrieren. In der Folgezeit führen die Roma- und Sinti-Verbände einen ständigen Kampf gegen Diskriminierung und zur Durchsetzung ihrer Rechte. Als größere Organisationen sind zu nennen: Der "Zentralrat deutscher Sinti und Roma" und die "Roma und Cinti Union" (RCU). Ein Hauptanliegen des "Zentralrats", der hauptsächlich mit und für deutsche Sinti arbeitet, ist die Rückgabe der deutschen Staatsbürgerschaft an deutsche Sinti. Im Zuge der Fortführung der rassistischen Politik gegenüber "Zigeunern" ist den Sinti nach 1945 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Die "Roma und Cinti Union" kämpft bundesweit für das Bleiberecht der de-facto-staatenlosen Roma. Vielerorts entstehen aber auch kleinere, regionale oder kommunale Organisationen. Der Rom e.V. Köln z.B. gründete sich 1986 zur Durchsetzung eines Bleiberechts für in Köln lebende Roma. Für etwa 150 Roma ist dies gelungen. Darüberhinaus unterstützt der Rom e.V. Aktionen für ein Bleiberecht auf Landes- und Bundesebene.

1971	1. Roma-Weltkongress in London
1978	2. Roma-Weltkongress in Genf Seit diesem Zeitpunkt sind Roma von der UNO als Nationalität anerkannt
Oktober 1979	Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen zur Erinnerung an die 500.000 im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti. Dies ist die erste öffentliche Anerkennung des an diesem Volke begangenen Völkermords.
1981	3. Roma-Weltkongress in Göttingen
Februar 1989	Die TeilnehmerInnen des vom Rom e.V. organisierten Internationalen Roma-Kongresses in Köln fordern ein Aufenthaltsrecht für die de-facto-staatenlosen Roma in der BRD.
August 1989	Wegen drohender Abschiebungen demonstrieren Roma aus NRW vor dem Düsseldorfer Innenministerium. Hierauf untersagt IM Schnoor Abschiebungen nach Jugoslawien und Rumänien.
Dezember 1989	Der Abschiebestop wird von der Landesregierung wieder aufgehoben, da es in diesen Ländern angeblich "keine Verfolgung der Roma" gäbe.
6. Januar 1990	Besetzung des Kölner Doms durch etwa 400 Roma
7. Januar 1990	weitere 400 Roma schließen sich an und beginnen am
9. Januar 1990	den **"Bettelmarsch"** durch NRW. Insgesamt beteiligen sich 1.700 Roma an dieser Aktion. Unter widrigsten Umständen fordern sie für sich das Bleiberecht ein.
1. Februar 1990	**IM Schnoor sagt den Roma in NRW ein Bleiberecht zu, die sich vor dem 12. Januar 1990 in NRW aufgehalten haben und ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen können. Der Bettelmarsch wird daraufhin abgebrochen.**
Frühjahr 1990	Die Roma demonstrieren in Aachen, um die Europäische Gemeinschaft zu einer Lösung für die de-facto-staatenlosen Roma zu bewegen. Eine Reaktion ist bis jetzt ausgeblieben.
Sommer 1990	Die Asyldiskussion verschärft sich. Es zeichnet sich ab, daß Schnoor sein Versprechen brechen wird, es also kein Bleiberecht in NRW geben wird. Die NRW-Regierung führt erste Gespräche mit Jugoslawien.
November 1990	**Autobahnblockade bei Weil/Rhein.** Nur eine kleine Delegation der Roma darf über die Grenze, um beim Hohen Flüchtlingskommisar der UNO Schutz für das Volk der Roma einzuklagen. Konkrete Ergebnisse gibt es aber nicht.
4. Dezember 1990	Das NRW-Kabinett versagt den de-facto-staatenlosen Roma des Bleiberecht und beschließt statt dessen im Rahmen der "Neuen Flüchtlingspolitik" die generelle Rückführung der Roma nach Jugoslawien: das **"Re-Integrationsprogramm"** wird kreiert.
Frühjahr 1991	In vielen Aktionen protestieren Roma und Deutsche gegen das "Re-Integrationsprogramm" und für das Bleiberecht
25. Mai 1991	Die **"Deportations-Demonstration"** in Köln erinnert an die ersten Transporte von Roma und Sinti in die Vernichtungslager im Mai 1940. Etwa 2.000 Roma und Deutsche beteiligen sich an der Demonstration
26. Mai 1991	Matinee im Kölner Schauspielhaus für das Bleiberecht der Roma. Gemeinsam mit dem Ensemble des Kölner Schauspiels erinnern Prominente wie Alice Schwarzer, Lea Fleischmann u.a. vor etwa 800 Zuhörern an den Völkermord an Roma und Sinti. Angesichts der besonderen historischen Verantwortung der Deutschen für das Schicksal der Roma und Sinti solidarisieren sie sich mit der Bleiberechts-Forderung
Sommer 1991	Das "Re-Integrationsprogramm" nimmt konkrete Formen an. Die Roma sollen endgültig eine Erklärung abgeben, ob sie an diesem Programm teilnehmen. Da für die Roma dieses Programm nichts anderes als die zweite Deportation bedeutet, kämpfen sie weiterhin für ihr Bleiberecht

Das Camp in Düsseldorf

"Die längste Demonstration, die NRW gesehen hat"

***27. Juni 1991:* Besetzung des Platzes neben dem Düsseldorfer Landtag:**

Die Roma sehen in einer zentralen, öffentlichkeitswirksamen Aktion die einzige Chance sich vor Abschiebungen in Nacht und Nebel zu schützen. Nach den ersten Tagen in Kälte und Regen entsteht ein Zeltlager mit einer stabilen Infrastruktur. Deutsche FreundInnen und UnterstützerInnen werden immer zahlreicher. Solidaritätsbesuche und Spenden kommen von Kirchengemeinden, Organisationen und Privatleuten. Die Medien berichten immer wieder über täglich neu geplante Aktionen und über die hartnäckigen Sprechchöre vor Staatskanzlei und Landtag. Auch Prominente machen sich zu Fürsprechern der Roma. So die Kölner Musiker Wolfgang Niedecken, Tommy Engel und Matthias Keul, der Schriftsteller Günter Wallraff und der Publizist Ralph Giordano, um nur einige zu nennen.

Giordano erklärt noch einmal vor der Presse: "Es gibt keine Opfer 1. und 2. Klasse! Es gibt keine Hierarchie der Verfolgten! Es gibt für die Überlebenden und die Nachfahren der NS-Verfolgung keine Aufspaltung in 'Anspruchsberechtigte' und 'Anspruchslose'. Ich fordere die gleiche Behandlung für die Roma wie für uns Juden in Deutschland!"

In den folgenden Wochen mehren sich aber auch rassistische und erschrekkende Stimmen. Anläßlich eines Falles von Tbc, der längst unter medizinischer Kontrolle steht, erscheint in der Rheinischen Post eine beispiellose Hetzkampagne gegen das Lager, Ausdruck und Multiplikator eines Gedankengutes, das in Deutschland so oft als überwunden beschworen wird. Zitat Rheinische Post vom 10.8.91: "Wohin ist unser Gemeinwesen degeneriert, daß gesellschaftliche Seuchen medizinische in unzulässiger und allgemein gefährlicher Weise zu überwölben in der Lage sind?"

Trotz Hetzkampagne und wenig später angedrohter Räumung geht die Demonstration weiter!

Am 15.9. läuft die Erklärungsfrist für das Re-Integrationsprogramm aus, gleichzeitig endet auch der derzeitige Abschiebestop nach Jugoslawien. Ab diesem Zeitpunkt drohen Abschiebungen! Die Roma haben in den letzten Jahren hart und entschlossen für ihr Bleiberecht gekämpft, es bleibt die Hoffnung, daß dieser Kampf erfolgreich sein wird und sie endlich dort leben können, wo sie sich zu Hause fühlen: Hier!



ROM e.V. Köln, Bobstr. 6-8, 5000 Köln 1

»Pogrome beginnen im Kopf«*

von Wolfgang Haug

* Zitat zur Ausländerdiskussion von Burkhard Hirsch, FDP in der letzten Septemberwoche 1991

Gramscis Gefängnishefte werden im Argument-Verlag herausgegeben und DIE ZEIT fragt (besorgt), *„wird das die neue Leitfigur der Linken?“*

Einmal davon abgesehen, daß wir uns vielleicht endgültig von Leitfiguren emanzipieren sollten, stammt von Gramsci die Idee der *„linken kulturellen Hegemonie“*, die er als Voraussetzung für eine gelungene Gesellschaftsveränderung ansah, d.h. eine Gesellschaftsveränderung, die nicht nur von einer kleinen Elite/Avantgarde getragen wird. Nach 1968 gab es so etwas wie die Anfänge zu einer linken kulturellen Hegemonie, einfach weil die Konservativen plumb und langweilig waren, und für einige Jahre bewirkte diese Konstellation tatsächliche Veränderungen in dieser Gesellschaft. Wenn mensch genauer hinschaut, hinkte die politische Ebene nicht nur hinterher, sondern als diese Linke sich anschickte via Die Grünen ihren kulturellen Einfluß in politische Beeinflußung umzumünzen, war das Ende der kulturellen Hegemonie bereits erreicht. 1977 begann das Roll Back, die Linke reagierte mit Anpassung und es schlüpften unter vielen anderen zwei Projekte aus dem Ei, die den Weg des systematischen Geschlucktwerdens mehr als symbolisieren: die grüne Partei und die Taz.

Ungefähr zeitgleich, so können wir rekonstruieren, begann die Rechte, die linken Konzepte zu kopieren und von Gramsci zu lernen. Seit 1979 wird die rechte kulturelle Hegemonie vorbereitet und spätestens seit Hoyerswerda wissen wir, daß die Saat aufzugehen beginnt. Nicht etwa, weil sich eine Horde Schläger findet, die gibt es schon länger; sondern weil sich die Wertmaßstäbe so entschieden nach rechts verschoben haben, daß Teile der Bevölkerung Angriffe gegen Menschen ungeniert beklatschen. Nach dem „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ nun also *„Ich bekenne, ich habe mich wohl gefühlt, beim Klatschen“* (Tenor eines Leserbriefs einer Frau Feiler aus Pforzheim, zu Besuch in Hoyerswerda, in: Sonntags Aktuell, 6.10.91; ihre „Rechtfertigung“ war übrigens typisch deutsch-spießbürgerlich: „die Lärmbelästigung“ durch die AusländerInnen)

1979 begann dieser Prozeß zur Bildung einer rechten kulturellen Hegemonie in Frankreich mit der Übernahme des konservativen *Figaro* durch Theoretiker der Neuen Rechten. 1980 wurde in München *Criticón* gegründet. Bemerkt hat eine breitere Öffentlichkeit erst mit den Historikerdebatten, daß hier ganz zielgerichtet gearbeitet wird. Dabei wird Geschichte umgeschrieben, werden neue Mythen geschaffen, alte wiederbelebt, es entstehen Begriffsumdeutungen, neue Sprache wird für alte Ideen instrumentalisiert, Tabus werden aufgeweicht oder umgangen, Ideen anderer werden aufgegriffen und – möglichst unwesentlich verändert – in einem wesentlich anderen Kontext benutzt. Die Masche hat System. Ein linker antiimperialistischer Spruch wird fast identisch übernommen, der andere Kontext bringt die andere Bedeutung. Klar wird dabei nur, daß viele Sprüche der Linken, nicht nur verkürzend, sondern auch völlig undurchdacht gewesen sind. Das Resultat heute ist jedoch, daß es der Neuen Rechten gelingt, (Haß-)Gefühle, Vorurteile, Feindbilder (USA z.B.), Sympathiebilder (IRA-Nordirland, Basken z.B.) etc. zu vereinnahmen.

Ein Kennzeichen dieser Neuen Rechten ist es u.a., daß sie sich strikt von der rechten Vergangenheit distanzieren, daß sie nichts mit rechten Ausschreitungen a la Hoyerswerda oder feigen Brandanschlägen allüberall zu tun haben wollen, daß sie aber gleichzeitig – auf intellektuell hohem Niveau – die Wertmaßstäbe nach rechts verschieben und auf diese Weise die Akzeptanz für faschistische und gewalttätige Aktionen vorbereiten.

Die Verdrehung des Rassismus-Begriffs

Das Verwirrspiel um die Begriffe beginnt beim Rassismus-Begriff: Weil die Menschen verschiedenen Völkern angehören, sind sie verschieden. Deshalb ist der linke Anti-Rassist, der eine Gleichheit aller einfordert, der eigentliche Rassist.

Dies hänge an dem unreflektierten, religiös gefärbten Weltbild der Linken. Die christlich-jüdische Religion unterscheide nur zwischen Mensch und Gott, nicht zwischen den Menschen. Demzufolge gingen die christlichen Mönche in dem Bewußtsein missionieren, daß jede Seele gleich sei und dabei zerstörten sie in



aller Welt alte Kulturen.

Diese Argumentation klingt nicht ganz unvertraut und ist deshalb wirkungsvoll; sie greift die linke Kritik an weißer Herrenmentalität und christlichem Sendungsbewußtsein auf, die häufig genug auch für uns die Erklärung für weißen Rassismus ausmacht. Daß sie das Christentum auf seine jüdische Wurzel zurückverweist, ist



Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

natürlich bewußter Antisemitismus, aber historisch nun mal die Wahrheit.

Immerhin mag diese Verbindung von „jüdisch" und „Kulturzerstörung in aller Welt" dazu geeignet sein, hellhörig zu werden und bewirken, daß wir über die bekannt klingenden Sätze nachdenken. Es dürfte ein auflösbarer Widerspruch sein, wenn Anti-Rassismus mit Antisemitismus vereinbar gemacht wird.

Doch das Problem liegt tiefer und die Chancen zur Verwirrung des politischen Gegners steigen in dem Ausmaß, wie die Quellen für das Denken der Neuen Rechten in Bereichen liegen, die von Linken abgelehnt oder einfach ignoriert werden. Denn wer von uns beschäftigt sich mit den Denkern der Gegenaufklärung? Wer mit Religion? Dazu noch mit christlicher? Und wer untersucht die Rolle jüdischer Religion für die Menschheitsentwicklung?

Was wir ablehnen, interessiert uns nicht, also fällt uns auch eine Antwort schwer, wenn ein rechter Theoretiker folgert: *„Im Namen der Gleichheit der Seelen vor Gott wollten die Missionare den »Kolonialvölkern« religiöse Auffas-*

sungen aufzwingen, die diesen fremd waren... Daraus resultierte bei diesen Völkern ein massiver Kulturverlust." (Alain de Benoist, Gleichheitslehre, Weltanschauung und Moral, Tübingen 1981, S.56)

Offensichtlich ist zunächst, daß die Verdrehung der Begriffe hier schon stattgefunden hat, denn die Missionare handelten sicher nicht „im Namen der Gleichheit", sondern sie handelten als Rassisten mit dem Bewußtsein, daß sie Minderwertige oder Tiere vor sich hatten, die erst Mensch werden, wenn sie bekehrt sind. Daß diese Menschwerdung häufig gleichbedeutend war mit dem Tod der Bekehrten, bestätigt zwar, daß es diesen „Übermenschen" nur um die Seelen und nicht um die Menschen ging, zeigt aber gerade wie meilenweit entfernt diese Machtmenschen von der „Gleichheit" waren.

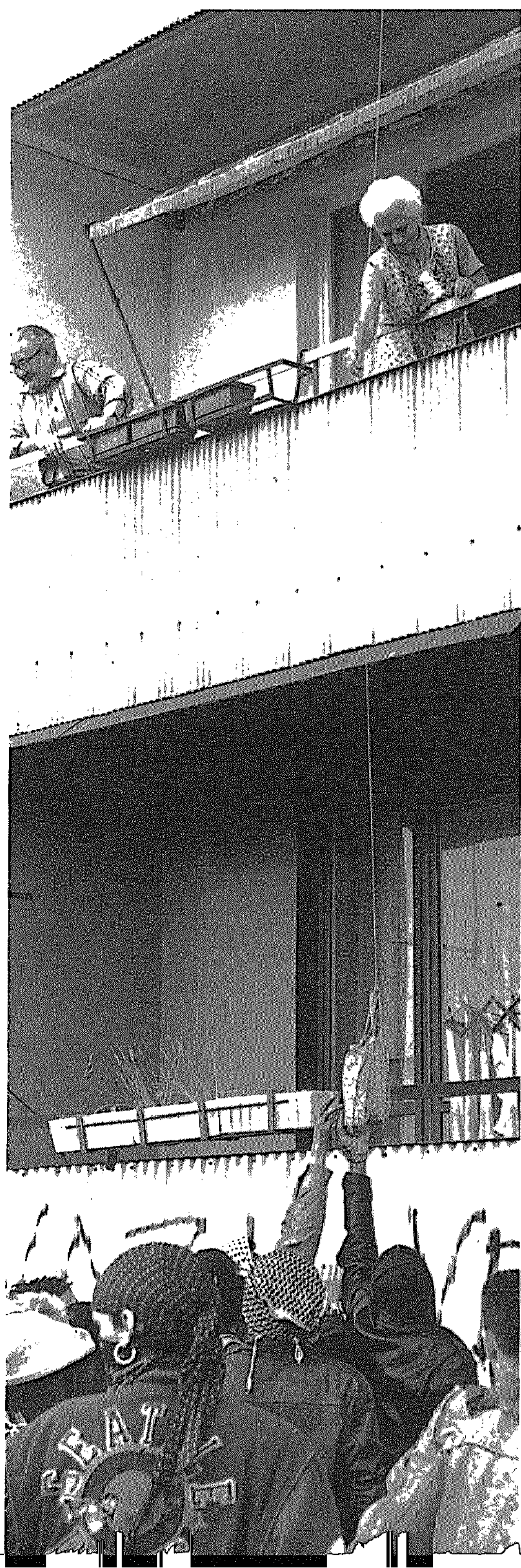


Photo: V.E. Bild, Hacky Hagemeyer

Wichtiger im theoretischen Zusammenhang ist, daß diese rechte Argumentation den positiven Aspekt der jüdischen Religion für die Menschheitsentwicklung beiseite läßt. Vor dieser Religion existierten zumeist Religionen, die den Menschen in einen vorgegebenen festgefügten Zusammenhang stellten aus dem es kein individuelles Entrinnen gab. Der Mensch war Teil der Natur, in der die jeweilige „Gottheit lebte", er war Teil einer Gemeinschaft, später einer Gesellschaft, die ihrerseits davon geprägt war, daß sie an eine Gottheit glaubte, die alles durchdrang. In diesem Denken vergegenständlichte sich die Gottheit auch in der jeweiligen Regierung bzw. den Herrschergeschlechtern. Logischerweise sahen sich die Sonnenkönige (Pharaonen), Gottkönige (und als zuspätgekommene Nostalgie, die Herrscher des europäischen Absolutismus) direkt von Gott eingesetzt. Ein Aufbegehren gegen diese göttliche Ordnung, deren Teil man selbst war, verbot sich aber von vornherein. Die jüdische Religion hat diesen Gott patriarchalisch erhöht. Nichts Bejubelnswertes sollte man meinen, aber sie beendete damit erstmals in der (bekannten) Menschheitsgeschichte den Zustand, daß der Mensch sich als Teil einer oder vieler Gottheiten fühlen konnte. Sie erhöhte Gott dermaßen, daß der Abstand zu jedem Menschen, auch zum Herrscher undenkbar groß sein mußte. Damit waren aber auch menschliche Hierarchien nicht mehr unantastbar. Widerstand konnte sich entwickeln ohne daß er sich gleichzeitig gegen die eigenen Grundlagen richtete!

Dieser Widerstand hat als Basis das *Individuum*, das sich seines Abstands zu einem imaginären Gott bewußt ist (und zu guter letzt keinen Gott mehr braucht).

Die Bekämpfung des Individualismus als rechte Zielvorstellung

Sieht mensch sich nun die rechtsradikale Argumentation an, so wird deutlich, daß der antisemitische Gehalt nicht nur ein gewähltes Feindbild ist, das alte Vorurteile mobilisiert und für eigene Machtallüren dienstbar macht, sondern daß in ihm auch dieser entscheidende Kern enthalten ist: es geht um die Bekämpfung des Individuums und des Individualismus! Daß die Linke diesen Kern solange unthematisiert ließ, mag mit daran liegen, daß auch der autoritäre Sozialismus glaubte, das Individuum zugunsten der Sache vernachlässigen zu müssen und einen totalitären Anspruch aufbaute. (Es wäre zu untersuchen, wann genau sich die von rechts so verschriene „jüdisch-bolschewistische" Revolution ihre jüdischen GenossInnen gewaltsam vom Hals schaffte. Und es stellt sich die Frage, ob Antisemitismus nicht notwendig von Gemeinschaften oder Gesellschaften ausgeht, die einen totalitären Anspruch an ihre Mitglieder stellen?)

Die Neue Rechte knüpft jedenfalls nahtlos an diese (untergründige) Tradition an: *„Alle neurechten Vordenker lehnen das Individuum als Ausgangspunkt von Moral und Politik ab."* (Hanspeter Siegfried, in seinem sehr empfehlenswerten Beitrag: Kulturrevolution von rechts?, in: Widerspruch 21, Beiträge zur sozialistischen Politik, Zürich 1991, S.78) Stellvertretend für viele formuliert de Benoist: *„Der Einzelmensch besteht nach unserer Auffassung nur in der Verbindung mit den Gemeinschaften, in die er eingegliedert ist... Dem Interesse des Einzelnen kommt »an sich« keine Wertschätzung zu."* (Benoist, in: Aus rechter Sicht II, Tübingen 1984, S.133)

Aus dieser Grundhaltung folgern die Rechten vor allem zwei „Kampflinien":

Zum einen ihren Anspruch auf reinzuhaltende ethnische Gruppen (also: „Ausländer raus", natürlich ohne ausländerfeindlich zu sein, wie unlängst der Alt-Rechte DVU-Frey im deutschen Fernsehen wieder bekunden durfte, nur eben jeder auf seinem Platz...; daß er diese Argumentation der Neuen Rechten übernommen hat, zeigt, daß die kulturelle Hegemonie der Neuen Rechten sich im rechten Lager bereits erfolgreich durchgesetzt hat und daß der *Ethnopluralismus* der Neuen nicht mehr unverträglich ist mit der Ausländerhetze der Alten Rechten.)

Und zum zweiten die Bekämpfung des Liberalismus, der das Individuum in den Mittelpunkt stellt (gemeint ist hier natürlich nicht der Wirtschaftsliberalismus der FDP, sondern der Liberalismus im herkömmlichen Sinn. Vom Anarchismus wird im übrigen zurecht gesagt, daß er in seinen Anfängen von seinen theoretischen Grundlagen her, eine radikalisierte Form des Liberalismus darstelle).

Kommen wir zum Eingangsproblem zurück: die Rechte versucht der Linken zu unterschieben, sie würden alle Menschen als „gleich" ansehen, die Verschiedenheit der ethnischen Kulturen leugen und dadurch zu Rassisten werden. Diese Retourkutsche ist ein allzu plattes Ablenkungsmanöver, denn es geht uns nicht darum, eine nicht vorhandene „Gleichheit" zu

behaupten oder eine „Integration/Anpassung" zu fordern, sondern es geht um die „Gleichbehandlung", um gleiche Rechte in einer bestimmten Situation und Chancengleichheit in einer bestimmten Gesellschaft. Es sind also wieder die gleichen individuellen Rechte für alle, für die wir uns einsetzen, so daß sich dieser Widerspruch zwischen Individuum als Mittelpunkt eines politischen Standpunkts und imaginärer Gemeinschaft als Mittelpunkt immer deutlicher als der grundlegende Widerspruch zwischen links und rechts herauskristallisiert. (Kein Wunder, daß sich ehemals marxistische Linke bisweilen schwer tun, noch zu wissen, was „links" ist und was nicht.) Wer Gleichbehandlung in einer heutigen Gesellschaft fordert, steht zum Pluralismus dieser Gesellschaft; einer Gesellschaft, die schon längst nur noch aus Minderheiten besteht, „die schweigende Mehrheit" war immer eine Fiktion, eine geschickte Metapher der Herrschenden gegen einzelne aufbegehrende Minderheiten; geschwiegen hat sie nur, weil es sie nicht gab. Will diese Gesellschaft funktionieren, muß sie die Verschiedenheit (und eben nicht die Gleichheit) ihrer Mitglieder akzeptieren und die Menschen als Individuen ernst nehmen.

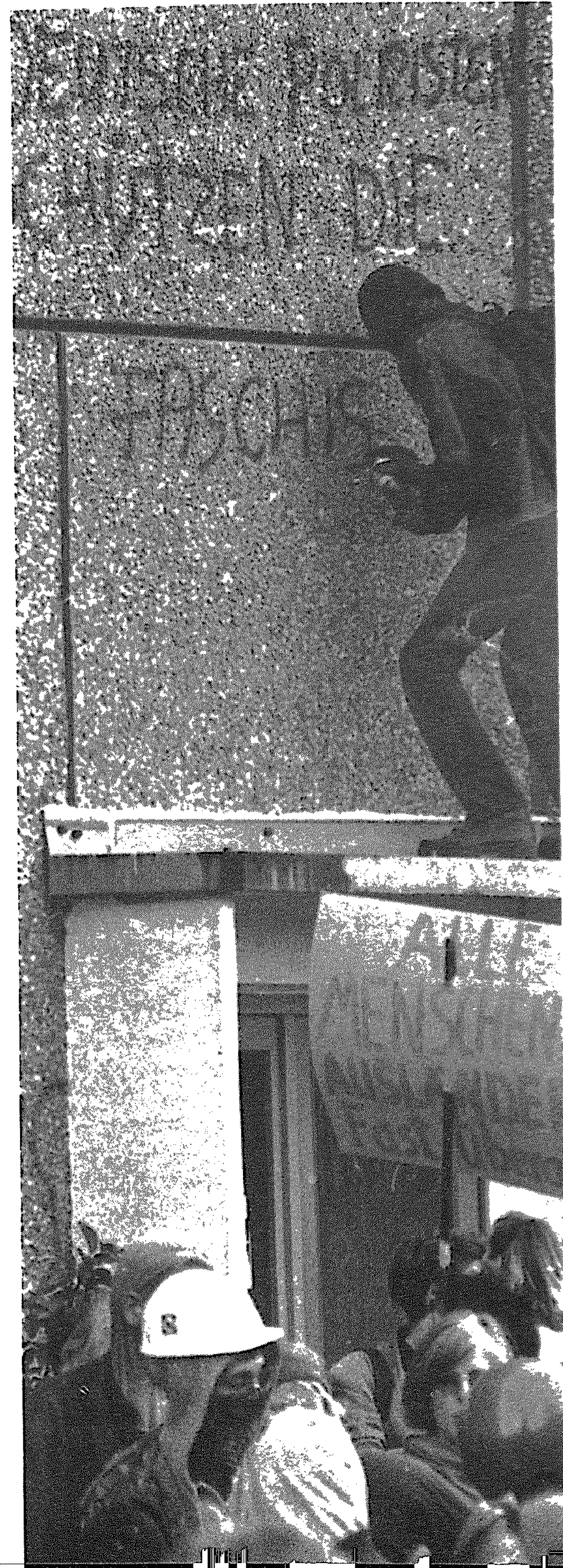
Aber genau das wollen die rechten Ideologen wie vorauszusehen nicht: *„Die Meinungsfreiheit hört ... dort auf..., wo sie dem Gemeinnutz widerspricht."* (de Benoist, in: Demokratie: Das Problem, Tübingen 1985, S.78f.)

„Gemeinnutz" ist, wie vieles im Weltbild der Rechten etwas Verschwommenes, aber doch nichts anderes als die blasse Umschreibung des völkischen Totalitarismus. Das Bild vom „organischen Volk und der organischen Demokratie" taucht auf, (wieder so ein entwendeter Begriff: wir Ökos hatten es ja auch immer mit dem „organischen Wachstum"; auch eine Geistesverwandtschaft zum Spiritualismus tut sich hier auf, die von rechter Seite bereits genutzt wird ...) und neue Mythen werden geschaffen, etwa der, daß der „Volksbegriff" seit 2000 Jahren durch „Egalitarismus, Rationalismus und Erhöhung des Individuums-ohne-Zughörigkeit" verfälscht worden sei.

Das eigentliche Volk – nehmen wir die Gegenbegriffe, so huldigt es der Hierarchie, dem Anti-Rationalismus und der organischen Gemeinschaft – ist demnach faschistisch. (Besonders das Auftauchen des Anti-Rationalismus bei der Neuen Rechten und zahlreichen spiritualistischen Bewegungen sollte in die Diskussion linker Hinterfragung der Aufklärung eingehen! vgl. Bookchin, SF-3/91).

Aber „faschistisch" darf man (noch) nicht sein, deshalb steht an dieser Stelle in der rechten Terminologie „aristokratisch". Es ist im übrigen die Stelle, an der die Methode genauer beschrieben wird: *„Die Aristokratie schöpft ihr Gesetz aus sich selbst. Sie schafft Ordnung, weil sie Ordnung ist. Ja, Macht geht vor Recht ... Die Aristokratie, die sich selbst als politische Klasse eingesetzt hat, schafft ... nicht nur einen Verwaltungsapparat, sondern auch einen kulturellen, bürgerlichen Apparat (Gramsci).... Letzten Endes muß eine Aristokratie fähig sein, den Wörtern ihren Sinn zu geben."* (de Benoist, Demokratie: Das Problem, 1985, S.89) Die Neue Rechte will vor allem die Normen der Gesellschaft neu festschreiben, wobei rationales Anzweifeln zu den Verhaltensweisen gehört, die als dekadent ausgemerzt werden sollen durch die Kraft, mit der neue Normen als „natürlich" verankert werden. „Natürlich" und „organisch" steht dann für eine Gesellschaftsauffassung, in der jedem eine festgelegte Rolle in der Gemeinschaft zugeschrieben wird; über diese Eingebundenheit in die Gemeinschaft, sowohl der Regierten wie der Regierenden, soll eine bedingungslose Identifikation mit dem Ganzen erreicht werden. Der »harmonische« Machtstaat taucht am Horizont rechtsradikaler Vorstellungen auf, und es ist nur logisch, daß sie sich eine solche Identifikation Regierter nicht mit Minderheiten vorstellen können. Der Nationalismus, der in den Vorstellungen der Neuen Rechten im übrigen durchaus mit einem vereinten Europa vereinbar ist und zu einer Art »Europäismus« umdefiniert wird, ist auch in einer solchen Wahnwelt der Kitt, der alles zusammenhalten und die Widersprüche zukleistern muß.

Für die übrigbleibende Ethnie beginnt dann tatsächlich der Rückfall in die Steinzeit: *„Den Gesetzen wollen wir den Glauben entgegensetzen, dem Logoos den Mythos, der Schuldhaftigkeit des Geschöpfes die Unschuld des Werdens, der Erhöhung von Hörigkeit und Demut die Berechtigung des machtstrebenden Willens, ... der reinen Vernunft das Wollen ... dem Begriff das Bild, dem Exil den Ort"* (de Benoist, Heide sein zu neuem Anfang: Die europäische Glaubensalternative, Tübingen 1982, S.306) Eine der Quellen für diese Mixtur, und das sollte gerade AnarchistInnen endgültig bewußt werden, ist der – von Syndikalisten wie Faschisten häufig zitierte – Georges Sorel, der als Theoretiker der Gegenaufklärung, den Mythos gegen den Rationalismus stellte: *„Man muss also die Mythen als Mittel einer Wirkung auf die Gegenwart beurteilen... Die Ganzheit des Mythos ist allein von Bedeutung."* (Georges Sorel, in: Über die Gewalt, Frankfurt 1981). Sorel wollte den Mythos zugunsten des syndikalistischen Generalstreiks verwenden; er wollte einerseits die Phantasie der Arbeiter anheizen, andererseits lästigen Fragen nach der Machbarkeit ausweichen. *"Ein Mythos kann nicht widerlegt werden, denn er ist im Grunde identisch mit der Einstellung einer Gruppe und damit Ausdruck der Überzeugung einer Bewegung..."* (Sorel, Über die Gewalt). Kein Wunder, daß die italienischen Faschisten die eifrigsten Praktiker


Photo: R. Maro/Umbruch-Bildarchiv

von Sorels Theorie waren und in ihrem Gefolge der Syndikalist Sorel auch von der heutigen Neuen Rechten wieder gerne aufgegriffen wird.

Nicht die Naturgesetze, sondern die (neuen) Mythen sollen das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmen. Das Wunschbild und nicht die Realität soll die Gesellschaft beeinflußen. Wer die Bilder in die Welt setzt, hat die Macht, denn da der Vernunft ein Makel angeheftet wurde, sind die Bilder nicht mehr überprüfbar, da das Individuum selbst nichts mehr zählt und die Gemeinschaft den Bildern huldigt, wäre das tausendjährige Reich wieder vorstellbar. Daß Mythen gesellschaftlich nicht ohne Folgen bleiben, zeigen u.a die jüngsten Wahlergebnisse, bei denen die CDU das Bild der "Asylantenschwemme" oder des "Bremer Asylanten-Paradieses" erfolgreich (in ihrem Sinne) benutzte, und mit diesem Appell an niedere Gefühle sogar konkrete, höhere Steuern vergessen machen konnte.

Bedenklich ist, daß wir genau dieselbe Hochschätzung der Mythen über die Vernunft bei zahlreichen spiritualistischen, grünen und (öko-)feministischen Gruppen finden (vgl. Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze, Grafenau 1991).

Ein Faschistenproblem kein Asylantenproblem!

Nimmt mensch das bisher Ausgesagte zur Analyse der Vorgänge in Hoyerswerda und der Brandanschläge allüberall in der neuen BRD, dann wird deutlich, daß es sich nicht ausschließlich um „entwurzelte Jugendliche“ oder um „ohnmächtige Gewalt frustrierter, zukurzgekommener Jugendlicher“ handelt, wie dies die Beschwichtiger unter den Politikern und Meinungsmachern gerne hätten. Wir haben auch kein Asylantenproblem, wie es uns die Konservativen täglich einbläuen, sondern ein Faschistenproblem. Die Diskussionen der Politiker aller demokratischen Parteien, die sich wahltaktisch am falschen Gegenstand aufhängen, verdeutlichen wie wenig Bewußtsein es unter diesen Demokraten für die tatsächlichen Entwicklungen gibt. Sie scheinen Politik nur noch in kurzfristigen Erfolgen gegen ihre demokratischen Konkurrenten zu begreifen, und arbeiten langfristig den Rechten in die Hände. Unbestritten ist, daß die Faschisten derzeit ihren ersten politischen Erfolg verbuchen, der die Bewegung wachsen lassen wird. Auch wenn die Medien bisweilen ihre Nase rümpfen über den offen zur Schau gestellten Fremdenhaß und die faschistische Gewaltbereitschaft, tragen sie doch ganz erheblich dazu bei, daß sich diese Ausschreitungen zum Flächenbrand ausdehnen. Das Mikro unter der Nase einer vielleicht 17-Jährigen in Hoyerswerda, die widerspruchslos von ihren weiteren Angriffsplänen schwärmen kann, wird zum sinnstiftenden Ereignis.

Wesentlich dabei ist, daß die Medien, Politiker u.a. keine eigene Vorstellung über den neuen Faschismus parat haben. Sie suchen nach wie vor nach vernünftigen Begründungen, nach Zielen... und finden sie vordergründig in den Flüchtlingen, im alten SED-Regime und sonstwo; auch wenn sich die Anzahl der Brandanschläge in NRW durchaus mit den Übergriffen im Osten messen läßt.

Was aber, wenn der neue Faschismus keine Ziele kennt? Daß er keine vernünftigen Begründungen braucht haben wir ja bereits festgestellt.

Die Neue Rechte hat daran gearbeitet, den Faschismus-Begriff von seiner fatalen Vergangenheit zu lösen. Auch hier steht die Linke wieder Pate, gar die AnarchistInnen; denn auf die Frage wie sich Anarchismus heute definieren läßt, haben wir jahrelang die Antwort gegeben: als Lebensstil, als Lebensgefühl.

Heute definieren Neue Rechte den Faschismus nicht mehr als politisches Phänomen sondern als „Stil“. Ich zitiere noch einmal Hanspeter Siegfried (in: Widerspruch 21), der in seinem Beitrag Armin Mohlers Kapitel „Der Faschistische Stil“, (in: Liberalenbeschimpfung, Essen 1990) aufgearbeitet hat und zu folgenden Schlußfolgerungen kommt:

„Der (faschistische, Anm. W.H.) Stil äussere sich in Liebe zur Gefahr, Verwegenheit, Geschwindigkeit, in der Kriegsverherrlichung und einer „Spannung von Jugend und Tod“. Krieg sei für den „Faschisten“ ein Kampf an sich und nicht ein Mittel zur Erreichung eines Ziels.... Faschismus wird zu einem kulturellen Phänomen, mit dem eine positive Identifikation wieder möglich wird.“

Das der faschistische Lebensstil durchaus dazu taugt, eine faschistische Identität festzuklopfen, zeigt sich an der Selbstverständlichkeit, mit der zur Gewalt gestanden wird. Gewalt als Mutprobe, Gewalt als Ausdruck eines faschistischen Lebensgefühls – vor diesem Hintergrund erscheinen „ziellose“ Skin- und Faschoübergriffe auf AusländerInnen in U-Bahnen, Wohnheimen und offener Straße in einem anderen Licht.

Neue Angriffe auf die Centri Sociali in Italien

vom Coordinamento de centri sociali della Lombarda

übersetzt aus Umanita Nova von Egon Günther

Seit dem militärischen Angriff auf den nunmehr historischen „Centro sociale" Leoncavallo in Mailand, dem Widerstand und der Verhaftung der GenossInnen sind zwei Jahre vergangen. Zwei Sommer darauf ist der Leoncavallo immer noch da, wiederaufgebaut und bemalt, wenn auch weiterhin bedroht von den wirtschaftlichen und politischen Mächten, doch die Atmosphäre rund um die selbstverwalteten Zentren der Bewegung ist bedrückend; man kann sagen, daß wir uns erneut in einem Alarmzustand befinden. Im Zeitraum eines Jahres hat sich die Situation, die aus der allgemeinen Mobilisierung in Solidarität mit dem Leoncavallo hervorgegangen ist, praktisch umgekehrt und widerspricht so dem Optimismus derjenigen GenossInnen, die in den CSA bereits unangreifbare, faktische Errungenschaften sahen.

Das beunruhigende geographische Verzeichnis erzwungener Räumungen erweitert sich fortlaufend, und dies auch wegen des alljährlichen sommerlichen Exodus aus den Zentren der Städte. Es ist nicht leicht den Beweis für eine gemeinsame Direktive auf europäischer Ebene zu erbringen, doch scheint es zweifelsohne eine zumindest nationale Abstimmung zu geben, die diesen, wenn auch in sich unterschiedlichen, doch mit dem Staat sich gleichermaßen im Bruch befindlichen Experimenten und Erfahrungen ein Ende setzen will.

Die Mittel, diese Räume dicht zu machen, können variieren: Polizei, Faschisten oder Heroin. Doch das Ziel ist eindeutig und klar: es geht um das Auslöschen und Vernichten aller nicht genehmen und genehmigten Vereinigungen.

In den Polizeistuben macht man sich nichts aus Spitzfindigkeiten und politischen Unterscheidungen: Antagonisten (Angehörige des Widerstands, Anm. SF-Red.), Autonome, Anarchisten, Kommunisten, Punx, Feministinnen, Immigranten und Hausbestzer sind nur verschiedene Bezeichnungen für das Wort „Staatsfeinde" und als solche wird ihnen eine angemessene Behandlung zuteil. Unbeeindruckt auch angesichts der vielen, die sich über die fehlende Rechtsstaatlichkeit entrüsten, die sich in dem Urteilsspruch gegen die Ehemaligen von Lotta Continua ausdrückt, die im Fall Calabresi angeklagt waren.



Photo: Herby Sachs/V.E.Bild

Und so sahen wir in den letzten Monaten die Polizei in Mailand, Rom, Neapel, Turin, Bologna, Florenz, Cosenza, Cuneo, Brescia, Imperia, Rovigo und an anderen Orten in der Provinz, die noch weniger Schutz bieten, gegen die potentiellen Herde der sozialen Infektion vorgehen.

Wo die Kommandos nicht in Uniform erschienen, übernahmen die Nazis deren Aufgabe, bei ähnlich infamen Übergriffen wie in Mailand, wo sie einen Genossen aus dem Leoncavallo niederstachen und schwer verletzten und mit Brandanschlägen, wie dem in Rom, wo Auro Bruni am 18/19.Mai im Inneren des Centro Sociale „Corto Circuito" (Rom-Cinecitta) verbrannte. Auro Bruni war 19 Jahre alt. Das Zentrum war vorher schon öfter von Faschisten bedroht worden. Eine Woche zuvor verübte die Falange Armata ein ähnliches Attentat auf das Zentrum von Battaglia Terme (Padua). Ein Flugblatt mit dem Zeichen der Falange kündigte an, daß man in Rom ein „eklatantes Ziel" angreifen werde. Ähnliche Anschläge gegen die Bewegung gab es dieses Jahr auch in Modena, La Spezia und Pisa.

Gerade die letzte (staatliche) Räumung, die dem historischen Sitz der römischen Autonomie-Bewegung, der Via del Volsci galt (sofort wiederbesetzt), sagt – analog der letztjährigen Militäroperation gegen das anarchistische Germinal in Carrara (Zentrum der FAI) – einiges über die von der Regierung angeordneten außergewöhnlichen Maßnahmen im „Kampf gegen die Kriminalität" aus.

Vor diesem Hintergrund und im dritten Jahr hintereinander finden in Mailand im Parco Lambro vom 13.-15. September Veranstaltungen statt, die vom Coordinamento dei centro sociale Leoncavallo in Mailand organisiert sind.

In den letzten Jahren war Parco Lambro ein wichtiger Patz des Austausches und des Kennenlernens für die Bewegung der sozialen Zentren und für die gesamte antagonistische („widerständische") Szene..

1989 stand die Bewegung unter dem Motto „Kein Heroin – keine Polizei" und

eröffnete die Kampagne gegen das Craxi-Gesetz zum Drogenmißbrauch, das die Unterdrückung der Betroffenen und die soziale Kontrolle bedeutet.

1990 stand unter dem Zeichen der „Contromondiale“ und der Opposition gegen die „Herren der Stadt“ und bündelte die Solidaritätsinitiativen für die in diesem Jahr für den Widerstand des Leoncavallo gegen die Räumung vom 16.9.89 angeklagten Genossen. Dieses Jahr steht Parco Lambro vor anderen, neuen Aufgaben. Vor der bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Integration der europäischen Länder besteht für die regionalen Kapitalstrukturen, eben auch in der Lombardei, die Notwendigkeit ihr besonderes Territorium zu normalisieren, d.h. die sozialen Konflikte zum Stillstand zu bringen. In diesem Zusammenhang verstehen sich auch die Angriffe auf die Strukturen des Widerstands.

Die von der schrittweisen Integration der sozialistischen Subysteme in den Weltmarkt des multinationalen Kapitals, dem Ende des Bipolarismus, dem Golfkrieg mit seiner ersten Definition einer neuen imperialistischen Nachkriegsordnung bis zum Abschluß der auf die europäische Integration hinauslaufenden Prozesse gekennzeichnete Phase, die wir heute durchmachen, bedeutet nicht nur einen historischen Schritt hin auf eine neue totale und despotische Organisation des Kommandos und der Ausbeutung, sie ist auch bestimmt durch das Auftauchen neuer Subjekte und neu sich eröffnender Kampflinien.

Daher stellt sich für uns heute die Notwendigkeit Kategorien und Szenarien neu zu bestimmen, um so besser zu verstehen, wie wir uns, ausgehend von unseren Erfahrungen „bewegen“ können.

Die zu führende Debatte steht heute auf der Tagesordnung nicht nur der italienischen Widerstandsbewegung und hat bereits auf dem internationalen Meeting vom 7.-9. in Venedig ein hohes Niveau an Verständigung erreicht.

Wir wollen die Diskussionen und Beschlüsse von Venedig (Treffen autonomer Gruppen, Anm. d. SF-Red.) zum Ausgangspunkt unserer Debatte machen und vor allem auch von unseren konkreten Erfahrungen in der Besetzung und der Selbstverwaltung der Centri sociali ausgehen....

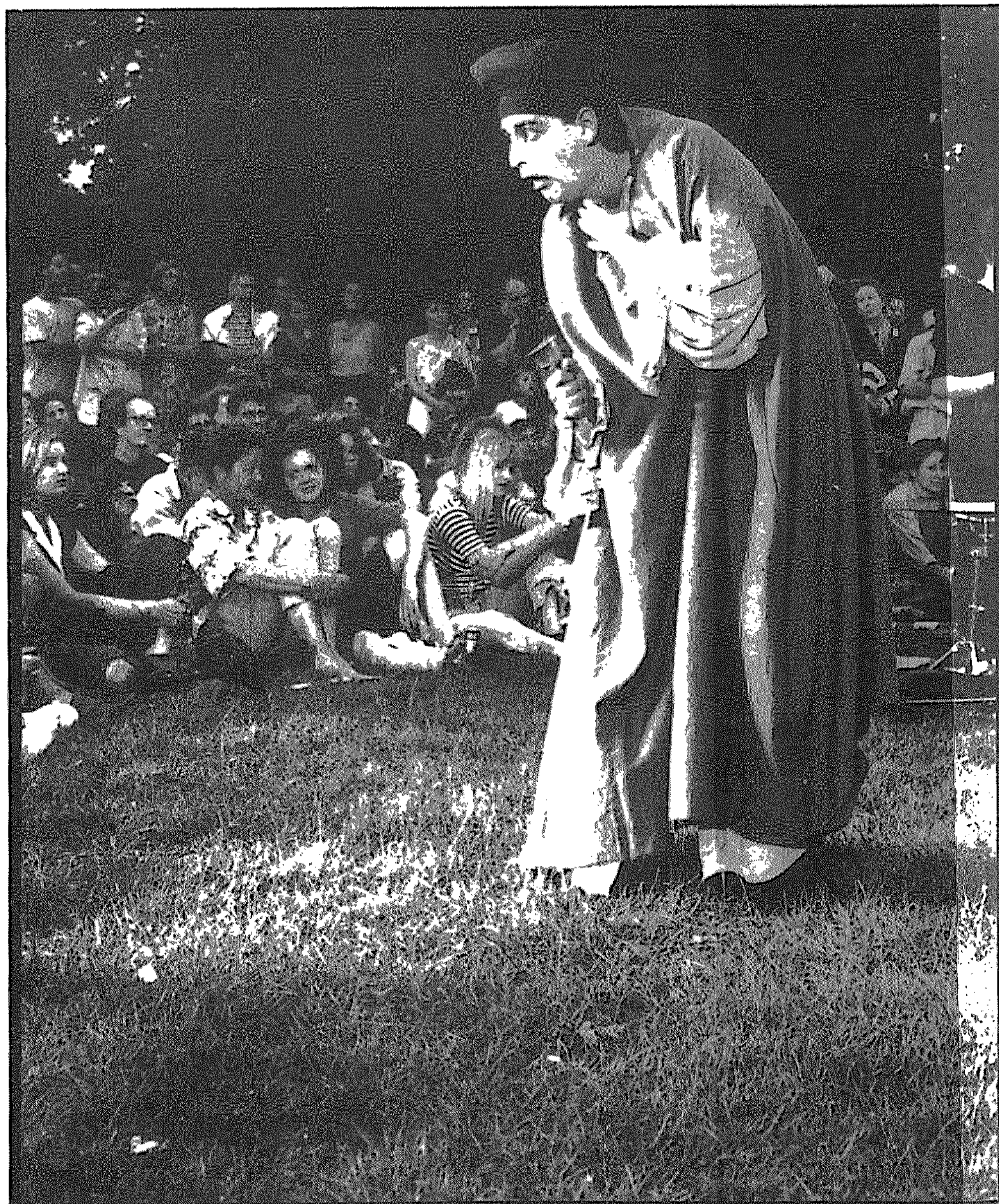
Die Centri sociali sehen sich heute in Italien einem einkreisenden Angriff ausgesetzt, bei dem Stadtverwaltungen, „legale“ bewaffnete Banden und geheime Apparate des Staates, alte und neue Faschisten, Rassisten, Kommunalräte jeglicher politischer Coleur, Mafia und Wirtschaftsverbände an einem Strang ziehen.... Dieser Angriff ... zwingt uns heute eine in die Tiefe gehende Debatte über die Rolle auf, die die Centri sociali vor dem Hintergrund der neuen Szenarien einzunehmen haben. (Folgende Themen waren vorgesehen, bei Redaktionsschluß hatten wir noch keine neuen Nachrichten, SF-Red.:)

1) Neue Weltordnung, europäische Integrationsprozesse – Neuzusammensetzung (Umstrukturierung) von Stadt und Produktion
2) Immigration – Rassismus – Neue soziale Rechte
3) Repressive Politik – Neue Formen sozialer Kontrolle

(Ziel war, zu allen drei Bereichen) Vorschläge für Initiativen und Kampagnen zu erarbeiten.

Kontakt für Anfragen: *Centro sociale Leoncavallo, via Leoncavallo 22, I-20100 Milano, Tel./Fax: Vorwahl Italien-02 (Mailand)-26140287.*

Photo: Herby Sachs/V.E.Bild



Vom Protektionismus zur Freihandelszone oder wie verkauft man dem Teufel seine Großmutter?

von Herby Sachs

"Kann sich die internationale Arbeitsteilung dagegen völlig frei entwickeln, indem die beteiligten Länder auf alle staatlichen Eingriffe (Zölle, Devisenbewirtschaftung, Kontingentierung usw.) verzichten, dann spricht man vom Freihandel.
Auch der Freihandel hat Nachteile: Einheimische Produzenten können durch die Konkurrenz von außen ihrer Existenz beraubt werden; die Spezialisierung auf einige Erzeugnisse bringt eine erhöhte Krisenempfindlichkeit mit sich."
(aus: Volkswirtschaft in unserer Zeit, Frisch/Surkau, Verlag Dr. Max Gehlen Berlin, Zürich, 1975)

Vor einem Jahr reaktivierte der US- Präsident mit der " Initiative der Amerikas" einen alten US-amerikanischen Traum von Freiheit und Democracy, um von Alaska bis Feuerland eine Freihandelszone zu schaffen.

Vor allem die US-Konzerne sollten von dieser Idee im Angesicht der darniederliegenden US- Industrie profitieren. Auf einer kurzen Reise durch verschiedene lateinamerikanische Länder sollte eine Erweiterung des Marktes sondiert und später handfeste Freihandelsverträge vereinbart werden.

Seit Jahren bringt die Wirtschaftskraft der EG und Japans die US- Industrie in arge Bedrängnis. Doch mit schönen Worten, vom politischen Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bis hin zur Völkerfreundschaft, läßt sich der arme Süden, nach Jahren schmerzhafter Erkenntnis gescheiterter Entwicklungspolitik, nicht so ohne weiteres ködern.

Der Glaube, durch mehr Wachstum und Öffnung der Märkte, mit Hilfe der Weltbank und des IWF ganze Gesellschaften zu modernisieren, ist im "Hinterland" der USA verlorengegangen.

Bei Verschuldungen, die zu astronomischen Summen angewachsen sind, bei stagnierendem Wirtschaftswachstum, fallendem Realeinkommen, sinkender landwirtschaftlicher Produktivität, zunehmender Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten, Kriegen, etc. stecken die "sogenannten Entwicklungs-und Schwellenländer" nach wie vor in dem Teufelskreis der Armut.

Selbst die Weltbank glaubt inzwischen nicht mehr ganz an ihre eigenen Strategien. In ihrem neuesten Bericht schlagen sie " den Entwicklungsländern" vor, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Was immer das heißen mag, nach jahrelangem Ausbluten, steht ihre neue Devise unter dem Motto : Statt reiner Marktwirtschaft eine gemischte Wirtschaft mit einem starken Staat einzuführen, der dort eingreift, wo es nötig ist. Doch auch diese Perspektive ist keine Unbekannte. Im Gegenteil. Die meisten lateinamerikanischen Länder können ein Lied davon singen.

Eine verstärkte Weltmarktintegration, angeleitet durch eine stabile Politik (hier sind sowohl die einschlägig bekannten Diktaturen und Marionettenregimes wie die anderen Regierungen gemeint) versprach binnen kurzer Zeit, eine ausgewogene Entwicklung herbeizuführen.

Vier Jahrzehnte wurde an diesen Modellen gebastelt. Das Allheilmittel sollten in den 80er Jahren die geforderten Strukturanpassungsprogramme sein. Sie bewirkten jedoch das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigten. Anstatt der vielbeschworenen, wirtschaftlichen Entwicklung versinken die meisten Länder des Südens in der Spirale steigender Armut und sozialer Krise.

Nichts desto trotz züngelte das Strohfeuer der Einführung einer Freihandelszone auf kleiner Flamme in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Mexiko und Chile. Doch zunächst ein klein wenig anders als die Herren in der USA wollten.

Im März dieses Jahres haben Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay den Vertrag zur Freihandelszone "Mercosur" unterzeichnet, um eigene Tatsachen gegen die USA zu schaffen. Im September gründeten Mexiko und Chile eine Freihandelszone. Damit steht der große Coup für die USA noch aus, auch wenn sich in dem "tratado de libre comercio" zwischen Kanada, USA und Mexiko, der nächstes Jahr beschlossen werden soll, schon klare Vorteile für die US- Wirtschaft abzeichnen.

Das hochverschuldete Mexiko, mit seinem Harvard-Ökonomen Salinas de Gortari an der Regierungsspitze, ist als Nachbarland der USA, mit seinem großen potentiellen Absatzmarkt (85 Millionen Einwohnerinnen) das gefundene Fressen für einen risikolosen Probelauf der angestrebten großen Freihandelszone.

Grundbedingung für das Abkommen mit Mexiko ist ein hartes Strukturanpassungsprogramm, das die Privatisierung verstaatlichter Industrie und Banken fordert, Subventionen von Grundnahrungsmitteln aufhebt, die Zollbarrieren auf ein Minimum reduziert, die Exportindustrie fördert und den Reallohn senken soll.

Das bedeutet eine radikale wirtschaftliche Umstrukturierung der ehemals protektionistischen, mexikanischen Wirtschaft hin zur Marktwirtschaft. Belohnt wird die wirtschaftliche Erneuerung mit dem Plan des US-amerikanischen Außenministers Brady, der Mexiko den Erlaß von 30% seiner Auslandsschulden und der besagten Freihandelszone bringt.

Ausgenommen aus dem Freihandelsvertrag, der vor allen Kapitalinvestitionen und den Handel liberalisiert, sind zumindest in der bisherigen Phase, Einwanderungsfragen, Umweltschutzgesetze und wahrscheinlich nur vorläufig, das mexikanische Erdöl. Auf die Erdölausbeutung jedoch ist die US-Regierung besonders scharf.

Erdöl ist in Mexiko Staatsmonopol seit Cardenas, in den 40er Jahren, die Förderung und Weiterverarbeitung verstaatlicht hat. Die Aufhebung bedarf einer grundsätzlichen Verfassungsänderung. Dazu müssen die Gewerkschaften geschwächt werden, die auf verschiedene, meist sehr korrupte Art und Weise, mit der Pemex (petroleum mexicano) verflochten sind. Eine Privatisierung der Erdölindustrie wird mit Sicherheit einhergehen müssen mit einem enormen

Machtverlust der Gewerkschaften, der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und Modernisierung sowie großen ökologischen Problemen.

Die Umweltorganisationen befürchten weitere starke Verschmutzung der Gewässer, der Luft und des Bodens, grundsätzlich mangelnde ökologische Kontrolle, und die vollkommene Zerstörung des letzten Restes mexikanischen Regenwaldes.

Vor Einwanderungsfragen aus dem Süden schützt sich die US-Regierung auf eine, den Deutschen wohlbekannte, andere Weise. Wie kürzlich zu lesen war, wollen die US-Amerikaner eine 3000 km lange und mehrere Meter hohe Stahlmauer an der Grenze zu Mexiko errichten, um die Einreise Tausender Mexikanerinnen zu verhindern, die auf Saisonarbeit in den USA angewiesen sind.

Während in Europa scheinbar die Blöcke purzeln und die äußeren Mauern fallen,der Kalte Krieg vergessen und eine Demokratisierung in aller Munde ist, wird der Grenzzaun zwischen "Erster" und "Dritter Welt" nicht mehr nur aus Betonplat-ten, sondern aus glänzendem Stahl hochgezogen.

An der Grenze USA/Mexiko scheiden sich die Geister. Der Konflikt Nord gegen Süd, Reich gegen Arm, Industrienation gegen " Entwicklungsland" manifestiert sich in dieser Doppelzüngigkeit, die Menschen als billige Verschubware benutzen und verkaufen.

Seit jeher sind die USA bestrebt, Arbeitskräfte aus Mexiko zu kontrollieren und in ihren Herrschaftsbereich einzugliedern. Das Gleiche gilt für die natürlichen Ressourcen.

In der Landwirtschaft ist der Ausverkauf des Landes besonders sichtbar. Auch wenn sich, da und dort, noch unruhige Herde einer Subsistenzproduktion halten können, wird auf den ertragreichen Flächen des Landes für den Export in den reichen Norden produziert, während Mexiko einen immer größer werdenden Anteil an Grundnahrungsmitteln, Mais und Weizen, aus den USA importieren muß.

Der größte Reiz,den das Freihandelsabkommen für Mexiko bietet, ist der freie Zugang für ausländische Investoren zum Markt des Nordens mit dem besonderen Vorteil der billigen,mexikanischen Arbeitskraft.

Mit diesen Standortvorteil im Gepäck besuchte der mexikanische Präsident im Juli auch die Bundesrepublik. Besonders interessiert ist Mexiko an der deutschen Automobilindustrie, die mit VW und Mercedes schon stark vertreten ist. VW will in den nächsten Jahren eine Milliarde Dollar investieren. Vor dem japanischen Konzern, Nissan, ist VW der größte Autohersteller in Mexiko.

Die Autoindustrie wird einer der Gewinner des Freihandelsabkommens sein. Die Zuwachsrate schätzt man jährlich auf 10%. VW, zum Beispiel, möchte seine jährliche Produktions- und Verkaufsstückzahl verdoppeln. Spekulationen in dieser Hinsicht gibt es noch und nöcher, Tatsache jedoch ist, daß dieser Markt wegen seiner Größe einmalig in der Welt ist, besonders mit dem Hintergedanken, durch das ehemalige "Schwellenland" Mexiko als Bindeglied, ganz Lateinamerika marktwirtschaftlich zu vereinnahmen.

Die ausländische Exportindustrie kann sich, u.a. durch die Einkommensdifferenz, enorme ökonomische Vorteile erhoffen.

Doch wie sieht es mit dem mexikanischen Binnenmarkt aus ?

Abgesehen von einer weiteren Zerstörung gewachsener sozioökonomischer Strukturen und kultureller Identität wird der Anstieg der Arbeitsproduktivität für die Menschen gering sein. Besonders betroffen sind von den Maßnahmen die Indigenas und die Frauen.

Durch die Öffnung der Zollgrenzen wird die Konkurrenz billiger Konsumartikel größer. Der in Armut lebenden Mehrheit steht eine Importgüter konsumierende Minderheit gegenüber, die sich in Mexiko u.a. aus dem ehemaligen Mittelstand zusammensetzt. Der Konsummarkt gewinnt an Bedeutung und wird die Subsistenzproduktion immer weiter an den Rand drängen.

Die Versprechungen Salinas de Gortari sind eng verknüpft mit dem Überleben der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI). In seinem Bemühen Mexiko zu modernisieren und zu privatisieren, braucht der Präsident nicht nur eine Menge ausländischer Investoren, sondern den schnellen Wirtschaftsaufschwung. Das ganze alte, verfilzte und korrupte System wird dann in Frage gestellt, wenn eine Integration in die Marktwirtschaft mißlingt.

Der politische Erfolg der PRI ist momentan an den Erfolg des Freihandels gebunden. Spätestens während größerer Mißerfolge wird das herrschende, politische Regime, durch Forderungen nach freien Wahlen ohne Betrug, und die Achtung der Menschenrechte unter Druck gesetzt.

Zwar zeichnet sich im Moment keine konkrete politische Alternative ab, da die Opposition, nach anfänglichem Erfolg vollkommen zerstritten ist, doch die politische und soziale Unruhe droht seit geraumer Zeit, wie das Schwert des Damokles, über dem Regierungspalast in Mexiko-Stadt.

Bisher stößt das Freihandelsabkommen in Mexiko auf wenig Widerstand. Die Erwartungshaltung überwiegt. Die Versprechungen erscheinen glaubwürdig. Auch wenn die Skepsis und Ablehnung gegenüber der USA seit langer Zeit weit verbreitet ist, sprechen zumindest einige Umfragen von einer Mehrheit der Befürworterinnen. Da die PRI über alle Mittel

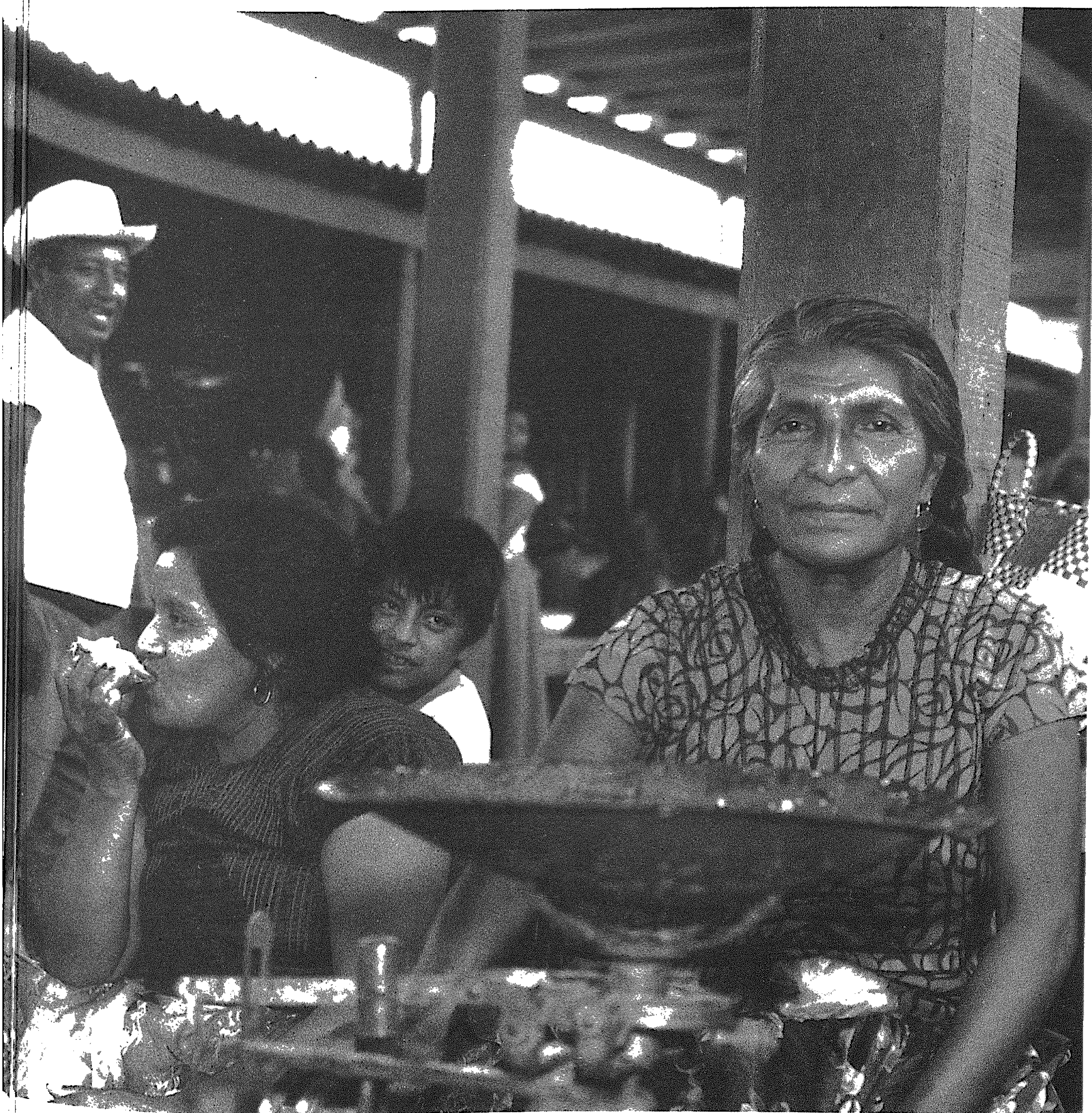


des Staates, sowie das Fernsehmonopol verfügt, sind die Umfragen allerdings stark anzweifelbar.

Für die USA, wie für die Politik eines George Bush, scheint das Freihandelsabkommen, neben seinem wirtschaftlichen Wert, jedoch noch eine andere Funktion zu haben. Die Expansion Richtung Süden besitzt große geopolitische Bedeutung. Neben einer Kontrolle der Ressourcen bringt eine Vereinigung des amerikanischen Kontinents, auf Jahre hin gedacht, das einzig mögliche politische Pendant zur Festung Europa.

Während der Diskussion um Freihandelszonen stehen die Ärmsten der Armen in "der dritten Welt" erneut Schlange vor den verschlossenen Toren der Industrienationen. Wohl überlegt suchen sich die Industrienationen ihre Freihandelspartner , ihre Favoriten, aus dem Pool der Länder des Südens aus. Daß dabei die Forderungen des Südens nach Entschuldung, höheren Rohstoffpreisen, Reparationen etc. als globale Lösungsmöglichkeit unter den Tisch fallen werden, ist nur die Kehrseite des kalkulierten Va banque Spiels der Industrienationen.

Die eigentliche Seite ist, daß grundsätzlich auf diese Art und Weise, behaftet mit Denkmustern wie der des Freihandels, gegenseitiger Konkurrenz, verstärkter Weltmarktintegration ein Ausverkauf des Südens weiterhin gängige politische und ökonomische Praxis bleibt.



Huaves-Marktfrauen, San Matteo del Mar, Oaxaca/Mexiko, Photo: Herby Sachs/V.E.Bild

Desinformation und der Golfkrieg

von Noam Chomsky

aus dem Amerikanischen übersetzt von Andi Ries

Meine Überschrift kündigt das Thema „Desinformation und der Golfkrieg" an. Das ist als Themenstellung aber eigentlich enger gefaßt als das worüber ich sprechen will. Ich komme darauf noch zurück. Ich will zuvor jedoch einen breiteren Kontext schaffen, um auf diesen speziellen Fall einzugehen.

Dieser Kontext hat etwas mit der Frage zu tun, in welch einer Welt und in welch einer Gesellschaft wir leben wollen und konkret: was ist für uns eine demokratische Gesellschaft? Ich möchte diese Frage anhand der Gegenüberstellung zweier unterschiedlicher Demokratiebegriffe ein wenig erläutern. Der eine Demokratiebegriff beinhaltet eine möglichst große Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungsprozessen und einen freien Zugang zur Information. So in etwa steht es im Lexikon!

Eine andere Konzeption meint, das Volk müsse von den Entscheidungsprozessen ferngehalten werden und der Zugang zu Informationen eingeschränkt und kontrolliert werden. Das mag eine seltsam klingende Demokratiekonzeption sein, aber es ist wichtig sich darüber im Klaren zu sein, daß dies die vorherrschende ist! Tatsächlich ist sie dies schon seit langem und nicht nur im praktischen Sinne, sondern auch theoretisch. Sie geht bis zu den ersten modernen demokratischen Revolutionen im England des 17.Jahrhunderts zurück, in denen diese Konzeption weitgehend zum Ausdruck kommt. Ich werde mich nun der modernen Periode – der näheren Vergangenheit – zuwenden und kurz umreißen, wie sich diese Demokratievorstellung entwickelte und warum und auf welcher Weise die Fragestellung der Medien- und Informationspolitik bzw. Desinformation damit verbunden ist.

Die Frühgeschichte der Propaganda

Beginnen wir mit dem ersten Einsatz der Propaganda in den USA. Das war unter der Regierung Woodrow Wilsons. Woodrow Wilson wurde 1916 mit seinem Wahlprogramm *„Frieden ohne Sieg"* gewählt. Das war Mitte des ersten Weltkriegs. Die Bevölkerung war sehr pazifistisch gesinnt und lehnte eine Beteiligung Amerikas an dem europäischen Krieg ab. Die Wilson-Regierung hatte sich aber schon zum Kriegseintritt entschlossen, und so mußte etwas getan werden. Sie konstituierten einen Regierungsausschuß für Propaganda, die Creel-Commission, und der schaffte es innerhalb von sechs Monaten, eine pazifistisch gesinnte Bevölkerung in eine hysterisch nach Krieg rufende Bevölkerung umzuwandeln, die alles Deutsche zerstören, jeden einzelnen in der Luft zerreißen, in den Krieg ziehen und die Welt retten wollten. Dies war eine große Leistung und führte zu weiteren großen Taten. Gleichzeitig und nach dem Krieg wurde mit denselben Techniken die „Rote Gefahr" an die Wohnzimmerwände gemalt. Diese erwies sich als sehr hilfreich bei der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Beseitigung der gefährlichen Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Es gab von Seiten der Medien große Unterstützung und auch von der Wirtschaft, die in Wirklichkeit einen Großteil dieser Arbeit organisierte und forcierte; zum Schluß war es ein großer Erfolg.

Unter denen, die sich aktiv und begeistert an der Propaganda beteiligten, waren auch die progressiven Intellektuellen – Mitglieder des John Dewey-Zirkels –, die sehr stolz darauf waren, wie ihren Schriften entnommen werden kann, auf welche Art und Weise die – so nannten sie es – „intelligenteren Teile der Gemeinschaft", also vorwiegend sie selber, es schafften, eine widerstrebende Bevölkerung in den Krieg zu treiben, indem sie diese Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten und somit einen chauvinistischen Fanatismus hervorriefen. Die Mittel, derer sie sich bedienten, waren vielfältig. Ein Beispiel: es gab sehr gut konstruierte Greueltaten der Hunnen, belgische Babys, denen die Arme ausgerissen wurden, und allerhand gräßliche Dinge, die man heute noch in den Geschichtsbüchern lesen kann. All das wurde vom britischen Propaganda-Ministerium erfunden, dessen eigene Verpflichtung, wie es geheime Aufzeichnungen belegen, es damals war, *„die Gedanken auf der ganzen Welt zu kontrollieren."* Noch spezieller, sie wollten die Gedanken der intelligenteren Teile der Gemeinschaft in den USA kontrollieren, damit diese die Propaganda verbreiteten, sich zusammenschlossen und eine pazifistische Bevölkerung in eine kriegslüsterne verwandelten. Das funktionierte. Das funktionierte sogar sehr gut. Und daraus zog man die Lehre, daß staatliche Propaganda, wenn sie von den gebildeten Schichten unterstützt und wenn keinerlei abweichende Meinung erlaubt wird, eine große Wirkung haben kann. Dieses Lehrstück haben sich Hitler und viele andere angeeignet, und es wurde bis zum heutigen Tag weiterentwickelt.

Die Demokratie der Zuschauer

Eine andere Gruppe, die von diesen Erfolgen sehr beeindruckt war, waren die die Medien bestimmenden liberalen Theoretiker, wie beispielsweise Walter Lippmann, das Paradepferd amerikanischen Journalismus, bedeutender Kritiker der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und einer der bedeutendsten liberalen Theoretiker. Der rote Faden seiner

gesammelten Schriften könnte „Eine moderne Theorie liberalen Denkens" genannt werden. Lippman war in diese Propaganda Kommissionen verstrickt und beurteilte ihre Erfolge positiv. Er meinte, daß diese „Revolution in der Kunst der Demokratie" dazu benutzt werden könne, Konsens zu schaffen; d.h. mit den neuen Mitteln der Technik die Zustimmung der Bevölkerung für Dinge zu erreichen, die sie eigentlich ablehnten.

Er hielt dies nicht nur für eine gute Idee, sondern für schlicht notwendig. Notwendig aufgrund der Tatsache, daß die öffentlichen Interessen sich der öffentlichen Meinung gänzlich entziehen und allein durch eine qualifizierte verantwortliche Schicht verstanden und umgesetzt werden können. Diese Theorie behauptet also, daß nur eine kleine Elite – Intellektuelle wie die Dewey-Gruppe meint – die öffentlichen Interessen (unser aller Anliegen) feststellen kann, da sie sich der öffentlichen Meinung entziehen. Diese Auffassung stammt aus dem davorliegenden Jahrhundert. Sie ist aber auch typisch leninistisch. Und tatsächlich hat sie eine große Ähnlichkeit mit der leninistischen Konzeption der Avantgarde, die durch die Unterstützung der Massen an die Staatsgewalt gelangt und die stumpfe Masse zu ihrem Glück führt, weil sie selber viel zu dumm und unqualifiziert ist, es selbst zu können. Der Liberalismus und der Marxismus/Leninismus haben sehr viele Gemeinsamkeiten in ihren allgemeinen ideologischen Annahmen. Ich denke, daß dies auch der Grund für das Abdriften von der einen zur anderen Ideologie ist, ohne daß dabei jemand einen großen Gesinnungswechsel vollziehen muß. Es ist eine reine Herrschaftsfrage. Entweder gibt es eine Revolution, die uns an die Herrschaft bringt, oder es wird keine geben und in diesem Fall werden wir für die real Herrschenden arbeiten, – für die Wirtschaft. In beiden Fällen tun wir dasselbe: wir führen die stumpfe Masse durch eine Welt, die sie nicht begreifen kann.

Lippmann sichert dies mit seiner sorgfältig ausgearbeiteten Theorie der modernen Demokratie ab. In einer gut funktionierenden Demokratie gäbe es – so Lippmann – verschiedene Klassen von Bürgern. Zum einen die Klasse, die in der Verwaltung der öffentlichen Belange eine aktive Rolle innehaben, dies ist die Elite. Es sind die Leute, die Entscheidungen analysieren, treffen und ausführen und die Abläufe des politischen, ökonomischen und ideologischen Systems bestimmen. Sie machen aber nur einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung aus. Jeder, der diese Idee weiterentwickelt, ist natürlich Teil dieser kleinen Gruppe, die darüber diskutiert, wie mit den Anderen umzugehen ist. Diese Anderen, die nicht zur Elite gehören, der größte Teil der Bevölkerung, sind, laut Lippmann, die „wilde Herde". Wir müssen uns vor einer Stampede dieser wilden Herde schützen, um nicht niedergetrampelt zu werden. Es gibt zwei Funktionen in einer Demokratie: Die Elite, die Verantwortlichen, haben die Exekutive, d.h. sie vertreten die öffentlichen Interessen, übernehmen das Denken und die Planung. Und dann gibt es die wilde Herde, die ebenfalls eine Funktion in einer Demokratie hat. Ihre Funktion sei die des *Zuschauers*, nicht des Teilnehmers an den Handlungen. Aber weil es eine Demokratie ist, haben sie noch mehr als diese Funktion: ab und zu dürfen sie ihr Gewicht dem einen oder anderen Angehörigen der Elite in die Waagschale werfen. Mit anderen Worten, sie dürfen „Wir wollen Dich als Führer" oder „Wir wollen *Dich* als Führer" sagen. Das ist der Unterschied zwischen einer Demokratie und einem totalitären Staat. Dies wird Wahl genannt. Haben sie sich für den einen oder anderen der Elite ausgesprochen, wird von ihnen erwartet, daß sie wieder Zuschauer, keinesfalls Aktivisten werden. So läuft das in einer gut funktionierenden Demokratie.

Das ist auch plausibel. Es hat sogar was von moralischer Verpflichtung. Die moralische Verpflichtung resultiere aus der Unfähigkeit der großen Masse ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Wenn sie an den Entscheidungen beteiligt wäre, würde sie sich nur ins Unglück stürzen. Deshalb wäre es unmoralisch und unverantwortlich, dies zuzulassen. Es ist genau dieselbe Logik, die einem verbietet, einen Dreijährigen über die Strasse rennen zu lassen. Niemand gibt einem Dreijährigen diese Freiheit, weil er damit nicht umgehen kann. Entsprechend wird eine Partizipation der wilden Herde nicht zugelassen. Es gibt nur Unglück. Nun benötigen noch wir etwas, um diese wilde Herde zu zähmen, dieses Etwas ist „the new revolution in the art of democracy", *die Konsensproduktion.*

Die Medien, die Schulen und die Kultur sollen sie vorbereiten. Für die Politiker und die Entscheidungsträger sollen sie einen angemessenen Realitätssinn vermitteln und einen anständigen Glauben einflößen. Hier gibt es eine unausgesprochene Voraussetzung: Diese unausgesprochene Voraussetzung, die selbst die Verantwortlichen verdrängen, hat mit der Frage zu tun, wie es überhaupt möglich ist, Teil der Elite zu werden. Natürlich indem man den tatsächlich Herrschenden dient. Diese Herrschenden besitzen die Gesellschaft und sind eine sehr kleine Gruppe. Wenn die Eliten ihre Dienste

anbieten, werden sie Teilhaber an der Herrschaft und bewahren Stillschweigen. Das bedeutet, daß sie den Glauben und die Doktrin dieser Herrschaft verinnerlichen. Und wenn sie diese Kunst nicht beherrschen, bleiben sie außen vor. So haben wir ein Erziehungssystem, das auf die Verantwortlichen ausgerichtet ist. Hier müssen die Werte und Interessen des Privateigentums und die staatlichen Gesetze, die dieses System repräsentieren, indoktriniert werden. Der Rest der wilden Herde muß verwirrt werden. Ihre Absichten müssen abgelenkt werden. Sie müssen vor Unglück bewahrt werden. Und es muß sichergestellt werden, daß sie zum großen Teil Zuschauer bleiben und gelegentlich einem Vertreter der wirklichen Elite ihre Stimme geben.

Diese Sichtweise wurde von vielen weiterentwickelt. Und sie ist tatsächlich die gängige. Zum Beispiel meinte der führende zeitgenössische Theologe und Kritiker der US-Außenpolitik Reinhold Niebuhr, – auch der Pfarrer des Establishments genannt, der Guru von George Kennan, der intellektuellen Kennedys und anderer, –, daß Rationalität eine „nicht weitverbreitete Kunst ist". Nur wenige Leute haben sie. Die meisten Menschen werden von Emotionen und Impulsen gelenkt. Diejenigen von uns, die Rationalität besitzen, müssen sich notwendige Illusionen und emotional wirksame Vereinfachungen ausdenken, um die naiven Tölpel mehr oder weniger auf Kurs zu halten.

Dies wurde ein gewichtiger Aspekt zeitgenössischer politischer Wissenschaft. In den 20er und 30er Jahren hat Harold Lasswell, der Begründer der Kommunikationsforschung und führende amerikanische Politologe, erklärt, daß wir nicht dem Irrtum unterliegen sollen, daß die Menschen selbst die besten Anwälte ihrer Interessen seien. Weil sie es nicht sind. Wir, die Intellektuellen, sind die besten Anwälte der öffentlichen Interessen. Und deshalb haben wir sicherzustellen, daß sie keine Möglichkeit haben auf der Basis ihres Unvermögens zu agieren. In einem Staat, der heutzutage totalitär genannt wird, – früher hieß dies ein Militärregime – ist dies einfach. Sie werden mit der Knute in der Reihe gehalten. Nachdem aber die Gesellschaft freier und demokratischer geworden ist, ging diese Möglichkeit verloren. Deshalb müssen wir uns den Techniken der Propaganda zuwenden. Diese Logik ist deutlich genug.

Propaganda bedeutet für eine Demokratie dasselbe wie die Knute für den Totalitarismus. Sie ist weise und gut, weil – wieder einmal – die öffentlichen Interessen sich der „wilden Herde" entziehen. Sie können sie nicht entziffern.

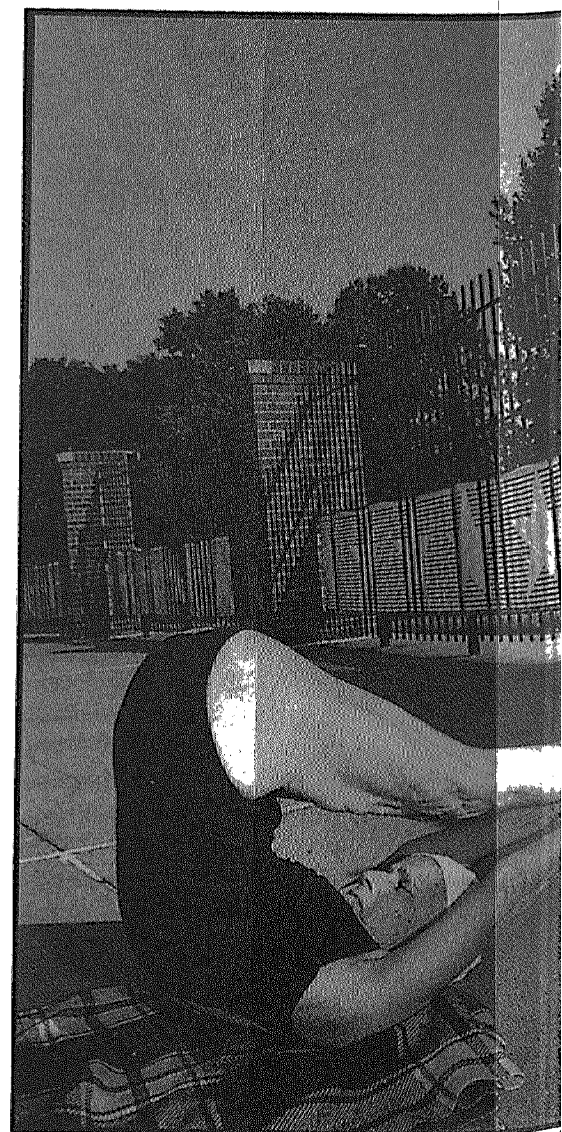
Public Relations

Der Public-Relations-Industrie wurde in den USA zu ihrem Durchbruch verholfen. Ihre Aufgabe war, wie ihre führenden Mitglieder formulierten, *„die öffentliche Meinung zu kontrollieren"*. Sie haben sehr viel von den Erfolgen der Creel-Commission und der gelungenen Installierung der „Roten Gefahr" gelernt. Die Public-Relations-Industrie erlebte zu dieser Zeit einen enormen Aufschwung. Es gelang ihr in den 20er Jahren die öffentliche Meinung fast vollständig den Erfordernissen der Wirtschaft anzupassen. Die Erfolge waren so groß, daß sich der Kongreß in den 30er Jahren veranlaßt sah, diese Vorgänge durch die Einrichtung von Komittees zu untersuchen. Aus dieser Untersuchung stammt ein Großteil unserer Informationen.

Public Relations ist eine Großindustrie. Ihr Umsatz beläuft sich heute ungefähr in der Größenordnung einer Milliarde Dollar. Die ganze Zeit über war es ihre Aufgabe *die öffentliche Meinung zu kontrollieren*. In den 30er Jahren entstanden ähnlich große Probleme wie während des 1.Weltkriegs. Es gab eine große Depression und eine starke Arbeiterbewegung. 1935 errang diese einen großen Sieg, indem sie mit dem Wagner Act das Recht auf Organisierung durchsetzten.

Das schuf zwei ernsthafte Probleme: erstens funktionierte die Demokratie nicht mehr richtig. Die wilde Horde errang auf der gesetzgeberischen Ebene Erfolge und das ist im System nicht vorgesehen. Und das andere Problem entstand durch die Möglichkeit, daß sich die Leute wirklich zu organisieren begannen. Die Bevölkerung muß atomisiert sein, abgekapselt und vereinzelt bleiben. Sie soll sich nicht organisieren, sie könnten dadurch mehr als nur Zuschauer werden. Sie könnten sogar Einfluß gewinnen, wenn sie sich zusammenschließen und gemeinsam in die politische Arena treten. Das ist wirklich sehr bedrohlich. Die Hauptreaktion der Wirtschaft hierauf war, sicherzustellen, daß dies der letzte Erfolg der Arbeiterbewegung auf gesetzgeberischer Ebene war und der Anfang vom Ende dieses demokratischen Irrwegs, der der Organisierung der Bevölkerung. Und das funktionierte. Es war der letzte Erfolg der Arbeiterbewegung auf der gesetzgeberischen Ebene. Von da an schwand die Möglichkeit über die Gewerkschaften zu handeln stetig, und das obwohl die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften während des 2.Weltkriegs noch anstiegen und erst nach seinem Ende abfielen. Das war kein Zufall. Wir sprechen jetzt über die Wirtschaft, die eine Unmenge an Geld, Aufmerksamkeit und Nachdenken aufbrachte, um diese Probleme mittels der Public Relations Industrie und anderen Organisationen, wie der National Association of Manufacturers und dem Business Roundtable in den Griff zu kriegen. Sie begaben sich sofort an die Arbeit, um einen Weg aus diesen demokratischen Abweichungen heraus zu finden.

Den ersten Versuch datieren wir auf das Jahr 1936. Es gab einen großen Streik im Mohawk Valley, den Bethlehem-Steel Streik im Westen Pennsylvanias. Die Wirtschaft probte ein neues Mittel der Widerstandsbekämpfung und hatte Erfolg. Keine bewaffneten Einheiten und auch nicht die Brechstange. Dies funktionierte nicht mehr allzu gut, dafür die subtilere und effektivere Methode der Propaganda. Die Grundidee lag darin herauszufinden, wie man die Öffentlichkeit gegen die Streikenden aufbrachte; man präsentierte die Streikenden als zerstörerische und für die Allgemeinheit gefährliche Subjekte, die zu alledem noch gegen die gemeinschaftlichen Interessen verstießen. Die „gemeinschaftlichen Interessen" sind „unsere", die des Geschäfts-



manns, des Arbeiters und der Hausfrau. Das sind „wir". Wir wollen zusammensein, wollen Harmonie, amerikanischen Patriotismus und Zusammenarbeit. Und dann gibt es da draußen die miesen Streikenden, die alles kaputt machen wollen, Ärger machen und die Harmonie stören und zuguterletzt noch auf unseren amerikanischen Patriotismus spucken. Wir müssen sie aufhalten, um weiter zusammenleben zu können. Das Management und der Fußbodenputzer haben die gleichen Interessen. Wir können alle zusammenarbeiten und zu dem harmonischen amerikanischen Patriotismus beitragen, indem jeder den anderen achtet. Das war im Groben die Botschaft. Diese wurde allerorten verkündet. Das ging von der Wirtschaft aus, mit ihren großen Ressourcen und ihrer Kontrolle über die Massenmedien und es funktionierte ausgesprochen gut. Es wurde später als „Mohawk Valley-Formel" bezeichnet und immer wieder angewandt, um Streiks zu brechen. Sie wurden als „wissenschaftliche Methoden des Streikbrechens" angesehen, die sich deshalb so erfolgreich auswirkten, weil sie die öffentliche Meinung für so öde und leere Vorstellungen wie den amerikanischen Patriotismus mobilisierten. Wer kann da schon dagegen sein? Oder gegen Harmonie? Wer will sie nicht? Oder auf die heutige Zeit bezogen: „Unterstützt unsere Truppen!" Wer kann dagegen sein? Es muß also irgendetwas völlig sinnloses sein. Denn was bedeutet es eigentlich, wenn Dich einer fragt: Unterstützen sie die Menschen in IOWA? Können Sie darauf antworten, daß Sie sie unterstützen oder nicht unterstützen? Es ist ja nicht einmal eine wirkliche Frage. Es bedeutet nichts! Und das ist der Punkt. Das Wichtigste an einem Public-Relations-Slogan wie „Support our Troops" ist, daß er nicht bedeutet. Er bedeutet genausoviel, wie die „Frage", ob Sie die Menschen in IOWA unterstützen. Natürlich gab es einen schwierigen Punkt. Es ging eigentlich um die Frage, unterstützen Sie unsere Politik? Aber die Leute sollten darüber nicht wirklich nachdenken. Und dies macht eine gute Propaganda aus. Es müssen Slogans erfunden werden, denen alle zustimmen und wo sich niemand dagegenstellen kann, weil niemand weiß was sie eigentlich bedeuten, denn sie selbst haben ja keinerlei Aussage und ihre entscheidende Wirkung liegt in der Ablenkung von *der* Frage, die etwas bedeutet: "Unterstützen Sie unsere Politik?" Darüber soll als einziges nicht gesprochen werden. Die Menschen sollen über die Unterstützung der Truppen reden. Natürlich verweigere ich denen nicht meine Unterstützung – und schon schnappt die Falle zu. Es ist dasselbe wie mit der Harmonie und dem amerikanischen Patriotismus. Wir gehören alle zusammen, leere Sprüche und unterhaken; weg mit den Subjekten, die diese Zusammengehörigkeit zerstören wollen mit ihren Klassenkampfparolen, Menschenrechten und ähnlichem Zeugs.



Photo: Mary Ellen Mark

Das alles ist äußerst erfolgreich. Es läuft bis heute und ist natürlich gut ausgeklügelt. Die sind nicht aus Spaß in der PR-Industrie. Die arbeiten. Sie versuchen die richtigen Werte festzusetzen. Und sie haben tatsächlich auch ein Ideal von dem, wie Demokratie aussehen sollte: Es sollte ein System sein, in dem die Elite für ihre Dienste ausgebildet wird, Dienste für die Herrschenden. Dem Rest der Bevölkerung sollte die Möglichkeit zur Organisation genommen werden, weil dies eh nur Ärger schafft. Sie sollen vereinzelt vor ihren Fernsehern sitzen und die Botschaft verinnerlichen, daß das einzig Wichtige mehr Komödien im TV-Programm sind und daß das Ziel in einem Leben besteht, wie es die reichen Mittelstandsfamilien in den TV-Serien vorführen; ansonsten sollen Sie an die Werte wie Harmonie oder amerikanischen Patriotismus glauben. Das wäre alles, was das Leben zu bieten hat. Sie können insgeheim ahnen, daß da noch etwas anderes im Leben ist als dies, aber weil Sie allein in die Röhre schauen, nehmen Sie an, daß Sie verrückt sind, denn das was Sie sehen ist ja alles, was in der Welt vorgeht. Und seit jede Organisierung verboten ist, – das ist entscheidend – haben Sie keine Möglichkeit mehr herauszufinden, ob Sie nun verrückt sind oder nicht. Und dieser Gedanke drängt sich jedem auf, weil er der naheliegendste ist.

So sieht das Ideal aus. Es werden große Anstrengungen unternommen es zu erreichen. Dahinter steht natürlich ein Konzept. Es ist genau die Demokratiekonzeption von der ich schon gesprochen habe. Die wilde Herde ist das Problem. Wir müssen ihrer Rage und der Stampede zuvorkommen. Wir müssen sie zähmen. Sie sollten Fußball oder gewalttätige Videos anschauen. Ab und an läßt man sie „Support the Troops" skandieren. Sie sollten in Angst gehalten werden, denn sie haben bereits Angst vor Monstern, die ihnen ans Leder wollen, von außerhalb oder auch von innen kommend; sie könnten ansonsten anfangen nachzudenken und das wäre gefährlich, weil sie dazu ja gar nicht in der Lage sind. deshalb ist es wichtig, sie außen vor zu halten und zu marginalisieren.

Das ist eine Konzeption von Demokratie. Reduziert auf die Wirtschaft. Der letzte Sieg der Arbeiterklasse fand wirklich mit der Wagner Act 1935 statt. Nach Kriegsbeginn verfiel die sehr verschiedenartige Kultur der Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften wurden zerstört. Es entstand eine Ellenbogengesellschaft bemerkenswerten Ausmaßes. Dies ist die einzige staatskapitalistische Gesellschaft, die noch nicht einmal einen Gesellschaftsvertrag hat, den man in vergleichbaren Industrieländern findet. Neben Südafrika ist dies, so weit ich weiß, die einzige Industriegesellschaft, die kein öffentliches Gesundheitssystem hat. Es gibt keinerlei soziale Absicherung für Menschen, die nicht selbst für ihr Auskommen sorgen können. Lebendige Gewerkschaften existieren eigentlich nicht. Es gibt keine politischen Parteien oder Organisationen. So ist es ein weiter Weg zu einem anderen Ideal, vor allem strukturell. Die Medien sind gleichgeschaltet. Sie haben denselben Blickwinkel. Die zwei Parteien sind Fraktionen der Wirtschaft. Der größte Teil der Bevölkerung schert sich nicht um die Wahlen, weil es sowieso gleich ist. Sie sind ausgegrenzt und gezähmt. Das ist der springende Punkt. Edward Bernays, herausragende Gestalt der PR-Industrie, kam aus der Creel-Commission. Er war dort dabei, sammelte seine ersten Erfahrungen und begann die „Konsensproduktion" zu entwickeln, die er als „Wesen der

Demokratie" bezeichnete. Die Leute, die in der Lage sind, Konsens zu produzieren, sind diejenigen, die die Ressourcen und die Macht dazu haben – die Wirtschaft – und damit arbeiten sie für die.

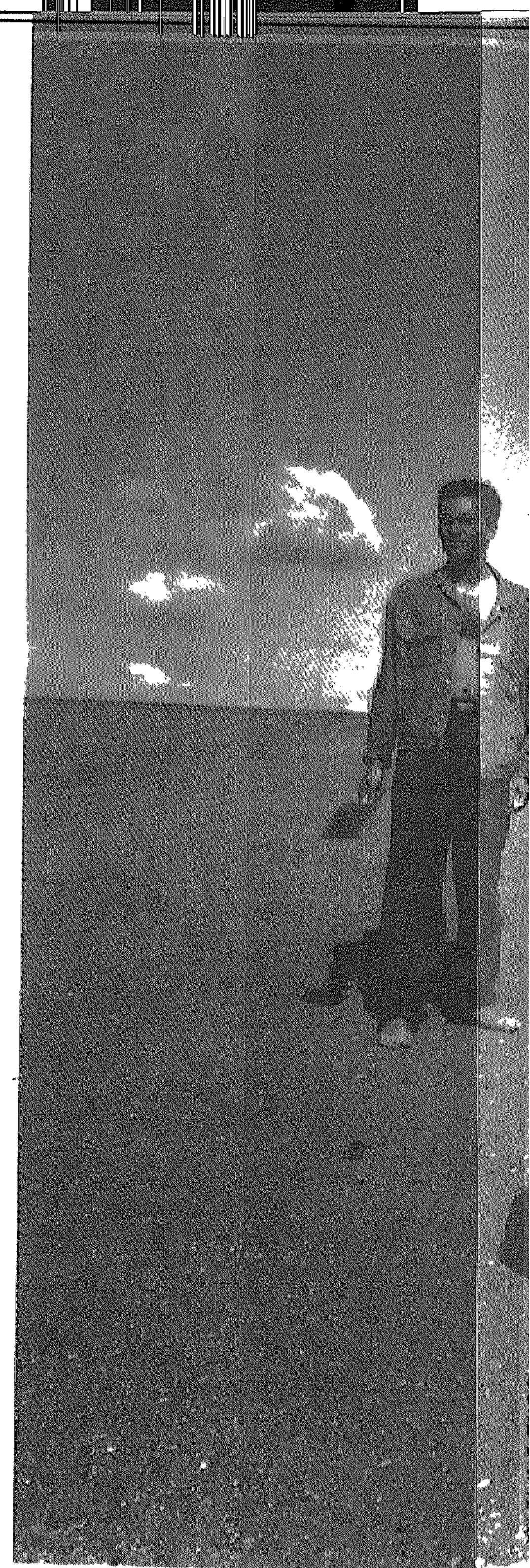
Meinungsproduktion

Um die Unterstützung für außenpolitische Abenteuer zu erhalten, muß die Bevölkerung ebenfalls aufgestachelt werden. Normalerweise ist die Bevölkerung, wie vor dem 1.Weltkrieg, pazifistisch gesinnt und sieht keinen Grund, in außenpolitische Abenteuer, in die Geschäfte von Folter und Mord verstrickt zu werden. Deshalb müssen sie aufgestachelt werden und dazu muß man sie verängstigen. In dieser Hinsicht landete Bernays einen großen Coup. Er leitete 1954 die PR-Kampagne der United Fruit als die USA die demokratisch-kapitalistische Regierung in Guatemala absetzte und ein Regime mit Todesschwadronen installierte, das bis zum heutigen Tag finanziell unterstützt wird, – um damit dieses Land vor dem „Irrweg der Demokratie" zu bewahren.

PR ist laufend nötig, um den Regierungs-Haushalt gegen eine Öffentlichkeit neu durchzuboxen, die keinen Haushalt unterstützt, der von ihr Opfer verlangt. Dieses Durchboxen benötigt oft eine intensive Propaganda. In den letzten 10 Jahren war viel davon zu sehen. Das Reagan-Programm war sehr unpopulär. Sogar 2/3 der Reagan-Wähler hofften, daß dieses Programm nicht umgesetzt würde. Einzelne Programmpunkte wie Rüstung und der Abbau der Sozialleistungen wurden fast von der gesamten Bevölkerung abgelehnt. Aber solange die Menschen marginalisiert und ratlos sind, solange sie keine Möglichkeit haben, sich zu organisieren, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen; solange sie nicht wissen, daß anderen ebenfalls die Sozialausgaben wichtiger sind als die militärischen, werden sie glauben, daß sie die einzigen sind, die diese verrückten Gedanken haben. Sie erfahren auch nichts von solch einem Denken. Das soll auch niemand denken. Deshalb fühlt sich jemand, der diese Gedanken hat und ausdrückt auch sehr eigentümlich. Da es keine Möglichkeiten mehr gibt sich mit anderen zu treffen, die diese Meinung teilen oder bestärken und helfen, sie zu artikulieren, fühlt man sich als Aussätziger. So stehen die meisten am Rande, interesselos gegenüber den Dingen, die um sie herum passieren und widmen ihre ganze Aufmerksamkeit etwas anderem, wie z.B. dem Superbowl.

Bis zu einem gewissen Grad wurde dieses Ideal erreicht, aber niemals gänzlich. Es gibt Institutionen, die bis heute nicht zerstört werden konnten. Die Kirchen z.B. existieren noch. Ein großer Anteil oppositioneller Aktivitäten kommt aus den Kirchen, aus dem einfachen Grund, weil sie noch existieren. In einem europäischen Land finden politische Diskussionen auch bei den Gewerkschaften statt. Hier in den USA ist dies unmöglich. Gewerkschaften gibt es kaum, und wenn es sie irgendwo gibt, sind es keine politischen Organisationen. Aber die Kirchen existieren und deshalb geht man in die Kirchen, um zu diskutieren. Die Solidaritätsbewegung für Lateinamerika kommt zum Großteil aus den Kirchen, weil sie die Plattform dafür stellen.

Die Wilde Herde wurde noch niemals vollständig gezähmt, – es ist ein kontinuierlicher Kampf. In den 30er Jahren wuchs der Widerstand und wurde unterdrückt, in den 60ern gab es wieder eine Bewegung von Dissidenten. Dafür gab es einen Begriff. Von der Elite wurde diese Zeit *„die Krise der Demokratie"* genannt. Die Demokratie kam für diese Kreise in den 60ern die Krise. Eine Krise, die darin bestand, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung organisierte und Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu nehmen versuchte. Hier kommen wir wieder zu den zwei verschiedenen Konzepten von Demokratie zurück: Gemäß der Lexikon-Definition wäre dies ein *Fortschritt*, nach der vorherrschenden Lesart ist es ein *Problem*, eine Krise, die überwunden werden muß. Die Bevölkerung muß in die Apathie, zum Gehorsam und zur Passivität zurückgetrieben werden, an den Platz der ihr gebührt. Dafür müssen Anstrengungen unternommen werden.. Diesmal hat es nicht mehr funktioniert. Die „Krise der Demokratie" ist nach wie vor existent, zwar nicht sehr erfolgreich, was den Einfluß auf konkrete Entscheidungen anbelangt, aber mit einigem Einfluß auf die Meinungsbildung. Nach den 60ern gab es große Anstrengungen, diese „Krankheit" zu überwinden. Ein Aspekt dieser „Krankheit" bekam tatsächlich einen technischen Ausdruck verpaßt, das sogenannte „Vietnam-Syndrom". Dieses Vietnam-Syndrom, der Begriff kam in den 70ern zum erstenmal auf, wird immer wieder neu ausgestaltet. Norman Podhoretz – einer der Reagan-Intellektuellen – definierte es als „die krankhafte Ablehnung von militärischer Gewalt". Diese „krankhafte Ablehnung" herrschte bei einem großen Teil der Bevölkerung vor. Die Menschen verstanden nicht, warum die USA folternd, mordend und Bombenteppiche legend durch die Welt ziehen soll. Schon Goebbels verstand, daß es für eine Bevölkerung sehr gefährlich werden kann, von diesen krankhaften Anwandlungen befallen zu sein, da es die Aktionsmöglichkeiten im Ausland einschränkt. Wenn man eine gewalttätige Gesellschaft wünscht, die in der Welt auch Gewalt anwendet, um die Ziele ihrer herrschenden Elite zu erreichen, ist es auch notwendig, die kriegerischen Wertvorstellungen entsprechend zu würdigen und nicht diesen krankhaften Anwandlungen über den Gebrauch von Gewalt nachzuhängen. Darum geht es beim *Vietnam-Syndom*. Und deshalb muß es notwendig überwunden werden.



Der Schein als Wahrheit

Geschichtsklitterung ist ebenfalls notwendig. Sie ist eine weitere Methode,

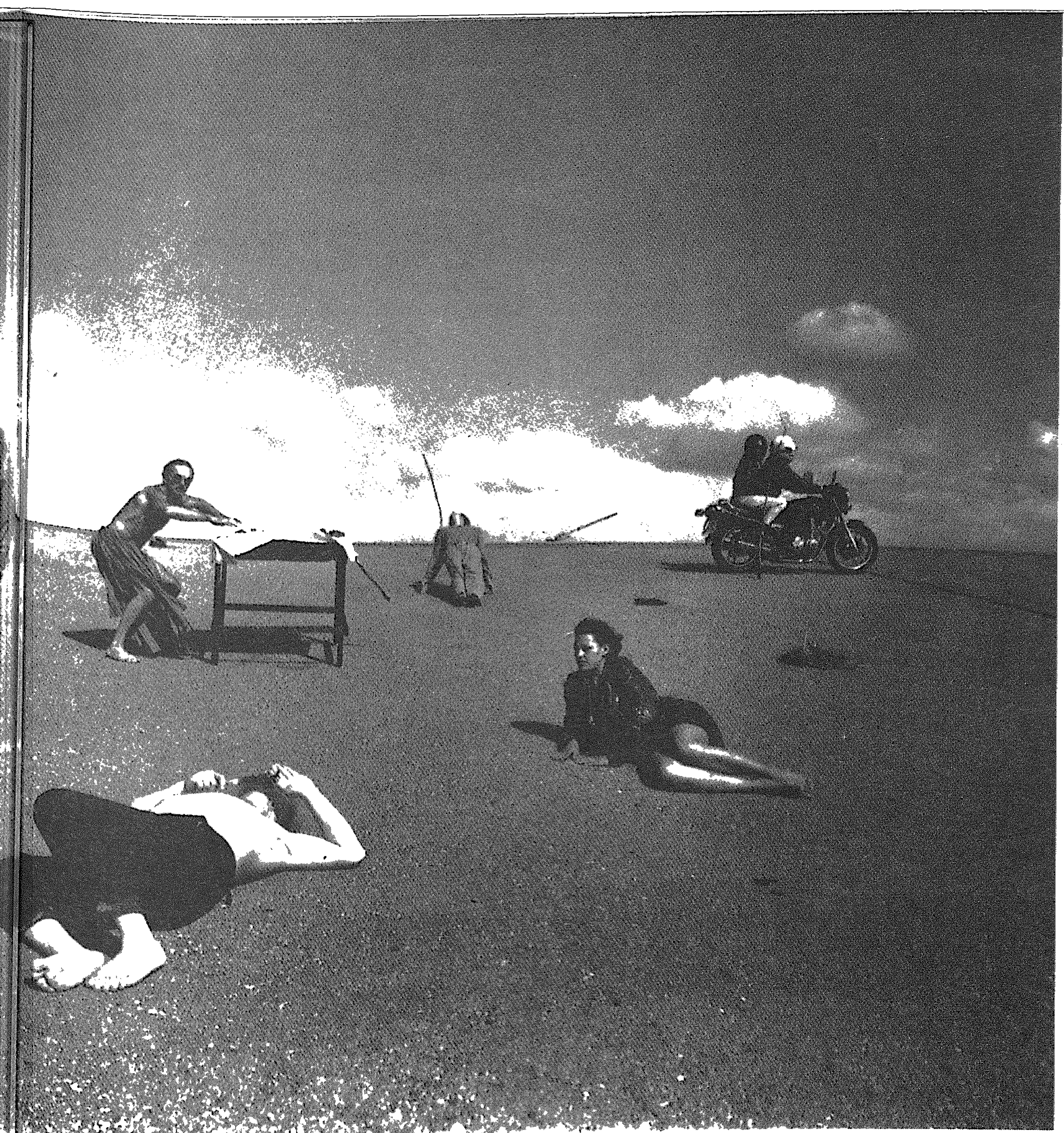


Photo: Yashi Klein

diese krankhaften Anwandlungen zu kurieren; wenn wir angreifen und jemand zerstören, muß es immer so aussehen, daß wir uns in Wirklichkeit nur verteidigen und uns selbst vor einem mächtigen Aggressor, gegen ein Monster etc. schützen. Seit dem Vietnam-Krieg wurde viel unternommen die Geschichte dieses Krieges umzuschreiben. Zuviele Menschen, auch zuviele Soldaten und Jugendliche, die in der Friedensbewegung und anderswo aktiv waren, verstanden die Zusammenhänge. Das war natürlich schlecht. Diese schlechten Gedanken mußten der Einsicht weichen, daß alles, was die USA unternimmt, von edler Natur und rechtens ist. Die Bombardierung Süd-Vietnams geschah aus Gründen der Verteidigung Süd-Vietnams gegen irgendjemand, bzw. weil niemand sonst da war, gegen die Südvietnamesen. Die Intellektuellen um Kennedy nannten dies „die Verteidigung gegen die internationale Aggression in Süd-Vietnam". Das waren zumindest die Worte, in die Adlai Stevenson benutzte. Dies galt es zum offiziellen und allgemein verstandenen Bild zu machen. Das klappte ganz gut. Wenn man die völlige Kontrolle über die Medien und das Erziehungswesen hat, ist dies einfach rüberzubringen. Aufschluß über die Wirksamkeit gibt eine Studie der University of Massachusetts, die während des Golfkriegs gemacht wurde – einer Studie über die Auswirkungen des Fernsehens auf Überzeugungen und Meinungen. Eine der Fragen lautete: „Wieviele vietnamesische Opfer schätzen Sie gab es im Vietnam Krieg?" Die Durchschnittsanwort war um die 100.000. Die offizielle Zahl wird mit 2 Millionen angegeben. Die tatsächliche Zahl dürfte zwischen 3 und 4 Millionen liegen. Dieses Ergebnis warf bei den Initiatoren der Umfrage die Frage auf, was wir über die gegenwärtige deutsche Kultur denken würden, wenn bei einer Umfrage über die Anzahl der im Holocaust getöteten Juden die Durch-

schnittszahl von 300.000 genannt werden würde? Was würde uns dies über die deutsche Kultur offenbaren? Sie ließen ihre Frage unbeantwortet, aber man kann es sich denken. Was sagt uns die Umfrage über unsere Kultur?

Einiges. Zunächst ist es notwendig die krankhaften Anwandlungen wie die Ablehnung von militärischer Gewalt und andere demokratische Irrwege zu überwinden. An diesem speziellen Punkt hat es gewirkt. D.h. es kann bei jedem Thema wirken. Nehmen Sie einfach irgendein Thema, das ihnen am Herzen liegt: Naher Osten, internationaler Terrorismus, Mittelamerika, was es auch immer sein mag, das Bild, das der Öffentlichkeit gezeigt wird, hat einen äußerst kümmerlichen Bezug zur Realität. Die Wahrheit wurde unter Lügengebäuden begraben. Dies war ein wunderbarer Erfolg der Verteidiger der Freiheit; erzielt unter freiheitlichen Bedingungen und das ist aufschlußreich. Es wurde nicht wie in totalitären Regimen mit Gewalt umgesetzt sondern unter freiheitlichen Bedingungen. Wenn wir unsere Gesellschaft verstehen wollen, müssen wir dies in Betracht ziehen. Diese Tatsachen sind für diejenigen wichtig, denen es nicht egal ist, in was für einer Gesellschaft sie leben.

Oppositionelle Kultur

Trotz allem hat die oppositionelle Kultur überlebt. Es ist viel entstanden seit 1960. In den 60ern entwickelte sich die oppositionelle Kultur äußerst langsam. Es gab noch jahrelang nachdem die USA Süd-Vietnam bombardierten keinen Protest gegen den Indochina-Krieg. Als die Protestbewegung wuchs, bestand sie weitgehend nur aus Studenten und Jugendlichen. Seit den 70ern hat sich dies beträchtlich verändert. Es entstanden große Bewegungen: die Ökologiebewegung, die feministische Bewegung, Anti-AKW- und andere Bewegungen. In den 80ern nahmen die Solidaritätsbewegungen stark zu, was sehr wichtig und neu für die amerikanische und vielleicht für die weltweite Oppositionsbewegung war. Diese waren Bewegungen, die nicht nur protestierten, sondern sich engagierten – wenn auch nur in Ansätzen – für leidende Menschen an einem anderen Ort. Dabei lernten sie viel, was wiederum einen zivilisierenden Effekt auf das Mainstream-Amerika hatte. Und das macht sehr viel aus. Jeder, der jahrelang in diesen Bewegungen aktiv war, sollte sich darüber im Klaren sein. Ich bin mir darüber bewußt, daß ich heute in den reaktionärsten Ecken der USA – in Georgia, Ost-Kentucky usw. – Diskussionen führen kann, die ich zu Hochzeiten der Friedensbewegung unter den Aktivisten noch nicht hätte führen können. Die Leute mögen mit mir übereinstimmen oder nicht, sie wissen zumindest, worum es geht und das ist der Boden auf dem man aufbauen kann.

Das sind alles Anzeichen einer Zivilisierung, trotz all der Propaganda, trotz all der Anstrengungen zur Meinungskontrolle und der Konsensproduktion. Nichtsdestotrotz verschafft sich die Bevölkerung die Möglichkeit und hat auch den Willen die Dinge selbst durchzudenken. Die Skepsis gegenüber Herrschaft hat zugenommen und die Haltung zu vielen, vielen Problemen hat sich verändert. Es geht langsam, vielleicht so langsam wie ein Gletscher, aber es ist wahrnehmbar und wichtig. Ob es schnell genug ist, die Weltpolitik zu verändern, ist eine andere Frage. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen, nehme man nur den berühmten Geschlechtsunterschied:

In den 60ern waren die Einstellung von Frauen und Männern zu kriegerischen Werten annähernd gleich. An krankhaften Anwandlungen gegen die Anwendung militärischer Gewalt waren Anfang 1960 weder Männer noch Frauen erkrankt. Die Antworten beider Geschlechter waren gleich; jeder dachte, es sei legitim im Ausland militärisch zu intervenieren. Über die Jahre hat sich dies geändert. Die krankhafte Ablehnung verbreitete sich über das gesamte Land. Dabei ist jedoch eine sehr bedeutende Kluft entstanden. Gemäß Umfragen lehnen 25% mehr Frauen militärische Gewalt ab als Männer. Was ist passiert?

Nichts anderes, als daß sich eine populäre Bewegung gebildet hat, die zumindest teilorganisiert ist und in der Frauen aktiv sind – der Feminismus. Es bedeutet, daß frau entdeckt, daß sie nicht allein ist. Andere haben den gleichen Gedanken. Frau bestärkt sich und lernt mehr über das eigene Denken und die eigenen Überzeugungen. Dabei handelt es sich um sehr informelle Bewegungen, ohne Mitgliedsausweise, – eben eine Möglichkeit um miteinander zu reden.

Dies ist die Gefahr der Demokratie: Wenn sich Organisationen entwickelt, wenn die Menschen nicht mehr vor der Glotze kleben, werden all die seltsamen Gedanken wie die krankhafte Anwandlung gegen militärische Gewalt in die Köpfe steigen...

Die Gala der Feindbilder

Anstatt über den vergangenen Krieg zu reden, will ich lieber über den kommenden schreiben, weil es manchmal nützlich ist vorbereitet zu sein, anstatt immer nur zu reagieren. Im Augenblick findet in den USA eine sehr charakteristische Entwicklung statt. Sie war auch schon in anderen Ländern zu beobachten: steigende soziale und ökonomische Probleme, ja vielleicht sogar Katastrophen und keiner der Regierenden kümmert sich darum. Die Regierungsprogramme der vergangenen 10 Jahre – ich beziehe hier die demokratische Opposition mit ein – enthielten nicht einen einzigen ernstzunehmenden Vorschlag, die Probleme im Gesundheitsbereich, Erziehungssystem, der Arbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit, der Kriminalität, der Gefängnisse und des Verfalls der Innenstädte etc. anzugehen. Jeder kennt diese Probleme und sie werden immer größer. In den ersten beiden Regierungsjahren Bushs sind drei Millionen mehr Kinder unter die Armutsgrenze gerutscht, die Schulden sind gestiegen, der Bildungsgrad gesunken, die Reallöhne sind für die meisten auf den Stand der 50er Jahre gesunken – und niemand kümmert sich darum. Unter diesen Umständen muß die wilde Herde abgelenkt werden, denn sobald sie diese Probleme wahrnehmen, dürften sie nach Lösungen verlangen, schließlich sind sie es, die darunter leiden. Laßt ihnen ihren Superbowl und die Unzufriedenheit hält sich in Grenzen. Dazu müssen noch Feindbilder konstruiert werden, damit sie in Angst versetzt werden.

In den 30ern stachelte Hitler seine Bevölkerung gegen die Juden und die Zigeuner auf. Sie mußten vernichtet werden, um zu überleben. Die USA hat auch ihre Methoden. In den vergangenen 10 Jahren kam jährlich ein Monster, gegen das man sich verteidigen mußte. Auch gab es eines, gegen das man sich immer verteidigen konnte: Die Russen. Man konnte sich immer gegen die Russen verteidigen. Aber sie haben ihre Attraktivität als Feind verloren; es wurde immer schwerer diesen Feind zu beschwören, so daß neue Abschreckungen gefunden werden mußten.

Tatsächlich haben viele Leute George Bush zu Unrecht vorgeworfen, er könne die Fragen der Zeit nicht beantworten. Das ist sehr unfair. Vor 1985 benötigte man nur die alte Platte: Die Russen kommen. Bush konnte sie nicht mehr benutzen, er mußte neue Feindbilder finden, wie auch der Propaganda-Apparat der Reagan-Regierung schon neue finden mußte. So kam es zu den internationalen Terroristen und Drogenhändlern und zu den verrückten Arabern und zum neuen Hitler, Saddam Hussein, der sich anschickte, die Welt zu erobern. Einer löste den anderen ab. Man muß die Bevölkerung verängstigen, terrorisieren, sie dermaßen einschüchtern, daß sie nicht mehr in Urlaub fährt und verängstigt in der Ecke hockt. Dies ermöglicht heroische Siege über Grenada, Panama oder irgendeine andere Dritte-Welt-Land-Armee, die sich in Luft auflöst, bevor sie gewahr

wird, was gerade geschehen ist. Das erleichtert. Wir wurden in letzter Sekunde gerettet.

Das ist eine der Möglichkeiten, wie man die wilde Herde ablenkt, kontrolliert und sie davon ablenkt, daß sie sich um Dinge kümmern, die sie selbst betreffen. Der nächste Feind, der kommen wird, dürfte Kuba sein. Es bedarf einer Fortsetzung des illegalen Wirtschaftskrieges und vermutlich auch einer des internationalen Terrors. Der größte internationale Terror bis heute organisiert wurde, dürfte die von der Kennedy-Administration durchgeführte Aktion in der Schweinebucht gewesen sein. Es gibt nichts annähernd Vergleichbares, außer vielleicht der Krieg gegen Nicaragua, falls man das Terrorismus nennen will. Der Internationale Gerichtshof klassifizierte es als über eine bloße Aggression hinausgehend. Die Ideologie liefert beständig neue phantastische Monster, der Kampagnen folgen, diese zu zerstören. Wenn sie sich wehren können, darf man nicht einmarschieren. Das wäre zu gefährlich. Ist man sich sicher sie schlagen zu können, dann sollte man sie wegpusten und man kann mal wieder erleichtert aufatmen.

Im Mai 1986 erschienen die Memoiren des entlassenen kubanischen Gefangenen Armando Valladares. Sehr bald stand dieses Buch im Mittelpunkt des Medieninteresses. Ich möchte einige Zitate wiedergeben: Die Medien beschrieben seine Enthüllungen als *„die endgültige Bloßstellung eines überkommenen Systems der Folter und der Gefängnisse mit dem Castro die Opposition verfolgt und vernichtet. Es ist ein beeindruckender und unvergeßlicher Bericht von bestialischen Gefängnissen, unmenschlichen Qualen. Ein Bericht vom Staatsterror eines Massenmörders unseres Jahrhunderts, der – wie wir aus dem Buch erfahren – in der kubanischen Hölle, in der Valladares gelebt hat, die Folter als soziale Kontrolle institutionalisiert hat".* Zitat Washington Post, die New York in ähnlicher Weise. Castro wird – wieder in der Washington Post – als unbarmherziger Diktator beschrieben: *„Seine Greueltaten werden in diesem Buch enthüllt, so daß es nur schwachköpfigen und zynischen westlichen Intellektuellen einfallen kann, Castro zu verteidigen."* Man sollte sich daran erinnern, daß dies ein Bericht von einem Einzelnen ist. Es mag alles wahr sein und es sollen auch keine Fragen zur Person gestellt werden, die angibt gefoltert worden zu sein. Anläßlich des Human Rights Day wurde Valladares von Ronald Reagan für seinen Mut, den er im Kampf gegen den blutigen Tyrannen bewiesen hat, ausgezeichnet. Er wurde zum US-Vertreter der UN-Menschenrechtskommission ernannt, wo er die Gelegenheit hatte, die salvadorianische und die guatemaltekische Regierung gegen Vorwürfe zu verteidigen, daß sie derart massive Greueltaten begangen hätte, angesichts derer diejenigen, die er erlitten hatte, verblassten. Das ist der Stand der Dinge.

Selektive Wahrnehmung

Das war im Mai 1986. Es gibt einige Aufschlüsse über die Konsensproduktion. Im gleichen Monat wurden die Überlebenden der Menschenrechts-Gruppe in El Salvador, deren Führer umgebracht worden waren, eingesperrt und gefoltert; unter ihnen Herbert Anaya, der Direktor der Gruppe. Sie wurden ins La Esperanza-Gefängnis gebracht. Während der Inhaftierung führten sie ihre Menschenrechtsarbeit fort. Ihre Anwälte protokollierten die Aussagen der gefangenen. In dem Gefängnis gab es 432 Inhaftierte. Von 430 Gefangenen haben sie beeidete Aussagen über Folterungen, denen sie ausgesetzt waren: Elektroschocks und andere Greueltaten; einer wurde von einem uniformierten US-Major gefoltert, der näher beschrieben wird. Es ist ein ungewöhnlich umfangreiches Zeugnis und sicherlich einzigartig in seiner Detailiertheit über die Vorgänge in einer Folterkammer. Diese 160-seitige Dokumentation wurde mitsamt einer Videokassette, auf der die Gefangenen die Spuren ihrer Folterungen zeigen, aus dem Gefängnis geschmuggelt. Es wurde durch die Marin County Interfaith Task Force verschickt. Presse und Fernsehen lehnten eine Veröffentlichung ab. Es gab einen Artikel im lokalen „San Francisco Examiner" und ich glaube das war alles. Ansonsten wollte niemand etwas damit zu tun haben. Dies fand gleichzeitig damit statt, daß einige „schwachköpfige und zynische Intellektuelle" die Eigenschaften von Napoleon Duarte und Ronald Reagan priesen. Anaya bekam keinerlei Auszeichnung. Er wurde auch nicht zu irgendetwas ernannt. Er wurde bei einem Gefangenenaustausch freigelassen und dann ermordet, offensichtlich von den Sicherheitskräften, die von der USA unterstützt werden. Es machte keinen Wirbel. Die Medien wurden niemals gefragt, ob – anstatt sie in der Schublade verschwinden zu lassen –eine Veröffentlichung dieser Greueltaten sein Leben gerettet hätte.

Dies zeigt ein wenig über die Funktionsweise der Konsensproduktion. Der Vergleich der Enthüllungen Valladares zu Herbert Anayas gleicht dem zwischen einer Erbse und einem Berg. But you've got your job to do. Genau das wird uns in den nächsten Krieg führen. Ich glaube wir werden immer mehr solcher Dinge hören,

bis die nächste Operation durchgeführt wird.

Noch einige Bemerkungen zum vergangenen Krieg. Ich möchte nochmals auf die erwähnte Studie der University of Massachussets zurückkommen, die einige interessante Ergebnisse enthält. In der Studie werden die Leute gefragt, ob die USA bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder einer illegalen Okkupation militärisch intervenieren sollten. 2/3 der Befragten bejahten dies. Sollten die USA diesen Ratschlag befolgen, müßten sie El Salvador, Guatemala, Indonesien, Damaskus, Tel Aviv, Kapstadt, Washington und eine ganze Liste anderer Staaten bombardieren. Überall gibt es Fälle von illegaler Okkupation, Aggression oder verschiedensten Menschenrechtsverletzungen. Wer über das Ausmaß dieser Verletzungen auf unserer Liste weiß (wir haben jetzt nicht die Gelegenheit alles durchzugehen), weiß auch, daß sich die Greueltaten Saddam Husseins in guter Gesellschaft befinden. Er ist nicht der Schlimmste. Warum kommt aber niemand zu dieser Schlußfolgerung?

Weil es niemand weiß. Unter einem gut funktionierenden Propaganda-Apparat kann kein Mensch etwas mit meinen Beispielen anfangen. Wenn man genauer hinschaut, erkennt man, daß meine Beispiele angemessen sind. Nehmen wir nur einen Fall aus der jüngsten Vergangenheit: Im Februar, während der Bombardierungen, hat die libanesische Regierung Israel aufgefordert die UN-Resolution 425 zu beachten, die einen sofortigen Abzug aus dem Libanon fordert. Diese Resolution ist im März 1978 verabschiedet worden. Seitdem gab es noch zwei weitere Resolutionen, die den sofortigen und bedingungslosen Abzug forderten. Natürlich befolgten die Israelis sie nicht, weil sie von den USA bestärkt werden, diese Besetzung aufrechtzuerhalten. In der Zwischenzeit wird der Südlibanon terrorisiert. Hier gibt es Folterkammern, in denen schrecklichste Dinge passieren. Das Gebiet dient als Basis für die Bombardierung des restlichen Libanons. In den 13 Jahren der Besetzung wurde Beirut bombardiert, wurden 20.000 Menschen getötet, 80% von ihnen Zivilisten, wurden Krankenhäuser zerstört, nahm der Terror zu, gab es Plünderungen. All das geht in Ordnung, die USA stützen es. Dies ist nur ein Beispiel. Darüber wird nicht berichtet, weder gibt es eine Diskussion darüber, ob Israel und die USA die Resolution 425 und die anderen befolgen sollen, noch fordert jemand die Bombardierung Tel Avivs, obwohl die USA es gemäß ihrer Prinzipien, die 2/3 der Bevölkerung befürworten, es eigentlich machen müssten. Schließlich ist es ein Fall von illegaler Okkupation und beinhaltet verschiedene Menschenrechtsverletzungen. Und dies ist nur ein Beispiel. Bei der indonesischen Invasion von Ost-Timor wurden 200.000 Menschen getötet. Alles verblaßt gegen diesen Fall. Und alles wurde von den USA gedeckt, die bis heute Indonesien militärisch und diplomatisch unterstützen. Wir könnten endlos weitermachen.

Der Golfkrieg

Er gibt uns Einblick, wie eine gute Propaganda funktioniert. Die Bevölkerung wurde wirklich Glauben gemacht, daß aufgrund der illegalen Okkupation und der Menschenrechtsverletzungen interveniert wurde. Es wird übersehen, welche Folgen es hätte, würden diese Prinzipien wirklich auf die US-Politik angewandt. Das ist schon der erste beachtliche Erfolg der Propaganda.

Aber schauen wir uns einen anderen Aspekt an. Geht man die Berichterstattung über den Golfkrieg seit August 1990 durch, dann fällt auf, daß Stimmen fehlen. Zum Beispiel gibt es eine irakische Opposition, die tatsächlich sehr mutig und recht wesentlich ist. Natürlich arbeiten sie zum Teil im Exil, vorwiegend in Europa. Darunter gibt es Bankiers, Ingenieure, Architekten und ähnliche Leute. Sie artikulieren sich, melden sich zu Wort und reden. Im Februar 1990, als Saddam Hussein noch ein guter Freund George Bushs war, kam eine Delegation der irakischen Opposition nach Washington mit der Bitte um Unterstützung ihrer Bestrebungen, eine parlamentarische Demokratie einzuführen. Sie wurden abgewiesen, die USA hatte keinerlei Interesse. Die Öffentlichkeit nahm keine Notiz davon.

Seit dem August 1990 wurde es schwieriger ihre Existenz zu verleugnen. Nachdem die USA Saddam Hussein jahrelang unterstützt haben, schwenkt diese Haltung im August plötzlich um. Jetzt gab es eine demokratische irakische Opposition, die einige Vorstellungen zu dem Fall hatte. Sie würde glücklich darüber sein, wenn Saddam Hussein gevierteilt oder verjagt werden würde. Er ermordete ihre Brüder, folterte ihre Schwestern und vertrieb sie außer Landes. Sie haben gegen den Diktator gekämpft als Ronald Reagan und George Bush ihn hätschelten. Wo waren ihre Erklärungen?

Schaut man sich die US-Presse von August bis März auf der Suche nach Stimmen der irakischen Opposition durch, findet man kein einziges Wort von ihnen. Nicht etwa, weil sie nichts gesagt hätten. Es gibt Erklärungen, Vorschläge und Fragen von ihnen. Wenn man sie anschaut, fällt auf, daß sich ihre Positionen nicht von denen der amerikanischen Friedensbewegung unterscheiden. Sie waren gegen Hussein und gegen den Krieg. Sie wollten nicht, daß ihr Land zerstört werde. Sie wollten eine friedliche Lösung und sie wußten, daß eine solche erreichbar war.

Das war die falsche Sichtweise und deshalb blieben sie außen vor. Man hörte kein Wort über die irakische Opposition. Falls man etwas über sie erfahren will, muß man in der deutschen und britischen Presse nachlesen. Sie berichteten nicht viel über sie, aber sie sind nicht so vollständig kontrolliert wie die amerikanischen und berichten wenigstens etwas.

Das war ein spektakulärer Erfolg der Propaganda. Einmal, daß die irakische Opposition außen vorgehalten wurde und zum zweiten, daß es niemand merkte. Das ist hochinteressant. Es bedarf dazu einer sehr indoktrinierten Bevölkerung, die das Nichtvorhandensein der irakischen Opposition übersieht, die nicht nach dem Grund fragt und die nicht auf die offensichtliche Antwort kommt, daß deshalb nicht berichtet wird, weil diese Opposition mit der internationalen Friedensbewegung übereinstimmt.

Doch kommen wir zu den Ursachen des Krieges. Einige Gründe wurden angeboten. Die Gründe waren: Aggressoren dürfen nicht belohnt werden und die Aggression muß zurückgewiesen werden. Das war der Grund für den Golfkrieg. Es gab keinen weiteren.

Kann dies wirklich der Grund gewesen sein? Folgt die US-Politik den Prinzipien, daß ein Aggressor nicht belohnt werden darf ... Solche Argumente könnten innerhalb von zwei Minuten von jedem belesenen Teenager vom Tisch gefegt werden. Wie auch immer, sie wurden von niemanden vom Tisch gefegt. Betrachtet man die Presse, so fällt auf, daß niemand von den Kommentatoren und Kritikern diese Frage gestellt hat, ob denn die US-Politik tatsächlich nach diesen Prinzipien handelt. Hat die USA ihre eigene Aggression in Panama zurückgewiesen und auf einer Bombardierung Washingtons gedrängt? Hat die USA als 1969 die südafrikanische Invasion für illegal erklärt wurde, eine Wirtschaftsblockade, einschließlich Lebensmittel und Medikamenten durchgesetzt? Kam es zum Krieg? Bombardierten sie Kapstadt? Nein, sie betrieben 20 Jahre lang „stille Diplomatie". Die Situation in Namibia war alles andere als normal. Allein in den Jahren der Reagan-Regierung hat Südafrika 1,5 Millionen Menschen in den umliegenden Ländern getötet. Vergessen wir, was in Südafrika und Namibia geschah. Irgendwie hat es unsere empfindlichen Seelen nicht berührt. Man machte weiter mit der „stillen Diplomatie" und es endete damit, daß der Ag-

gressor gut belohnt wurde. Sie bekamen den größten Hafen Namibias und erhielten einige Sonderrechte, die ihre nationale Sicherheit betrafen. Wo blieben die Prinzipien? Es ist wieder einmal ein Kinderspiel aufzuzeigen, daß sie nicht die eigentlichen Kriegsgründe waren, sie existieren überhaupt nicht...

Niemand machte sich die Mühe die daraus resultierende Schlußfolgerung zu ziehen: es gab keinen Grund für diesen Krieg. Nicht einen. ...Es muß uns beängstigen, daß die amerikanische Bevölkerung dermaßen totalitär ist, daß sie ohne Angabe eines Grundes in den Krieg geführt werden kann und keiner merkt es oder schert sich darum. Das ist niederschmetternd.

Kurz vor den Bombardierungen, Mitte Januar, hat ein Mitarbeiter der Washington Post und von ABC etwas sehr Aufschlußreiches herausgefunden. Folgende Frage wurde gestellt: „Wären Sie für eine Berücksichtigung des israelisch-arabischen Konfliktes, wenn der Irak sich unter dieser Bedingung aus Kuwait zurückziehen würde?“ 2/3 der Bevölkerung befürworteten dies. Und dies traf auf 2/3 der Bevölkerung der ganzen Welt und auf die irakische Opposition zu.

Washingtons Order, daß eine Verbindung dieser Konflikte nicht zugelassen wird und jeder lief im Gleichschritt hinterher und war gegen eine diplomatische Lösung. Einzig allein Alex Cockburn in der Los Angeles Times hielt die Meinung der 2/3 für eine gute Idee. Die Menschen, die diese Frage beantworteten, dachten, wir sind allein, aber so denken wir eben. Angenommen, sie wußten, daß sie nicht alleine waren, daß noch andere – wie die irakische Opposition – der gleichen Meinung waren; angenommen sie wußten, daß dies keine hypothetische Frage war und der Irak diesen Vorschlag gemacht hatte, daß die US-Diplomaten ihn 8 oder 10 Tage zuvor erhalten hatten. Am 2.Januar bekamen sie diesen Vorschlag, daß die Iraker bei Berücksichtigung des israelischen-arabischen Konflikts und der Massenvernichtungswaffen unverzüglich aus Kuwait abziehen würden. Die USA haben dies abgelehnt. Angenommen die Leute wußten, daß dieser Vorschlag auf dem Tisch war und daß er viel Unterstützung fand – und daß es genau die Haltung eines jeden Menschen ist, der an der Erhaltung des Friedens interessiert ist... Angenommen, das wäre bekannt gewesen. Es mag sich jeder seine eigenen Gedanken machen, aber ich glaube, daß die 2/3 auf 98% der Bevölkerung angestiegen wäre. Hier erkennt man die Erfolge der Propaganda. Sicherlich hat niemand etwas von dem, was ich jetzt erwähnt habe, gewußt. Die Leute, die es wußten, dachten sie seien alleine. Dadurch wurde es möglich, die Kriegspolitik ohne Opposition fortzuführen.

Die Diskussionen, ob nun die Sanktionen überhaupt wirken würden, wurde hingegen recht ausführlich geführt. Man kann sich ja den Chef des CIA heranholen und diskutieren, ob Sanktionen wirken würden. Es gab keine sinnlosere Diskussion als diese. Dafür gab es keine Diskussion über eine viel offensichtlichere Frage: Hatten die Sanktionen schon gewirkt? Die Antwort ist ja, sie hatten Wirkung – vielleicht Ende August, bestimmt jedoch im Dezember. Es fällt schwer, sich einen anderen Grund für die Rückzugsvorschläge des Irak vorzustellen, die den



US-Diplomaten übergeben wurden und die sie als seriös und verhandlungsfähig bezeichneten. Die Frage ist: gab es noch einen Ausweg? Gab es noch einen sofortigen Ausweg, der von der Bevölkerung, der ganzen Welt und der irakischen Opposition akzeptiert werden konnte? Diese Fragen wurden nicht erörtert und das ist bezeichnend für eine gut funktionierende Propaganda. Dies macht es dem Vorsitzenden der Republikaner möglich zu sagen, daß Kuwait heute nicht befreit wäre, wenn ein Demokrat im Amt gewesen wäre. Er konnte dies sagen, ohne daß ein Demokrat aufsteht und sagt, wenn er Präsident gewesen wäre, wäre Kuwait nicht erst heute befreit sondern schon vor sechs Monaten, weil es genügend Gelegenheiten dazu gab, ohne daß zehntausende Menschen gestorben wären, ohne daß eine ökologische Katastrophe heraufbeschworen worden wäre. Kein Demokrat sagt es, weil keiner diese Position vertritt. Henry Gonzales und Barbara Boxer vertraten diese Position. Aber die Zahl dieser Leute ist dermaßen gering, daß sie quasi nicht ins Gewicht fallen. So kann ein Clayton Yeutter behaupten was er will.

Als die Scud-Raketen in Israel einschlugen, applaudierte niemand. Das ist kennzeichnend für den Propaganda-Apparat. Wir könnten fragen warum eigentlich nicht? Nehmen wir den Libanon. Saddam Hussein behauptete, daß er diese Annexion nicht akzeptieren könne. Er könne es nicht zu lassen, daß Israel die Golan-Höhen und Ost-Jerusalem annektiert, entgegen den Abmachungen im Sicherheitsrat. Er könne diese Annexion und Aggression nicht tolerieren. ... Sanktionen treten nicht in Kraft, aufgrund der amerikanischen Vetos. Er habe jahrelang darauf gewartet, daß sich etwas tut. Im Fall des Süd-Libanons 13 Jahre, im Fall der West-Banks 20 Jahre ... Diese Argumentation ist bekannt. Der einzige Unterschied ist, daß Saddam Hussein tatsächlich sagen kann, daß Sanktionen und Verhandlungen zwecklos sind, da die USA sie abgeblockt haben. Aber George Bush kann dies nicht behaupten, weil die Sanktionen gewirkt haben und große Aussichten bestanden, daß über Verhandlungen dieses Problem gelöst werden konnte, es sei denn, man stellt sich hin und sagt, es gibt keine Verhandlungen. Hat jemand mitbekommen, daß all dies von irgendjemand in der Presse ausgebreitet wurde? ... Niemand machte es, in keinem Kommentar, in keinem Editorial. Das ist ein Zeichen einer gut funktionierenden totalitären Kultur. Es zeigt, daß die Konsensproduktion funktioniert.

Ein paar letzte Anmerkungen dazu: Es gibt unzählige Beispiele, nehmen wir das Bild, Saddam Hussein sei ein Monster, das die Welt erobern will – es ist in den USA weitverbreitet und dies nicht von ungefähr. Es wurde den Leuten eingebleut. Er nimmt alles. Wir müssen ihn jetzt aufhalten. Wie kommt er zu dieser Macht? Der Irak ist ein Dritte Welt Land ohne industrielle Basis. Acht Jahre lang hat er gegen den Iran gekämpft. Das Offizierskorps ist dezimiert, die militärische Schlagkraft geschwächt. Der Irak wurde im Krieg gegen den Iran von der SU, den USA, von Europa, den großen arabischen Staaten und den arabischen ölproduzierenden Ländern unterstützt und konnte den Iran trotzdem nicht schlagen. Aber er ist in der Lage, die Welt zu erobern.

Ist das jemand aufgefallen? Fakt ist, daß der Irak ein Dritte Welt Land mit einer Bauernarmee ist. Im nachhinein wird eingeräumt, daß es eine Unmenge von Fehlinformationen über Befestigungen, chemische Waffen etc. gab. Das ist typisch.

Genau dasselbe wie bei Manuel Noriega. Noriega ist um Vergleich zu George Bushs „Freund" Saddam Hussein oder zu seinen „Freunden" in Peking oder gar zu George Bush selbst, der kleinere Gangster. Ein übler Kerl, aber kein Schwergewicht. Er wurde aufgeblasen, daß er uns als Kopf der Drogenhändler zerstören könne. Wir mußten schnell reagieren, ihn wegschaffen, hunderte oder tausende Menschen töten und eine kleine weiße Minorität an die Macht bringen; US-Militäroffiziere in die Schlüsselpositionen bringen, um das politische System zu kontrollieren. Wir haben reagieren müssen, um uns selbst zu verteidigen, ansonsten wären wir von diesem Monster zerstört worden. Ein Jahr später geschah das gleiche mit Saddam Hussein. Wurde darüber jemals gesprochen? Man muß schon schon sehr lange suchen, um solches zu finden.

All dies ist nicht sehr verschieden von den Methoden der Creel-Commission 1916/17... Die Techniken sind vielleicht subtiler und effektiver geworden, sie benutzen die Massenmedien und viel Geld, aber es ist sehr konventionell.

Um zu meiner ursprünglichen These zurückzukommen, es geht nicht nur um Desinformation und die Golfkrise. Das Problem ist umfassender. Es geht um die Frage, ob wir in einer freien Gesellschaft leben wollen oder ob wir in einer Art selbstregulierten Totalitarismus leben wollen, in dem die wilde Herde marginalisiert wird, von irgendwoher gesteuert wird, verängstigt ist, patriotische Parolen skandiert, Angst um ihr Leben hat und die Führer, die sie noch einmal gerettet haben, ehrfürchtig bestaunt, während die Bildungsschicht im Gleichschritt die Parolen ruft, die ihnen vorgegeben werden; während die Gesellschaft zugrunde geht und das ganze Land zur Söldnernation wird, die darauf hofft für die Zerschlagung selbstkonstruierter Monster von anderen Ländern bezahlt zu werden. So sieht es aus. Das ist die Wahl vor der jeder steht. Und die Antwort lieht zum großen Teil in den Händen von Menschen wie Dir und mir.

Leicht gekürzter Vorabdruck aus **Noam Chomsky u.a.: Die neue Weltordnung**, Trotzdem-Verlag 1992, 16.-DM (weiter enthalten: Noam Chomsky: Die neue Weltordnung, Joel Beinin: Über Ölpolitik in der Golfregion; Michael Emery: Über die Rolle der Diplomatie während des Golfkrieges; Interview mit Craig Hulet über die Rolle des CIA, Howard Zinn, Über die Legitimierung der militärischen Intervention. Im Original sind alle Aufsätze erschienen in: *Open Magazine, Pamphlet Series, P.O.Box 2726, Westfield, New Jersey, USA.)*



Photo: Herby Sachs/V.E.Bild

HDTV: Wir amüsieren uns zu Tode

von IKÖ-Institut Dortmund

High Definition Television HDTV bedeutet: Kino und Fernsehen werden vollkommen austauschbar, Computertechnik verschmilzt mit TV-und Satelliten-Technik. Horror-Szenarien werden denkbar: Das Geiseldrama life auf der Kinoleinwand; Video-Überwachung mit ISDN-Direktanschluß in die Datenbanken des Geheimdienstes, in Verbindung mit automatischer Bilderkennung. Datenschutz, Persönlichkeitsschutz und Freiheitsrechte sind gefährdet.

Die EG schreibt den Fernsehgeräteherstellern ab 1993 gegen die Interessen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Verbraucherverbände vor, alle Fernseher ab einer bestimmten Größe mit der D2-MAC-Empfangstechnik für das hochauflösende Fernsehen HDTV auszustatten. Damit sollen die Verbraucher auf das hochauflösende Fernsehen HDTV vorbereitet werden. HDTV bedeutet, daß digitale Computertechnik und Fernsehtechnik miteinander verschmelzen. Durch das neue, breitere Bildformat werden Fernseh- und Kinofilme austauschbar. Was der Gründer der Computerfirma „Apple" die digitale Fusion (Digital Fusion) genannt hat, bekommen die Fernsehzuschauer nun als hochauflösendes Fernsehen im Breitwandformat vorgesetzt. Entgegen allen demokratischen Gepflogenheiten sind die Folgen der neuen Technik für unsere Medienlandschaft sowie für die Freiheits- und Bürgerrechte noch nicht untersucht und bewertet worden.

HDTV ist ein Baustein bei der Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechniken, die im wesentlichen allein von wirtschaftlichen und militärischen Interessen bestimmt wird.

* Die Einführung von HDTV verspricht nach Schätzungen des Europäischen Parlaments allein für den Verkauf neuer Bildschirme einen Weltmarktumsatz von 700 Milliarden Mark (Taz, 31.8.91). Jeder Haushalt in den Altbundesländern hat 1989 durchschnittlich 780 Mark für Unterhaltungselektronik ausgegeben. Damit nehmen diese Ausgaben inzwischen einen Spitzenplatz bei Konsumgütern ein. Die Industrie rechnet schon für dieses Jahr mit einem Absatz von 10.000 HDTV-Geräten.
* Ein ebenso großer Markt eröffnet sich, wenn die Fernseh- und Filmproduktion auf den HDTV-Sttandard umgestellt wird. Die Einrichtung eines mittelgroßen HDTV-Studios wird auf 30 Millionen Mark geschätzt. Nach Angaben der Firma Sony kostet die Ausrüstung für HDTV das Doppelte eines heute üblichen Studios.
* HDTV erzwingt den Ausbau der neuen Übertragungstechniken. Die hohe Bildinformationsmenge läßt sich zur Zeit nur über Satellit oder Glasfaserkabel transportieren. Mit der herkömmlichen terrestrischen Übertragung ist das nicht zu schaffen. Durch HDTV wird der Ausbau des sogenannten Breitband-ISDN gefördert.
* HDTV war von Anfang an von militärischen Interessen bestimmt. Die herkömmliche Kathodenstrahlprojektion ist bei zunehmender Bildschirmgröße für militärische Zwecke wenig nützlich, weil die Geräte zu schwer sind. HDTV-Bildschirme auf LCD-Basis sind flacher und leichter. Sie sollen in militärischen Frühwarn- und Kontrollzentren, bei der Geländebeobachtung



Photo: Herby Sachs/V.E.Bild

die militärischen Beobachter HDTV-Bildschirme gehabt hätten, auf denen alles genau erkannt werden könne. *(Claus Eurich, in: kontrapunkt 20/89)*

Nahezu sämtliche Neuerungen bei den Informations- und Kommunikationstechniken, einschließlich HDTV, sind von militärischen Interessen durchdrungen. 1972 wurde der neue Standard HDTV von der japanischen Firma Sony zusammen mit der Fernsehgesellschaft Nippon Hoso Kiokai (NHK) vorgestellt. Eine Finanzierung dieser Entwicklung durch die japanischen Militärausgaben liegt nahe: Schon 1989 hatte Japan den drittgrößten Militärhaushalt der Welt. *(Claus Eurich, Tödliche Signale, Frankfurt 1991)*

In den USA schlossen sich 1989 siebzehn Elektronikunternehmen zu einem HDTV-Konsortium zusammen, das direkt vom amerikanischen Verteidigungsministerium finanziert wird. In Europa wird die Entwicklung des hochauflösenden Fernsehens vor allem im Rahmen des EG-Programms *„Eureka 95"* gefördert. Knapp die Hälfte des Finanzvolumens sind Staatszuschüsse. Der deutsche Forschungsminister ist mit 60 Millionen Mark daran beteiligt. Träger der Forschung sind zum Beispiel der französische Rüstungskonzern *Thomson-Brandt*, der erst kürzlich in die Unterhaltungselektronik eingestiegen ist. Der Stahl- und AKW-Konzern *Thyssen* engagiert sich bei der Breitbandverkabelung mit der Firma *Berkenhoff & Debes*. Die Münchner Firma *Rhode & Schwarz*, deren Produkte überall zu finden sind, wo Daten gesendet werden, macht 30% ihres Umsatzes beim Militär.

Die Verschmelzung von ziviler und militärischer Forschung sind offizielles Ziel der Politik. Die hohen Kosten lassen eine eigenständige Militärforschung nicht mehr zu. Der „dual use", der gleichzeitige Nutzen für Militär und Wirtschaft, ist inzwischen Voraussetzung für staatliche Zuschüsse. So ließ die Bundesregierung 1990 eine Milliarde Mark direkt dem Verteidigungsministerium für Elektronikforschung und Kommunikationstechnik zufließen, weitere 800 Millionen gingen ans Forschungsministerium mit der Auflage, vorrangig Projekte mit militärischem Nutzen zu fördern. Auch zivilen Projekten wird damit der militärische Nutzen hinzugefügt, diese „Add-on"-Programmatik wurde 1990 im „Zukunftskonzept Informationstechnik" der Bundesregierung festgeschrieben.

Den enormen Forschungsausgaben für HDTV stehen bisher keine Aufwendungen für eine grundlegende Technikfolgenabschätzung gegenüber. Der Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages hat bis zum Herbst diesen Jahres noch kein Wort darüber verloren. (Auskunft des Sekretariats des Bundestagsausschusses vom 29.8.91). Es lassen sich jedoch schon heute eine Reihe von Fragen und Problemen benennen, die dringend untersucht werden müssen.

1. Welche Auswirkungen hat der neue Fernsehstandard HDTV auf die weitere Kommerzialisierung der Medienlandschaft?

HDTV ist teuer. Im Kampf um die werbetreibende Industrie wird der Konzentrationsprozeß auf dem Medienmarkt weiter steigen. Wie können die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Konkurrenz mit privaten Medienkonzernen überleben? Schon heute sieht sich das Schweizer Fernsehen SRG nach privaten Sponsoren für seine Sendungen um.

Höhere Produktionskosten, vor allem auch enorme Investitionen in der Ausrüstung werden viele kleine Film- und Fernsehproduzenten nicht verkraften können. Gerade sie garantieren bisher die Flexibilität der öffentlich-rechtlichen Sender, die in ihrer Produktionsplanung auf kleine Produzenten angewiesen sind. Schon jetzt lassen sich freie Fernsehproduzenten von der betreibenden Industrie sponsern, so kaufte der Bayrische Rundfunk für 10.000 Mark einen Film über Müllverbrennungsanlagen an, der mit sechsstelligen Beträgen von der Industrie finanziert wurde. *(journalist 4/91)*

Höhere Produktionskosten bei schärfe-

rer Konkurrenz um die Einnahmen aus Gebühren und Werbung lassen die Fernsehprogramme eintöniger werden. Der öffentliche Informations- und Bildungsauftrag der Rundfunkanstalten wird Sex & Crime-Shows weichen müssen. An die Stelle aufdeckender Vor-Ort-Recherche mit der Kamera tritt die Nachrichten-Show im HDTV-Studio. So bekommen Werbung und Public Relations mit der Einrichtung eigener Studios neue Chancen, die Nachrichtengebung der elektronischen Medien zu steuern. Damit erhält die Industrie direkten Zugriff auf die Meinungsbildung in den Massenmedien.

2. Welche Auswirkungen hat HDTV auf die Qualität der Berichterstattung?

Mehr Fernsehen bedeutet nicht, besser informiert zu sein. Aktuelle Untersuchungen über die Wirkungen der Fernseh-Berichterstattung während des Golfkrieges zeigen das Gegenteil. Die Forschungsergebnisse der Vereinigung kritischer Journalisten in den USA *(FAIR – fairness and accuracy in Reporting)* decken auf: Je mehr sich die Menschen aus dem Fernsehen informiert hatten, desto weniger wußten sie über die Fakten und Hintergründe der Golfregion Bescheid.

Die TV-Berichterstattung im Golfkrieg war ein Vorgeschmack auf die perfekte Inszenierung der Wirklichkeit. Wahrheit und Fiktion waren für den Zuschauer nicht mehr zu unterscheiden. Der Chefredakteur des SFB-Hörfunks Peter Pistorius kommentierte die Zensur des US-Militärs mit den Worten: *„Ich kann mit der Zensur leben." (taz-Forum, 20.2.91)*

HDTV- verlangt wegen seines neuen Bildformats und wegen seiner schärferen Bilder die perfekte Inszenierung des Szenarios, wie wir es im Kino gewohnt sind. Jedes falsch plazierte Detail stört den optischen Eindruck. Die Sachzwänge der Technik werden jeden optischen Makel der Wirklichkeit aus der Berichterstattung hinwegzensieren, um die Sehgewohnheiten zu bedienen, die durch Show und Spielfilm erzeugt werden.

Fernsehen im Kinoformat bedeutet aber auch, daß die freie Berichterstattung durch kommerzielle Interessen gesteuert wird. Die Erstverwertung der Sensation im Kino, danach als Kauf-Video oder -Bildplatte, dann als Fernsehübertragung.

Das neue breite Bildformat wird aus rein technischen Gründen zunächst Sportübertragungen, Shows aus dem Studio und Spielfilmen vorbehalten sein. Die informierende und aufklärende Berichterstattung wird zunächst weiterhin im alten Format aufgezeichnet. Welche Auswirkungen wird dies auf die Programm-Struktur haben? Wird diese Entwicklung bedeuten, daß Nachrichten und Hintergrundberichte aus rein technischen Gründen auf gesonderten Kanälen gesendet werden müsssen? Reichen unsere Pressegesetze und die Kontrolle der Berichterstattung aus, um dieser Zensur durch technische Sachzwänge zu begegnen? Reichen die Persönlichkeits-Schutzrechte aus, um einer Denunziation einzelner Personen, die im Kinoformat auf der Bildleinwand am Ku'-damm gezeigt werden können, vorzubeugen? Welche urheberrechtlichen Konsequenzen sind bedacht worden?

3. Welche Auswirkungen hat die Einführung des HDTV auf den Fernsehkonsum in den Haushalten?

Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von etwa 70 Jahren verwendet der Mensch bereits heute durchschnittlich 77.000 Stunden (= 8 3/4 Jahre, Anm. SF-Red.) seines Lebens für Fernsehen. ... *(Eckhard Smialek, Der Zauber der Massenmedien, in: Bezirksamt Berlin-Schöneberg (Hg.): Dokumentation des Schöneberger Jugendtages 14./15.6.1990).* Schon die Einführung des Kabelfernsehens ließ den Fernsehkonsum deutlich ansteigen. Die Bedeutung der Medien- und Computertechniken wird im Alltagsleben weiterhin zunehmen. (...)

4. Welche Auswirkungen hat die digitale Fusion von HDTV-Kamera, Computer und Bildschirm?

Schon heute gibt es eine Reihe von Verfahren, mit denen das bewegte Bild manipuliert werden kann (Computer-Animation, Blue Box). Mit der digitalen Technik werden die Fernsehbilder vollständig manipulierbar. Personen, die bei einer Veranstaltung gar nicht dabei waren, können in das Bild hineingeschmuggelt werden. Die Qualität einer solchen Manipulation hängt lediglich von Computerprogrammen ab. Die Zuschauer haben keine Chance, die Täuschungen zu entlarven.

Wenn jedes bewegte Bild digital aufgezeichnet wird, kann jegliche Kamera-Überwachung vom Computer verarbeitet werden. Was er sieht, kann im Raster des Computerprogramms gefiltert und dann automatisch in jede beliebige Datenbank übertragen werden. Ist unter solchen technischen Bedingungen ein Datenschutz überhaupt noch möglich?

5. Ökologische Probleme

Millionen von Fernsehgeräten und Computerbildschirmen veralten durch die neue Normgebung und landen auf dem Müll. Bildschirme sind Sondermüll mit hohen Anteilen an PVC, Polyester und Phenolharzen. Bei der Verbrennung entstehen hochgiftige Stoffe wie Dioxine und Furane. Bislang gibt es keine Verfahren, mit denen die giftigen Stoffe für Boden, Luft und Wasser unschädlich gemacht werden können.

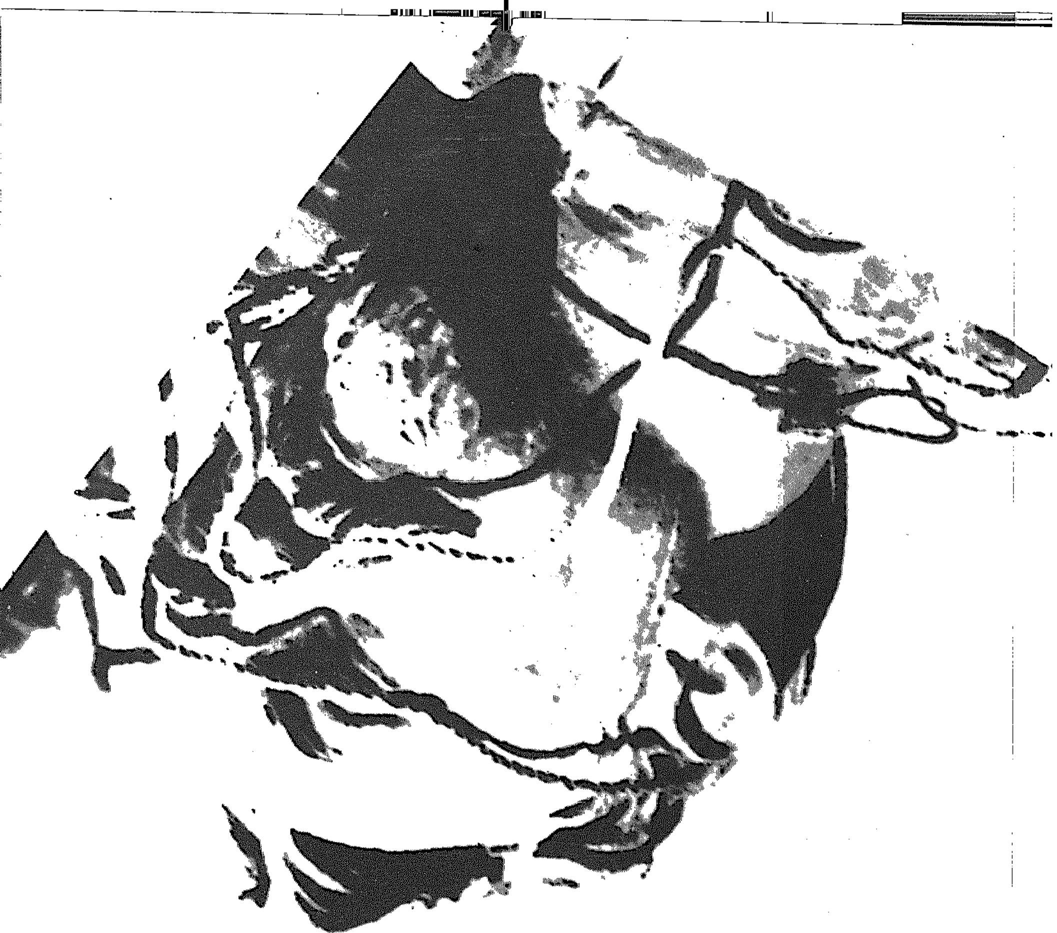
Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit keine zusätzlichen ökologischen Schäden von der Umrüstung der Haushalte auf HDTV ausgehen?

Fazit

Eine qualitativ befriedigende Datenübertragung für HDTV beansprucht eine vielfache Kapazität an Satelliten im Weltraum. Die Betreiber müßten also mehr Satelliten in den Weltraum schaffen als bisher. Angesichts der heute bereits bekannten sozialen und ökologischen Probleme müssen wir die Frage stellen, ob die Ausgaben in Milliardenhöhe für ein schärferes Fernsehbild zu verantworten sind. Sie dienen der weiteren Hochrüstung in den Industrienationen, die täglich 3 Milliarden Mark für Rüsstung und Krieg ausgeben, während gleichzeitig 40.000 Kinder auf dieser Welt verhungern. Brauchen wir HDTV wirklich? Brauchen wir eine Steigerung der Raumfahrt-Aktivitäten der Weltmächte?

Kontakt zum Dortmunder Institut für Informations- und Kommunikationsökologie über z.B. Eva Emenlauer-Blömers, Tel. 030-8012234 oder Christian Sternberg, Tel. 030-6869227

Zentralismus oder Nationalismus – Ein Ende aber was für ein Neuanfang?



von Wolfgang Haug

Zwei Tage hielt die Welt den Atem an, dann wich die Sorge langsam der Hoffnung und schließlich machte sich Erleichterung breit. Eine Rückkehr zum Stalinismus konnte es also auch in der Sowjetunion nicht mehr geben. Trotz 16 Millionen im Gehorsam geschulten Parteisoldaten, trotz einer uns unbekannten Anzahl von Mitarbeitern des KGB, trotz einer nicht gerade demokratischen Armee, in der es zu einer Unzahl (ethnisch begründeter?) „Selbstmorde" kommt, trotz einer vom alten Apparat durchsetzten Bürokratie?

Daß all diese Garanten kommunistischer Macht vergangener Tage nicht mehr erwartungsgemäß funktionierten, sondern tief in sich gespalten waren und sich gegenseitig lahm legten, ist seitens des alten Systems mit die wesentlichste Vorbedingung für das Scheitern der Putschisten und wirft die Frage auf, wie es zu einer derartigen Zersetzung kam?

Seitens des neuen Systems bewirkten die Massen auf den Straßen das Scheitern, doch müssen wir uns vor falscher Euphorie hüten. Denn erstens waren es in ihrer Mehrzahl nicht Verteidiger von Glasnost oder neuer Freiheiten sondern Vertreter eines russischen Nationalismus, die zum weißen Haus zogen (Ausnahmen gab es zum Glück!) und zweitens wagten sich prozentual zur Stadtbevölkerung recht wenige auf die Straßen und war die Grabesstille an der Peripherie Moskaus und auf dem Land doch mit den Händen zu greifen. Also auch hier sind Fragen und keine vorschnellen Freudenkundgebungen angebracht. Zumal mit der rühmlichen Ausnahme Leningrads/St.Petersburgs und der Bergarbeiterstreiks die Mehrzahl der bekanntgewordenen Widerstandsaktionen wiederum die Situation für die Durchsetzung nationalistischer Sonderwege nutzten.

Gorbatschows Machtübernahme

Angesichts der Stimmen, die Gorbatschows Politik für das wirtschaftliche Desaster verantwortlich machen, sei ausdrücklich festgehalten, daß es zu dieser Politik 1985 nur kam, weil die sowjetische Wirtschaft seit 1981 stagnierte! Niemand wußte das besser als der KGB. Andropows unsystematische Versuche einer „autoritären Modernisierung" hatten keinen Erfolg gebracht, sie heute wieder als erfolgversprechenderen Weg ins Spiel zu bringen, grenzt an das Umlügen von Geschichte.

Unterstellen wir also ruhig, daß Gorbatschow nicht der große demokratische Herausforderer innerhalb der KPdSU war, der sich mit seiner Hausmacht gegen einen vorher mächtigen konservativen Flügel durchgesetzt hat, sondern daß er, selbst ehemaliges Mitglied des KGB, ganz gezielt eine systematische Reform von oben durchführen sollte, die von großen Teilen der Partei und des KGB als letzte Chance, aus der ökonomischen Misere herauszukommen, gesehen wurde. Dem entspricht beispielsweise, daß in seiner Antrittserklärung als Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei, am 11.3.1985 das Wort „Reform" nicht einmal vorkam. Der erste Ansatz zur Überwindung der Misere und zur „Perestroika" wurde zunächst mittels einer Anti-Alkoholkampagne versucht! Dieser Beginn, der noch ohne „Glasnost" auszukommen gedachte, verdeutlichte bereits den tieferen Sinn der „Perestroika": eine neue Arbeitsdisziplin sollte entstehen! Auch wenn die Worte einen neuen Anfang andeuteten, schwingt die alte Tradition des „Helden der Arbeit" doch mit. Die Zwangsarbeit, die für den Staat gratis war, im Akkord abzulaufen hatte und die jahrelang für die Industrialisierung des Landes ohne westliches Kapital zu sorgen hatte, will ich hier nicht einreihen, aber sie verdeutlicht immerhin, daß die Wirtschaft der Sowjetunion ihren Staats- und Militärapparat schon immer nur durch „Überausbeutung" erhalten konnte. Das Wort „Reform" taucht erst ein Jahr nach Gorbatschows Machtübernahme auf, beim 27.Parteitag der KPdSU im Februar 1986. Das Ziel war klar, es ging nicht um Demokratisierung als Selbstzweck, sondern um ein Programm zur Verbesserung der Wirtschaftslage. Im Klartext: es ging um die Steigerung des Bruttosozialprodukts um 100%.

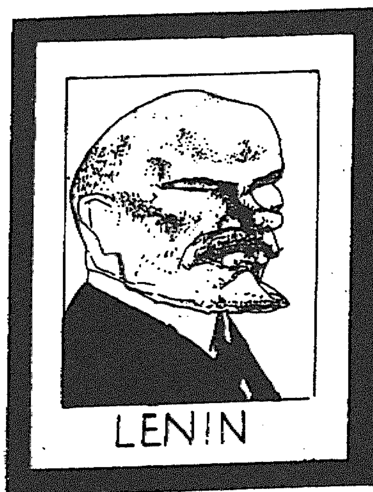
Zu diesem Zweck entwickelte die Partei mit Gorbatschow an ihrer Spitze das Konzept einer *„Demokratisierung von oben als Basis der Modernisierung"*. Nachdem also die „autoritäre Modernsierung" Andropows im Sande verlaufen war, wurde auf eine (vom KGB) kontrollierte „Demokratisierung von oben" gesetzt. „Glasnost" (Offenheit) sollte die Menschen für die „Perestroika" (den radikalen Umbau [der Wirtschaft]) mobilisieren. Lenin lieferte Gorbatschow dabei

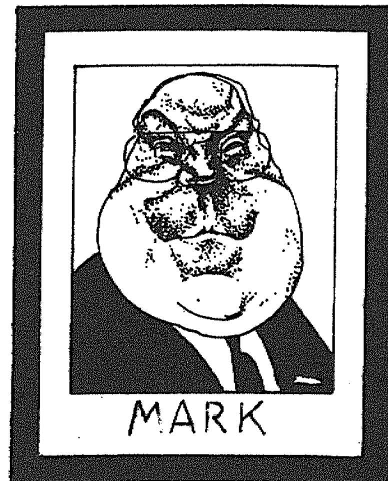
die Maxime: *„das lebendige Schöpfertum der Massen"*, das noch unter Lenin und spätestens nach 1921 systematisch unterdrückt worden war, sollte den Aufschwung bringen. Das erfreuliche Nebenprodukt waren Konzepte wie die einer größeren Selbständigkeit der Betriebe und einer Diskussion über Selbstverwaltung. Ende 1986 war zwar das Nullwachstum unter Andropow beendet, aber die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts betrug ganze 5,2%.

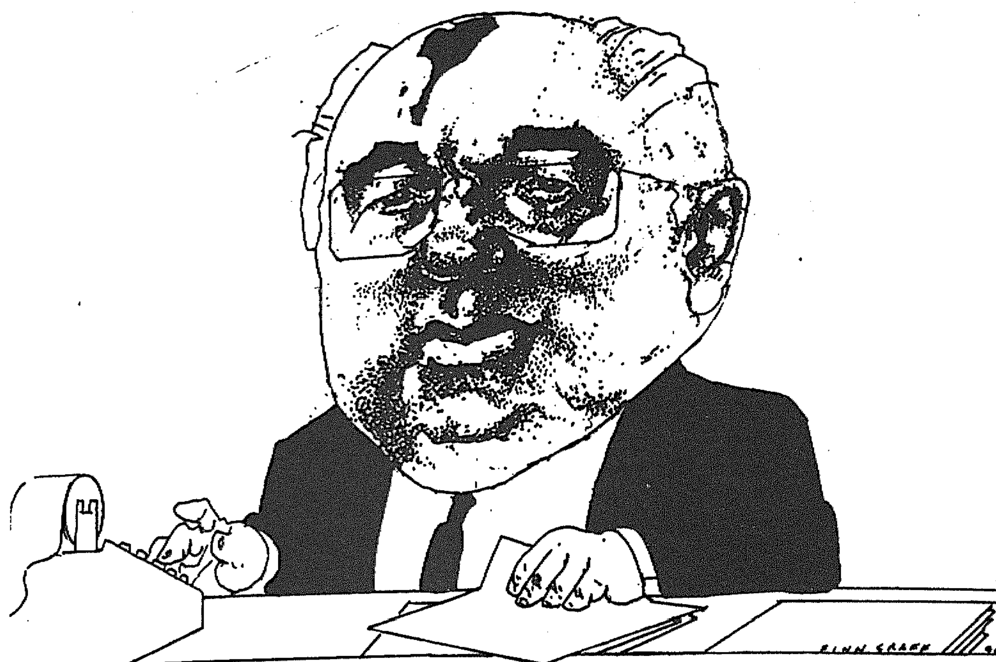
Die 1986 entstandene Euphorie und die Unterstützung der Bevölkerung für Glasnost und Perestroika hatte ihren ersten Dämpfer bekommen. Zuviele Hindernisse lagen einer schnelleren Aufwärtsentwicklung im Weg. Der Druck für weitergehende gesellschaftliche Reformen wuchs. Als Haupthindernis wurde die unverändert arbeitende Bürokratie ausgemacht, doch sie anzutasten hieß, die Macht der Partei in Frage zu stellen, den Apparat aufzulösen und genau das machte Gorbatschow (und der die Entwicklung kontrollierende Kreis, KGB etc.) nicht. Und hier beginnt der Prozeß, den gutwillige BeobachterInnen im Nachhinein als das (geniale) Lavieren Gorbatschows bezeichnen, denn *„wenn man es auf dem Jelzin-Wege gemacht hätte, ... dann wäre das wackliger geblieben."* (Gabriele Krone-Schmalz, ARD, in: *Freitag, 30.8.91)* Und der anderen letztlich Anlaß zu einem tiefen Mißtrauen gab, *„Die Verschwörer seien geflohen. Doch wohin? Eine Stunde später wurde auch dies bekannt: Auf die Krim. Aber warum dahin? Warum ausgerechnet dahin?"* (Eduard Schewardnadse, in: *Die Zeit, 30.8.91)* Es blieb 1987 bei einer öffentlichen Kampagne gegen den „Bürokratismus". Doch was sollte sie erreichen? Verständlich ist sie eigentlich nur unter dem Aspekt, die Bürokraten (aus der Partei) individuell zu mehr Kooperation mit den (von der politischen Führung der Partei) ausgelösten Reformen anzustoßen. Am eigentlichen Aufbau der Bürokratie wurde nichts geändert, also auch nichts an der Verfilzung zwischen Staat und Partei oder am Zentralismus. Betrachtet man die Kampagne gegen den „Bürokratismus" vor dem Hintergrund, daß die Bürokratie geradezu ein Charakteristikum des zentralistischen Staatssozialismus war, so wird der Verbalradikalismus offenbar.

An dieser Stelle hat Gorbatschows „Wende von oben" zum ersten Mal eindeutig versagt. Hier fehlte der Mut zu notwendigen Schritten gegen den Zentralismus. Oder, so könnte mensch spekulieren, hier wurde erstmals offenbar, daß die KPdSU unter Gorbatschow genau wußte, daß der eingeschlagene Weg Konsequenzen verlange, die zwar für die Aufwärtsentwicklung der SU notwendig waren, der Macht der KPdSU aber zuwiderliefen. Von hierher rührt auch die Unterschiedlichkeit der Beurteilung Gorbatschows im Westen zu der im eigenen Land. Für die Bevölkerungen des Westens und erst recht für die Deutschen beendete die Öffnung der SU die Spaltung der Welt in zwei Blöcke, für die Menschen in der Sowjetunion wurde deutlich, daß Gorbatschow weiterhin der KPdSU verhaftet blieb und deren Macht nicht wirklich antastete. Gorbatschows Betroffenheit durch den Putsch, seine ersten Äußerungen nach seiner Gefangenschaft machen deutlich, daß er sich keineswegs von der Partei gelöst hatte; daß er sich bis zu dieser bitteren Erfahrung an dem „Auftrag" festhielt, durch eine geglückte Wirtschaftsreform den Staatssozialismus (im neuen Gewand) zu retten.

Daß dies mißlang, lag nicht am „Bürokratismus" allein. Daß Gorbatschows Politik zwar die Welt verändern, aber nicht die totgerüstete sowjetische Wirtschaft in Schwung bringen konnte, lag nicht zuletzt an dem konservativen Beharrungsvermögen des von Cornelius Castoriadis frühzeitig beschriebenen *„militärisch-industriellen Komplexes"*. Von den 293 Millionen Sowjetbürgern in den alten 15 Republiken waren nach einer Auskunft (vom 8.8.91) des Vorsitzenden der Militärunion Vitalij Uraschzew 70 Millionen (!) im militärisch-industriellen Komplex tätig. Dafür wurden bis 1991 jährlich 50% des Nationaleinkommens ausgegeben. (Quelle: Moskau News, Nr.9, September 91) Für politische Schritte, um diesen Zustand zu verändern, mußte erst der Putsch scheitern. Zuvor vermochten es die Vertreter dieser mächtigen Klientel sogar Gorbatschows Verträge zu unterlaufen und saßen als dessen Berater unmittelbar im Kreml: *„Als das Verteidigungsministerium und der Generalstab unter Umgehung der Pariser Charta tausende Panzer hinter den Ural versteckt hatten, legte ich beim Präsidenten Protest ein. Er beauftragte seinen Berater Mar-*







schall Achromejew, da Klarheit zu schaffen. Sergej Achromejew lieferte ein Memorandum ab, das diseen Schritt voll und ganz rechtfertigte. Mein Protest verblaßte im stählernen Glanz seiner Argumente ebenso wie mein Unmut darüber, daß man der Reduzierung unterliegende Panzer gaunerhaft mit Farben der Marine-Infanterie angestrichen hatte." (Eduard Schewardnadse, DIE ZEIT, 30.8.91) Sergej Achromejew, von dem die russische Ausgabe der Moskau News schon im Juli 1991 wußte, daß er die offiziell geplante Militärreform für überflüssig hielt, daß er in Jelzins Kampagne gegen die Armeeführung dessen Vorbereitung von Massenaufmärschen und Streiks sah, daß er die Armee, eng verbunden mit der Partei, als Garant für die sozialistische Verfassung der UdSSR ansah, war – als Militärberater Gorbatschows – auch bereit, Truppen gegen das eigene Volk marschieren zu lassen: *„Wir müssen um jeden Preis diese Kraft (die Armee, W.H.) erhalten, die heute in beträchtlichem Maße die Stabilität sichert und Separatisten und Extremisten nicht über die Stränge schlagen läßt."* Am 28.3.91 waren erstmals Armeeeinheiten gegen eine Kundgebung in Stellung gebracht worden. Es erfolgte zwar kein Einsatz, aber das Ansehen Gorbatschows bei den Reformern sank auf den Nullpunkt. Sergej Achromejew beging nach dem Scheitern des Putsches Selbstmord.

Der offensichtliche Handlungszwang 1987 und die gleichzeitige Verweigerung wirklicher Reformen durch die KPdSU, die sich weder aus ihrer Verstrickung mit der Bürokratie noch mit der Armee lösen konnte, bewirkten Veränderungen auf *zwei* ganz anderen, anfangs sicherlich nicht voraussehbaren und sehr schnell nicht mehr kontrollierbaren Ebenen. 1987 verloren Gorbatschow, die Partei und der KGB ihre Rolle als alleinbestimmender Faktor in der sowjetischen Politik.

I.

1987 begann sich mit den Auseinandersetzungen um den Moskauer Parteichef Boris Jelzin die Einheitlichkeit der Partei aufzulösen. Jelzin, das vergißt mensch heute allzu leicht, war 1985 von Gorbatschow als Leiter der ZK-Abteilung für Bauwesen vom Ural in die Hauptstadt und damit ins Zentrum der Macht geholt worden. In Moskau wurde er sechs Monate später Bürgermeister. Jelzin begann 1987 damit, seine Loyalität aufzukündigen und griff Gorbatschows Unterlassungssünden öffentlich auf sehr populistische Weise an. Dies führte im November 1987 zu seiner Absetzung als Moskauer Parteichef. Jelzin (dessen Methoden mitunter recht übel sind, was aber keinesfalls rechtfertigt ihn als „russischen Mussolini" in eine politisch und menschlich eindeutige Schublade zu stecken, wie *Konkret* dies tut, vgl. September-Heft, S.10) war damit ein Prototyp für eine Entwicklung ehemaliger Parteifunktionäre zu den Trägern der heutigen demokratischen Macht in Rußland: Über die Partei zu kommunalpolitischer Macht gekommen und mit deren Hilfe und einer auf Rußland beschränkten politischen Perspektive, haben sie, wie wir dies 1990 ganz ähnlich beim Leningrader Bürgermeister Anatoli Sobtschak und beim heutigen Moskauer Bürgermeister Gawriil Popow, wieder beobachten können, der Macht der Partei getrotzt und Gegenstrukturen entwickelt. Im Fall von Sobtschak führte dies – solange die SU als notwendig betrachtet wird – sogar wieder zurück zu politischem Einfluß auf die Zentrale. Er wurde Mitte September 1991 in den neunköpfigen „Konsultativrat" Gorbatschows berufen.

II.

Mit den gewaltsamen Zusammenstössen zwischen christlichen Armeniern und moslemischen Aserbeidschanern kam es im Februar 1988 zum ersten offen religiös-nationalen Konflikt, der verdeutlicht, daß die Politik der Zentrale, die die ökonomischen Probleme auf die Schnelle nicht mehr lösen konnte an Integrationskraft verlor.

Glasnost wurde seinen Erfindern enteignet! Es wurde zum Glasnost „von unten" und für seine Initiatoren zum Bumerang. Ein militärisches Eingreifen wie in alten Zeiten verbot sich, solange man nicht den gesamten Umbauprozeß abbrechen und die notwendige Unterstützung aus dem Ausland unterbrechen wollte. Gorbatschow versuchte das Gesetz des Handelns auf der 19. Parteikonferenz im Juli 1988 wieder an sich zu bringen. Um die Bürokratie abzubauen, verlangte er die „Gewaltenteilung zwischen Partei und Staat" und um die nationalen gewalttätigen Auseinandersetzungen zu beschwichtigen, wurde die Zulassung anderer Parteien zu Wahlen beschlossen.

Beide Beschlüsse führten 1989 zu einer Konsolidierung der erwähnten Stränge antizentralistischer Politik.

I.

Jelzin gelang es bei den Aprilwahlen zum „Kongreß der Volksdeputierten" wieder in die politische Offensive zu kommen. Er wird Parlamentspräsident und taucht als solcher auch wieder im Obersten Sowjet auf. In der Volksdeputiertenkammer sieht sich die KPdSU erstmals einer Oppo-

sition gegenüber, Jelzins Gruppe besteht aus ca. 400 Abgeordneten.

II.

Bei den im Herbst 1989 stattfindenden Regionalwahlen für die Sowjets gewinnen die erstmals zur Wahl zugelassenen nationalistischen und seperatistischen Gruppen überall im Land die Mehrheit. Die Unabhängigkeitserklärungen beginnen; am 25.8.1990 wird mit Tadschikistan die letzte Teilrepublik ihre Unabhängigkeit beschlossen haben.

Gorbatschows Politik zugunsten der Zentrale bleibt diesen Entwicklungen gegenüber recht erfolglos. Er versucht die entstandene Infragestellung der Zentralmacht und der Partei damit aufzufangen, daß er die Macht des Präsidentenamtes, das er 1988 von Andrej Gromyko übernommen hatte, ausbaut. Nur kurze Zeit nach den Aprilwahlen, am 25.5.1989, werden ihm vom Obersten Sowjet Sondervollmachten übertragen.

Und hier liegt ein weiterer charakteristischer Fehler in Gorbatschows, aber später auch Jelzins Politik: Beide vertrauten in typisch alt-kommunistischer Manier auf die Kraft des Amtes. Auf die Macht, die von ihm ausgeht, auf die Hierarchie, auf die es baut. Dies hat zwei Seiten, zum einen ist es ein Beleg für die undemokratische Denk-und Handlungsweise beider Politiker, zum anderen kann sich diese Macht schnell als tönern erweisen. Beim Putsch wurde klar, daß Gorbatschows Amt nichts mehr zählte und Jelzin hatte letztlich vor allem Glück, daß der Spaltungsprozeß in der Armee und im KGB schon so weit fortgeschritten war, daß er sein russisches Präsidentenamt Tag für Tag besser ausspielen konnte.

Spätestens seit Mitte 1989 orientierte sich Gorbatschows Politik – sicherlich im Einklang mit der Partei – an dem Ziel, die SU als einheitliches Staatsgebilde zu erhalten. Ein Unionsvertrag, der den separatistischen Tendenzen durch stärkere Dezentralisierung der SU die Spitze brechen sollte, schien der mögliche Ausweg aus dem Nationalitätenkonflikt.

Mit diesem Plan blieb Gorbatschow seiner politischen Linie treu. Wieder versuchte er den entstandenen politischen Druck durch Zugeständnisse abzumildern, das eigentliche Machtzentrum aber zu erhalten. Im Rückblick erscheint seine Politik mehr von den Ereignissen getrieben als von ihm selbst bestimmt. Er hat sich zwar in entscheidenden Situationen immer in Richtung Demokratisierung bewegt, aber nie ohne Druck und nie ohne diese Bewegung durch seine Personalpolitik wieder ein Stück weit zurückzunehmen. Trotz dieser eher konservativen Personalpolitik verliert er 1989 innerhalb der Partei an Unterstützung. Der „Unionsvertrag" war den Konservativen als Mittel zur Rettung der Sowjetunion zu unwägbar. Wenn die Zentrale weitere Macht an die Teilrepubliken abgab, war es nur eine Frage der Zeit, bis die KPdSU in einigen Republiken den politischen Einfluß verlieren würde. Auch schien ihnen die Perestroika mehr und mehr gescheitert. Wirtschaftlich erfolglos beschwor die neue Politik nur das Auseinanderbrechen der Sowjetunion herauf. Auf der anderen Seite war vielen Nationalisten in den Teilrepubliken dieser Weg längst zu wenig, sie strebten die völlige Auflösung der Sowjetunion und die Abschaffung des Staatssozialismus an.

Auf dem 28.Parteitag der KPdSU im Juli 1990 machten erste Stimmen die Politik Gorbatschows und nicht mehr die Stagnation der Wirtschaft vor seinem Machtantritt für die wirtschaftliche Krise und die nationalistischen Bestrebungen verantwortlich. Daß dies durchaus auch von westlichen Marxisten mitgedacht ist, verdeutlicht der Historiker Eric J. Hobsbawn: *„Nur die Auflösung der Union konnte einen Putsch provozieren – und so geschah es. War der Putsch notwendig? Etwas, das in der UdSSR ein arbeitsfähiges System wiederherstellt, war und ist notwendig, und viele wissen das. Zwei sowjetische Ökonomen schrieben dazu vor einigen Monaten, was viele, vielleicht die meisten intelligenten Russen wirklich denken: Die Erfahrungen von Deutschland und Rußland im 19 Jahrhundert bis zu den asiatischen NIC (neue industrialisierte Länder, Anm. SF), legen es nahe, daß ein strenges autoritäres Regime notwendig ist, um ökonomische Probleme von dem Ausmaß und der Reichweite der sowjetischen zu lösen..."* (in: Konkret, September-Heft, S.18; übersetzt aus „Marxism Today") Trotzdem kann sich Gorbatschow noch einmal behaupten. Er erhält 72,8% der zur Wahl des Generalsekretärs geheim abgegebenen Stimmen.

Doch die Erfolglosigkeit der Perestroika und das immer schnellere Anwachsen der Gegenbewegungen, treibt die Reformer vollends auseinander. Nur zwei Beispiele, wie sich die Standpunkte diametral auseinanderentwickelten:

Im September 1990 schreibt die reformorientierte Zeitschrift „Literaturnaja Gazeta", *nur die Armee könne den Untergang des Wirtschaftssystems und damit der Union aufhalten. Grundvoraussetzungen für einen Übergang zum markt seien Stabilität, Ordnung und Einhaltung der Gesetze. „Doch diese gibt es in der Sowjetunion nicht mehr. Die wirtschaftlichen Verbindungen halten den brandenden Wellen von Nationalismus, Separatismus, Barbarei und Streiks der Monopolbetriebe nicht stand."* (zit. nach



Peter Mandorfer, „Eine Chronologie“, in: Salto Links, Nr.17, Wien 1991)

Am 20.12. 1990 tritt Eduard Schewardnadse von seinem Amt als Außenminister zurück und warnt vor einem Putsch der Erzkonservativen und der Armee. Seine Situation unmittelbar danach bestätigte ihm seine Befürchtungen, ein Anruf warnte ihn vor weiteren öffentlichen Äußerungen: *„Nun, ich kannte die Sitten und Gebräuche des Systems. Die Ereignisse und meine Analysen der letzten Jahre, die immer krasser werdende Hetze in den Zeitungen »Glasnost« (ein ZK-Wochenblatt) und in »Sowjetskaja Rossija« sowie in anderen Blättern imperialer, chauvinistischer Gesinnung, aber auch Einbruchsspuren in meiner Wohnung: Das alles unterstrich, daß jener Anruf keine leere Drohung darstellte.“* (zit. nach Eduard Schewardnadse: Warum wollte Gorbatschow nicht auf uns hören?, in: DIE ZEIT, 30.8.91)

Angesichts dieser unterschiedlichen Beurteilung verwundert es kaum noch, daß zwischen dem Putschversuch und Schewardnadses Rücktritt nur knapp 8 Monate lagen. Die Versuchsballone der Putschisten durch OMON-Aktionen im Baltikum Anfang 1991 warfen die Frage auf, ob Gorbatschow davon wirklich nichts gewußt haben konnte. Beide Antwortmöglichkeiten waren fatal für seine politische Stellung. Schaut mensch sich jedoch einmal an, welche Aufgaben „die schwarzen Barette“ hatten, so ist ihr Handeln im Baltikum nur folgerichtig, so daß sich die Frage von selbst beantwortet: Jeder lokale Leiter des „operativen Stabs“ konnte sich gemäß seiner Aufgabenstellung in seinen Handlungen durch die Partei, die Regierung und den Staatspräsidenten abgedeckt fühlen.

OMON war eine Anti-Terroreinheit des Innenministeriums, wenn mensch so will also die GSG 9 der Sowjetunion. Sie wurden anläßlich der Olympischen Spiele 1980 in Moskau gegründet. Ursprünglich trainiert, um gegen Flugzeugentführer und Geiselnehmer vorzugehen, wurde das Konzept 1988 – also unter dem Eindruck der separatistischen Entwicklungen und der ersten antikommunistischen Demonstrationen entscheidend erweitert. OMON-Truppen wurden stark aufgestockt und auf alle Großstädte verteilt. Ihre Ausbildung umfaßte seit diesem Zeitpunkt auch das „Auseinanderjagen von Massenversammlungen“. Zu ihren acht zentralen Aufgaben gehörte:

(2) die Ereignisse am Ort zu dokumentieren (Foto-, Video-, Tonbandaufnahmen; die festgenommenen Straftäter zu überprüfen;

(3) den betreffenden Bezirk zu isolieren; die Personen, die aktiv versuchen, in die isolierte Zone einzudringen bzw. diese zu verlassen, festzuhalten und der „Filtrationsstelle“ zu überstellen;

(4) Menschenansammlungen aufzulösen und aus ddem betroffenen Bezirk abzudrängen;

(5) Organisatoren und Teilnehmer der Menschenansammlungen festzunehmen...

(7) auf Anweisung des Leiters des operativen Stabs „Sondermittel“ anzuwenden; Straftäter, die bewaffnet Widerstand leisten, unschädlich zu machen...

(8) den Schutz der wichtigsten Objekte zu gewährleisten: Das sind Verwaltungsgebäude, Gebäude des Partei- und Staatsapparats, der Post, des fernmeldeamts und des Rundfunks, des fernsehens, der Banken. Diese Gruppe kann Panzerspähwagen und andere Kampftechnik verwenden... (Quelle: Moskau News, September 1991)

Kommen wir zurück, zu der Frage, was sich unmittelbar vor dem Putsch innerhalb der beiden antizentralistischen Hauptentwicklungsstränge vollzogen hat.

I.

Anfang Juni 1991 wird Boris Jelzin zum Präsidenten Rußlands gewählt. War er ursprünglich vor allem eine Herausforderung des Einparteienstaats, so vertritt er nun die Interessen Rußlands gegen die der Zentrale. Damit kommen die beiden antizentralistischen Stränge endgültig zusammen.

Am 20.Juli unterschreibt Jelzin einen Erlaß, der die politische Tätigkeit von politischen Parteien in staatlichen Organen und staatlichen Betrieben verbietet. (Der Oberste Sowjet läßt die Verfassungsmäßigkeit dieses Erlasses prüfen.)

Am 29. Juli schließen Rußland und Litauen einen Vertrag, der beide als unabhängige Staaten anerkennt.

Am 5.August fahren Jelzin und Silajew nach West-Sibirien und verhandeln über eine Sonderwirtschaftszone, die Sibirien eigene Exporte von Erdöl und Erdgas erlauben würde. (In dieser Hinsicht war die Zentrale schneller, bereits am 19.Juli hatte der sowjetische Premierminister Pawlow Jakutien (Ost-Sibirien) diese Rechte zugestanden, die einen eigenständigen Export von Rohdiamanten erlauben.)

Am 10.August erklärt Jelzin, daß er nach der Verabschiedung des Unionsvertrages, die wirtschaftliche Souveränität Rußlands vornehmen wird, d.h. alle „Staatsbetriebe“ unter russische Verwaltung stellen wird.

Am 11. August unterschreiben Rußland und Moldawien einen Vertrag über ein Handelsabkommen zwischen beiden Staaten.

II.

Am 22.Juli unterzeichnen Kyrgystan und Rußland einen Vertrag, der beide als autonome Staaten anerkennt.

Am 29. Juli unterzeichnen Georgien und Armenien einen solchen Vertrag.

Am 10. August beschließt Georgien die Anerkennung Sloweniens.

Am 13. August beraten die Präsidenten und Premierminister von Kasachstan, Kyrgystan, Tadschikistan, Turkmenistan und Aserbeidschan über eine gemeinsame Haltung bei den Verhandlungen zum neuen Unionsvertrag.

Am 14. August unterschreiben Armenien und Litauen einen Staatsvertrag. Moldawien erklärt, daß es der Union nicht beitreten wird, sondern direkte Einzelverträge mit den anderen Republiken abschließen will.

Mit zu den wichtigsten Veränderungen, die diese neuen Verträge den Republiken bringen sollen, gehört die Angleichung des Warenaustausches an die Weltmarktpreise. Bislang mußte im Handel unter den Sowjetrepubliken beispielsweise für eine Tonne Fleisch 135 Tonnen Erdöl bezahlt werden. Nach dem Weltmarktpreis wären es 14 Tonnen Erdöl.

Und wie reagierte die Zentrale unter Gorbatschow, wie die Konservativen?

Gorbatschow suchte am 17.Juli die Unterstützung durch den Weltwirtschaftsgipfel in London. Seine Chance in der damaligen Konstellation innenpolitisch zu überleben, wäre eine Art „Marshall-Plan“ für

die Sowjetunion gewesen, der die „9+1"-Wirtschaftserklärung Gorbatschows und der neun Republiken vom 23.April 1991 in die Wirklichkeit umsetzen könnte. Angesichts seiner außenpolitischen Vorleistungen vielleicht nicht zuviel verlangt. Sein Plan sah – ausgehend vom Unionsvertrag 1991 – eine stufenweise Eingliederung der Sowjetwirtschaft in die kapitalistische Marktwirtschaft bis 1997 vor. (Enthalten waren – die Reihenfolge gibt die zeitliche Abfolge an – freie Wahlen im Frühjahr 1992, IWF-Beitritt, drastischer Subventionsabbau, drastische Kürzungen im Militäretat, Aufhebung der Preiskontrolle, Unabhängigkeit der Zentralbank, Konvertierbarkeit des Rubels, Export- und Importvereinfachungen, Privatisierung kleinerer und mittlerer Betriebe, Konvertierung der Rüstungsindustrie, Aufhebung der Kontrolle über den Lebensmittelmarkt, Mindestlohn und freie Entlohnungspraxis, Umwandlung der Großbetriebe in Aktiengesellschaften, Agrarreform, Zulassung ausländischer Firmen bei der Neukonstruierung des Bankenwesens, der Telekommunikation und des Verkehrswesens, ausländisches Investitionskapital sollte ab 1993 zugelassen werden, nach 1994 Privatisierung des Wohnraums, Steuerreform, Kürzung von Sozialausgaben.)

Für diesen Zeitraum 1991-1997 wäre die finanzielle Unterstützung des Westens nötig gewesen. Der Plan fand wenig Gegenliebe, wie wir wissen, obwohl an seinen Inhalten vermutlich jetzt kein Weg vorbeiführen kann, die Frage bleibt aber auch heute, wer ihn finanziert, die Kredite vom Oktober 1991 betragen nur die Hälfte es notwendigen Startkapitals. Im Juli konnte Gorbatschow noch nicht einmal dies erreichen, bei seiner Rückkehr konnte er nur einen kleinen Schritt zur Realisierung der Pläne vorweisen: die Sowjetunion wurde assoziiertes Mitglied des IWF.

Daß diese Finanzierung durch den Westen illusorisch sei, behauptete der Regierungschef und spätere Putschist Pawlow schon vor dem Weltwirtschaftsgipfel. *„Man kann die heutige Situation einfach nicht mit der zu Zeiten des Marshall-Plans vergleichen. Dieser Plan hatte erstens auch militärische Aspekte und zweitens gehörten viele Unternehmen in Deutschland direkt oder indirekt ausländischen Gesellschaften, darunter auch amerikanischen... Die westlichen Länder, die Eigentum in Deutschland besaßen, halfen in hohem Maße sich selbst..."* (Zit. Pawlow, in: Neues Deutschland, 19.8. – veröffentlicht am Tag des Putsches! Ironie für Gorbatschow-Freund Gysi). Pawlow plante ohne westliche Kredite, da er allerdings den Rüstungsetat nicht in Frage stellte, bleibt unerfindlich, wie er die Wirtschaft wieder auf die Beine gestellt hätte.

Bereits am 23.Juli – also nur 6 Tage nach dem Weltwirtschaftsgipfel – war ein von den Konservativen lanciertes Papier *„Wort an das Volk"* in „Sowjetskaja Rossija" erschienen, das im Nachhinein als geistige Vorbereitung der Bevölkerung auf den Putsch verstanden werden muß. Unterschrieben hatten diesen Aufruf unter anderen zwei der späteren Putschisten: Aleksandr Tisjakow, der Präsident des Verbandes der Staatsunternehmen, der seit Dezember 1990 öffentlich ein „nationales Rettungskomittee" gefordert hatte und Wasilij Starobubzew, der als ehemaliger Vorsitzender der Bauernunion gegen die Privatisierung des Bodens ankämpfte. Der Aufruf, in dem auch schon die Leute genannt wurden, die man für fähig hielt, den Wechsel durchzuführen, enthielt u.a folgende realitätsfremde Passage: *„Hinterlistige und redselige Politiker, kluge und verschlagene Renegaten... veruntreuen die Reichtümer, nehmen dem Volk Fabriken und Boden weg, zerteilen das Land."* Hinter diesen Anklagen wird allerdings deutlich, daß sich die Putschisten allesamt als „Patrioten" des Zentralstaats Sowjetunion sahen, im Gegensatz zu den „Nationalisten" der Republiken, und daß sie die Macht der Partei erhalten wollten.

Die KPdSU war immer mehr in ihren Sog geraten. Anfang August schloß sie ihren demokratischen Flügel um Alexander Ruzkoj aus; Mitte August erklärt ihr konservativer Flügel als Ziel für den 29. Außerordentlichen Parteitag der KPdSU im November die Abwahl Gorbatschows als Generalsekretär. Die Geschichte ist mitunter schneller.

Gab es basisdemokratische Gegenbewegungen?

Gesellschaftspolitisch gesehen kann mensch unmittelbar vor dem Putsch der Ankündigung des studentischen Streikkomitees eine solche Rolle bescheinigen. Die StudentInnen beschlossen einen Warnstreik, der genau dann beginnen sollte, wenn bei den Unions-Verhandlungen über die allgemeine Wehrpflicht beraten werden sollte. Ein neuer Gesetzentwurf sah vor, zusätzlich eine halbe Million Studenten einzuziehen. Die Streikwilligen forderten den Rücktritt des Verteidigungsministers und späteren Putschisten Dmitri Jasov und die Einführung eines Zivildiensts.



Foto: epa

Die Wichtigkeit des Postministers – oder: Aktiver und passiver Widerstand während des Putsches

Zu den bekannten Demonstrationen (bei denen die russischen Nationalisten und die Alt-russische Zarenfahne dominierten, zu ihnen gehört übrigens auch der Schriftsteller Solschenizyn), zu Barrikaden („*Diese Situation führt zu den absurdesten Konstellationen. So versorgte die Moskauer Börse für Baumaterialien, ein zarter Trieb, der spärlich aufkeimenden Marktwirtschaft, die Verteidiger des russischen Parlaments mit Lebensmitteln. Unter diesen Kämpfern war ein starkes anarchistisches Kontingent, das neben der eigenen Freiheit auch gleich die der Börse verteidigte.*" Michael Wengraf: Abrechnung in Moskau, in: Salto Links, Wien Nr.18, 30.8.91) und zu den Streiks gegen die Putschisten kam vor allem der passive und aktive Widerstand einzelner in den Apparaten. Verbotene Zeitungen taten sich zusammen und erstellten Notausgaben. Der unabhängige Radiosender „Echo von Moskau", der seit 1989 täglich von 7 bis 9 Uhr sendete ab dem 19.August ununterbrochen.

„*Außerdem funktionierte noch unser Fax-Gerät, das auch auf Telefonbetrieb umgestellt werden konnte – es klingelte regelmäßig. ... Gelobt sei die Informationstechnologie. Gelobt seien die Reporter und Ansager von CNN. Alle Besitzer von Parabolantennen, die die Sendungen dieser TV-Gesellschaft empfangen konnten, hatten ein vollständiges Bild von den Ereignissen.*" (Eduard Schewardnadse, DIE ZEIT, 30.8.91)

„*Gerettet hat uns auch, daß das öffentliche Telefonnetz die ganze Zeit über funktionierte, während die Regierungsleitungen abgeschaltet waren. Hier hat Postminister Kudrjawzew uns geholfen.*" (General Konstantin Kobez, der „Verteidigungschef" des „Weissen Hauses", in: Moskau News, S.4)

All dies hätte jedoch vermutlich nicht ausgereicht, zumal auch das Gros der Bevölkerung und der von Glasnost enttäuschten Intellektuellen sich eher passiv abwartend verhielt, wären sich Armee und KGB über ein bedingungsloses Vorgehen einig gewesen. Es war die Spaltung der Armee und nicht die von einigen westlichen Politiker vorschnell ins Spiel gebrachte Unfähigkeit der Putschisten. Es schwingt schon viel an seltsamen Untertönen mit, wenn beispielsweise der ehemalige Bonner Staatssekretär für Verteidigung Lothar Rühl erklärt, wie es hätte gemacht werden müssen: „*Alle Fernmeldeanlagen hätten noch in der Nacht auf Montag besetzt und unter die ... Kontrolle von Militär und KGB gnommen werden müssen, um den Staatsstreich abzusichern und Verabredungen zwischen oppositionellen Kräften zu erschweren...*" (Die Welt, 22.8.)

Daß genau dies durchaus versucht wurde, belegen die Ereignisse. Am 20.8. hatten Fallschirmjäger in Tallinn den Fernsehturm gesprengt. Am selben Tag besetzen KGB-Fallschirmjäger-Truppen das Studio von „Echo Moskau". Nur kurze Zeit später nimmt dieses Radio allerdings seine Arbeit mittels alter Störsender wieder auf.

Die Spaltung der Armee kam aufgrund der nationalen Ausdifferenzierungen der letzten Jahre zustande. Viele Einheiten ließen sich nicht mehr einfach gegen Rußland und für die Zentrale einsetzen. Obwohl nur wenige Einheiten sich direkt dem Befehl Jelzins unterstellten und obwohl wir via Deutschem Fernsehen erleben konnten, daß sich die Militärs im Osten Deutschlands völlig bedeckt hielten, hatte dies eine große Bedeutung. Kobez erklärt das so: „*Unter den Militärs haben uns viele unterstützt. Vielfach haben wir deshalb gesiegt, weil die befehle der Putschisten und ihrer handlanger mit einer viertelstündigen Verspätung befolgt wurden. Die Offiziere kamen nicht umhin, sie auszuführen, aber sie verzögerten ihre Ausführung, wo sie konnten. Auf diese Weise ermöglichten sie es, daß wir uns orientieren konnten.*" (Moskau News, S.4)

Bleibt die Frage nach dem KGB.

Die Antwort fällt anscheinend leicht. Einer der Drahtzieher des Putsches war der KGB-Vorsitzende Wladimir Krjutschkow. Der Chef der KGB-Wachmannschaften Plechanow stellte Gorbatschow auf der Krim das Ultimatum zurückzutreten. KGB-Einheiten führten die Mehrzahl der bekanntgewordenen militärischen Aktionen durch. Bei der Einheit, die das Weisse Haus stürmen sollte, handelte es sich um die 103. Luftlandedivision des KBG. Eine weitere KGB-Einheit, die sogenannte „Gruppe Alfa", die im Januar in Wilna verantwortlich war, stand ebenfalls in Moskau bereit. Der KGB kappte das Regierungstelefon Gorbatschows und stellte Verhaftungslisten zusammen, auf denen angeblich 7000 Namen verzeichnet waren. Erste Verhaftungen von oppositionellen Volksdeputierten setzten ein.

Aber der KGB setzte nicht all seine Möglichkeiten ein: „*Am ersten Tag des Umsturzes war in der UdSSR der Notstand erklärt worden, aber die Grenzen, die bekanntlich von den dem KGB unterstellten Grenztruppen kontrolliert werden, wurden nicht geschlossen, die Flughäfen setzten ihren Betrieb fort, es landeten und starteten Flugzeuge in alle Länder. ... Von der Lubjanka, dem Sitz des KGB, sickerten ständig äußerst wichtige Informationen durch, unter anderem auch ins Weiße Haus. ... Es waren u.a. KGB-Leute, die rechtzeitig die geplante Verhaftung Jelzins mitgeteilt hatten. Von ihnen kam auch die Information über die Existenz der genannten Listen.*" Unbeantwortet blieb bislang auch die Frage: „*Was hinderte „Alfa" und die Sondereinheiten des KGB daran, das Weisse Haus einzunehmen und Jelzin zu isolieren? Wenn man über so ausgerüstete und ausgebildete Einheiten verfügt, braucht man für die Erfüllung dieser „Arbeit" nicht unbedingt Panzer.*" (Jewgenija Albaz und Natalja Geworkjan, „Auf wessen Seite stand der KGB?", in: Moskau News, S.3)

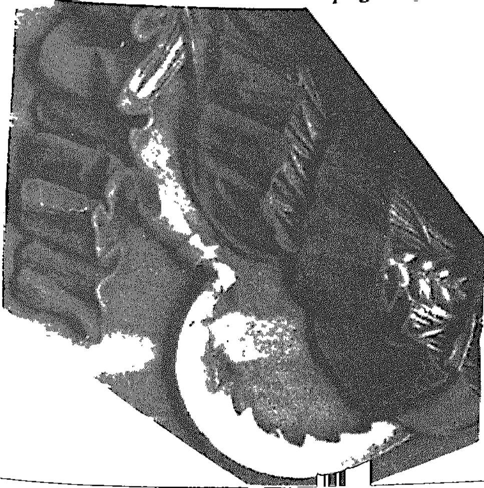
Vorläufiges Fazit?

Das Zusammenspiel von „Demokraten" (im weitesten Sinn) und „Nationalisten" hat den Putsch und das staatskommunistische System besiegt und die Voraussetzung dafür geschaffen, daß auch der militärisch-industrielle Komplex abgebaut werden kann, der die Wirtschaft ruinierte. Wer von beiden Gruppen sich in der zukünftigen Wirtschaftsunion selbständiger Republiken durchsetzen kann, steht wohl nicht endgültig fest. Daß der Nationalismus jedoch besser organisiert ist, als beispielsweise eine Sozialdemokratie, ist bereits eine Tatsache und läßt für die Mehrheitsverhältnisse nach freien Wahlen nicht viel Gutes erwarten. Die KPdSU ist genauso verboten wie „Prawda", „Glasnost" oder „Sowjetskaja Rossija". Bezeichnend für den Zustand dieser Institutionen- und Ämterpartei ist, daß sich diese 16 Millionen-Partei von einem



Tag auf den anderen verbieten ließ. Mit ihrem Schweigen zum Putsch hat sie die Chance verspielt, daß sich aus ihr heraus, eine politische Kraft entwickeln konnte, die bei Wahlen wenigstens als Opposition bestehen könnte. Etwas vorsichtiger gehen die neuen Machthaber mit dem KGB um. Hier soll es wohlweislich keine Massenverhaftungen und auch keine Massenentlassungen geben, die zu Verzweiflungsaktionen führen könnten. Allerdings unterstehen nicht mehr alle Einheiten dem Innenministerium sondern direkt dem Präsidenten, darunter die Einheit „Alfa"! Der KGB als solcher wird abgeschafft, die in den Putsch verstrickten Funktionäre entlassen. Der neue "Sicherheitsdienst" unter Wadim Bakatin soll weniger Befugnisse haben, ob es allerdings mehr bedeutet, als die bisherigen "Umstrukturierungen" (von der Tscheka zur GPU zum KGB) wird sich erst herausstellen müssen. Die Sowjetunion wird vermutlich bestenfalls eine "Klammer"-Rolle für de Republiken übernehmen können, ähnlich der EG heute. Daß mit dem Scheitern des Putsches die Demokratisierung (für kurze Zeit?) leichter aber nicht leicht geworden ist, und daß ihr gleichzeitig nach wie vor eine wirkliche Basis fehlt, die z.B. auch den Zugang zu notwendigen Informationen hat, wird deutlich, wenn sich bereits wieder Stimmen melden, die *„die Abrüstung als verhängnisvoll für unsere Wirtschaft"* bezeichnen. Die sowjetische Armeezeitung Krasnakja Swesda schreibt: *„Im Unterschied zu den USA, wo ... eine breite Diskussion darüber geführt wird, wohin die Abrüstungsinitiative Bushs in der Wirtschaft führen werde, herrschen bei uns die Emotionen. Es geht darum, daß weder die Öffentlichkeit noch die Gesetzgeber wissen, was die Herstellung dieser oder jener Waffe kostet. Unbekannt ist ihnen auch, was deren Liquidierung oder Einlagerung kostet. ...Gerade (deshalb können) jene, die erklären: Die Abrüstung ist verhängnisvoll für unsere Wirtschaft an die Gefühle (der Bevölkerung) appellieren.*

Es werden wacklige Jahre bis 1997 bleiben, sofern die Stabilisierung der Wirtschaft bis dahin überhaupt gelingt.



Zur Situation der anarchistischen Bewegung in der UdSSR

Nachdem gelegentlich schon durchdrang, daß die russische anarchosyndikalistische Organisation KAS und auch manch andere anarchosyndikalistische Gruppen im Osten für die freie Marktwirtschaft eintreten, haben wir uns für die Beweggründe interessiert. Gerade weil diese Haltung hierzulande bei vielen Unbehagen ausgelöst hat, ist es wichtig zu erfahren, in welchen theoretischen Kontext diese Entscheidung eingebettet ist. Interessant ist zudem, daß sich dieser Kurs auch in Moskau nicht ohne Widerstände durchgesetzt hat. Nachfolgenden Überblick entnehmen wir (leicht gekürzt) der anarchosyndikalistischen Zeitschrift Direct Action, die auch das Interview mit einem Kritiker der KAS geführt hat.

Anarchisten sind nach Ansicht des (ehemaligen!) Präsidenten des Obersten Sowjets Anatoli Lukjanov eine der wenigen ernstzunehmenden politischen Kräfte in der UdSSR. Dies war sicherlich nicht als Kompliment für die verschiedenen anarchistischen Gruppen, Assoziationen und Organisationen gedacht, sondern als Warnung und als Aufforderung an die Parteibürokraten und Politiker eine anti-libertäre Offensive zu starten. (...)

Die kurze Geschichte des heutigen Anarchismus in der UdSSR ist mit Glasnost, Perestroika und Gorbatschows Aufstieg verknüpft, ähnlich wie die aller politischer und sozialer Kultur, die sich in den letzten Jahren außerhalb von Partei- und Staatskontrolle entwickelt hat. Dies soll natürlich keine Rechtfertigung für „Gorbi", den Liebling des Westens, und seinen Mangel an demokratischer Überzeugung bedeuten. Aber bis zum Tod von Tschernischenko wurde jede Opposition brutal unterdrückt.

Folgen wir Michail Tromvas (Sekretär der KAS, Konföderation der Anarchosyndikalisten) fanden sich die Wurzeln des heutigen sowjetischen Anarchismus im Komsomol, der Jugendorganisation der KPdSU, die heute jeden Einfluß verloren hat. In den frühen 80er Jahren entstanden überall im Land sozialistische Gruppen und Diskussionszirkel. Viele verstanden sich als marxistisch. 1985/86 begannen einige am Lehrerkolleg von Moskau die Beziehung von Marx und Bakunin zu untersuchen und entwickelten bald anarchistische Neigungen. Andrei Isaev, Alexander Shubin und andere gründeten 1987 den Club Obshina *(vgl. SF-33, , 4/89, Interview mit Andrei Isaev (KAS)* [Eine Obshina war eine besondere Form der russischen Dorfgemeinschaft, mit kollektiver Produktion und ohne Privateigentum, die bis 1917 existierte, als sie von den Bolschewiki zerstört wurde.] (...)

Im September 1987 wurde die erste Ausgabe des Magazins „Obshina" veröffentlicht, nach fast 70 Jahren gab es damit wieder eine anarchistische Zeitschrift in der UdSSR.

Zusammen mit ähnlichen Diskussionszirkeln, mit marxistischen und sozialdemokratischen Gruppen bildeten die Anarchisten und undogmatische Sozialisten die Allianz der Sozialistischen Föderationen (ASF) und die Föderation der Sozialistischen Gesellschaftlichen Clubs (FSOK). Aus letzterer wurde im Januar 1989 die erste spezifische anarchistische Organisation gebildet, die KAS, Konföderation der Anarchosyndikalisten, die heute die größte und wichtigste anarchistische Organisation in Rußland ist.

Die KAS sah sich selbst als *„eine unabhängige politische Organisation ohne Parteicharakter, die sich für staatenlosen Sozialismus auf der Basis von Kollektiveigentum und Angestellteneigentum am Arbeitsplatz und von industrieller und regionaler Selbstverwaltung, Föderalismus und Demilitarisierung der Gesellschaft"* einsetzte. Die KAS vereinigte ein breites Spektrum libertärer Tendenzen: Anarchosyndikalisten, Anarchokommunisten, Individualisten, Pazifisten, sozialistische Föderalisten usw. In der KAS gibt es die Einzel- und die Gruppenmitgliedschaft; die Organisationsstruktur ist grundsätzlich locker; es gibt keine verbindlichen Statuten, keine formalen Mitgliedsausweise und keine festgelegten Verpflichtungen für die Mitglieder. Auf diese Weise hofft die KAS, Karteileichen genauso zu vermeiden, wie die Herausbildung autoritärer Tendenzen. Diese lose Struktur hat jedoch auch ihre Schattenseiten, die es verdienen kurz erwähnt zu werden: (...) (Auf dem 3.Kongreß der KAS) im März 1990 kam es zum Rückzug einer großen Minorität aus der KAS, darunter die Leningrader ASSA und eine Anzahl anarchokommunistischer und individualistischer Genossen. Der Stein des Anstosses war die positive Einstellung der KAS-Mehrheit zur freien Marktwirtschaft; daneben gab es zudem heiße Debatten über Fragen der direkten Aktion, der Gewalt – als Methode im politischen Kampf und der Zusammenarbeit mit den Grünen und den Linken der Sozialdemokratie. Auch die Beteiligung diverser Moskauer KAS-Mitglieder an den Stadtratswahlen war umstritten, obwohl es



Anarchistische Maidemonstration 1990 Photos: Vlad Tupikin

diesbezüglich zu einem einstimmigen Beschluß kam, daß solche Beteiligungen in Zukunft abgelehnt werden (...)

Die häufigsten Auseinandersetzungen und die hitzigsten Debatten werden derzeit über die Stellung zur Ökonomie geführt und das wird vermutlich auch in der nächsten Zukunft so bleiben. In Anbetracht des katastrophalen Zustands der Ökonomie ist dies auch mehr als logisch. Jede politische Organisation, die an die Öffentlichkeit geht, wird als erstes nach ihrem ökonomischen Programm befragt. In diesem Kontext treten politische Utopien, selbst in ihrem Diskussionsstatus zurück. Die meisten Organisationen sind sich in ihrer Ablehnung des Totalitarismus der kommunistischen Partei einig. Die wichtigste Aufgabe ist es nun, aus den ökonomischen Schwierigkeiten herauszukommen. Obwohl es wahr ist, daß mehr und mehr Stimmen in der Bevölkerung nach „einem starken Mann", nach einem „Retter" verlangen, drückt dies weniger den Wunsch nach einer neuen Diktatur aus, sondern ist der Ausdruck der Machtlosigkeit angesichts des ökonomischen Chaos, der Mafia, der Korruption und der Bürokratie. Die ökonomische Plattform der KAS entspricht, wenngleich kritisiert, der Position der KAS-Mehrheit, die ein System eines staatenlosen Marktsozialismus, gemischt mit Formen von Eigentum vorsieht. Diese Haltung geht von der Annahme aus, daß der Markt die einzig mögliche Form der ökonomischen Zirkulation ist, in der die Ökonomie keine Macht über die Menschen gewinnt. Eine ökonomische Planwirtschaft wird als gegen die Menschen gerichtet eingestuft und ihr wird, außer daß sie Bürokratie schafft, nichts zugetraut. Gleichzeitig lehnt die KAS Staat und Privateigentum ab. Das Privateigentum widerspricht sogar den Prinzipien der Marktwirtschaft, meint Alexander Shubin, weil es in sich eine starke Tendenz zur Monopolisierung beinhaltet, die marktwirtschaftlichen Beziehungen zerstört. Die KAS tritt für Kollektiv- und Kommuneeigentum ein, eingebettet in ein System lokaler Selbstverwaltung. Eigentum an einem Geschäft sollten allein die Beschäftigten besitzen. In solch einem System würden die Waren nach dem Wettbewerbsprinzip zirkulieren, das für jede funktionierende Ökonomie unabdingbar sei. Autonome und selbstverwaltete Gemeinden und Städte würden die Wohlfahrts-Institutionen betreiben (z.B. Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten etc.) und wären für die sozial Schwachen verantwortlich, – die Alten, Kranken und Kinder.

(Diese Grundzüge sollen beim nächsten Kongreß der KAS im Detail ausgeführt werden. Kontakt für die KAS: *Michail Tsomva, Volzhsky Boulevard 211 26, 109462 Moskau, Tel. 179-1395)*

Interview mit Vadim Damier

Mitglied der Initiative Revolutionärer Anarchisten (IREAN)

(Vadim bezeichnet sich als Anarchosyndikalist in der Tradition von Kropotkin, Malatesta, Rocker und der IAA. Er ist aus der KAS ausgetreten, aufgrund der Auseinandersetzungen über die KAS-Position für die freie Marktwirtschaft und wegen der autokratischen Führungsallüren in der KAS. Vadim ist Mitbegründer von IREAN, einer kleinen Moskauer Gruppe. Das Interview mit Vadim entstand in London.)

Frage: Erzähl uns etwas über Dich und Dein politisches Engagement.

Vadim: 1987 habe ich mich an der ersten großen Oppositionskonferenz und ihrer „Organisation" beteiligt. Diese „Organisation" war in Wirklichkeit ein informelles Netzwerk, das alle Arten von politischen Gruppen außer den faschistischen umfaßte. Es brachte auch alle Gruppen – einschließlich den Sozialistischen Clubs – einen Aufschwung. Ich selbst war aber nie Mitglied eines Sozialistischen Clubs, weil sie mir alle zu rechts orientiert waren.

1988 beteiligte ich mich an der Gründung der Moskauer ökologischen Föderation und anderen Versuchen, in der ganzen UdSSR eine grüne Bewegung ins Leben zu rufen. Dabei gab und gibt es eine Anzahl von Problemen, da die grüne Bewegung ein Konglomerat verschiedener politischer Ansichten ist, die auch reformistische Ideen einschließen. Demzufolge hat sich die grüne Bewegung inzwischen auch gespalten.

In der grünen Bewegung lernte ich Alexander Shubin kennen. Obgleich Shubin und ich in der Folgezeit in den-

selben Organisationen arbeiteten und Freunde und Genossen wurden, haben sich unsere Ansichten diametral auseinanderentwickelt. Heute vertreten wir völlig verschiedene Positionen. Auf einen kurzen Nenner gebracht, trete ich für die Direkte Aktion und gegen die freie Marktwirtschaft ein, während Shubin gegen die Direkte Aktion und für die freie Marktwirtschaft ist. Obgleich ich mich selbst noch immer als der grünen Bewegung zugehörig definiere, habe ich die Moskauer Gruppe, in der Shubins Ansicht gilt, verlassen.

1989 gehörte ich zusammen mit Shubin und anderen zu den Begründern der KAS. Obwohl ich nie völlig mit der KAS einverstanden war, glaubte ich, daß sie auf dem richtigen Weg ist und daß es sich lohnt, innerhalb der Organisation um Positionen zu kämpfen. Inzwischen hat aber die rechtslastige Moskauer Führungsschicht der KAS den Rückhalt der ganzen Organisation und hat sich weit auf die freie Marktwirtschaft und andere kapitalistische Ideen zubewegt. Ich verließ die KAS Mitte letzten Jahres als eine Anzahl von Genossen in Moskau ausgeschlossen wurden. Mein Zerwürfnis beschränkt sich aber auf die Führungsgruppe und die Moskauer Ortsgruppe der KAS, mit vielen anderen Individuen und mit anderen KAS-Orts- und Regionalgruppen arbeite ich weiter zusammen.

Frage: Um was ging es genau bei Eurem Zerwürfnis?

Vadim: Nun, am offiziellen Programm der KAS gibt's nicht viel auszusetzen. Es hält fest, daß die KAS einen „Sozialismus ohne Staat" als Basis einer zukünftigen libertären Gesellschaft anstrebt.

Aber es gibt keine offene Diskussion darüber, was damit gemeint ist. Shubin und andere innerhalb der Führung haben – hinter verschlossenen Türen – darüber diskutiert, was *sie* meinen und wie *sie* es erreichen können. Obgleich es so aussieht, daß sie zu einem allgemein akzeptierten Ergebnis gekommen sind, ist dies nirgends schriftlich niedergelegt und wird in weiten Kreisen der KAS nicht geteilt.

Die Position dieser Führung sagt, daß es gegenwärtig in der UdSSR keine weit genug entwickelte Technologie gibt, die einen libertären Kommunismus möglich machen würde. Deshalb soll ein freier Markt, zusammen mit einem eingeschränkten Kapitalismus, für ein Übergangsprogramm zu einer libertären Gesellschaftsordnung sorgen. Diese Übergangsgesellschaft sollte sich auf selbstverwaltete, Arbeiter-kontrollierte Fabriken und Unternehmen stützen, die (besonders in ökologischen Fragen) noch von den Menschen der jeweiligen Gemeinde kontrolliert werden. Diese Unternehmen würden auf einer profitorientierten Wettbewerbsbasis arbeiten... Alle Beziehungen zwischen diesen Unternehmen würden vom freien Markt geprägt. Die Ideengeber erkennen, daß dies zu einer Ausweitung der Ungerechtigkeiten führen wird und wollen dies kompensieren (aber ohne staatliche Mittel). Das wäre der Kern ihrer Zukunftsperspektive und damit bin ich nicht einverstanden.

Bevor ich die KAS verließ, diskutierte ich mit Shubin und anderen diese Punkte. Ich legte einen Gegenvorschlag vor, der als Alternative zur zentralen Planwirtschaft und zur freien Marktwirtschaft gedacht war – eine anarchistische Theorie der Planwirtschaft von unten. Ich entwarf die Vorstellung einer Föderation freier Gemeinden, die Selbstverwaltung der Produktion verbunden mit Konsumgenossenschaften und mit ökologischen und anderen spezifischen Gruppen. Dieser auf der Grundlage der Solidarität entstehende Föderalismus sollte entscheiden, wo, was, wann und wie produziert wird. Über eine solche Koordinationsarbeit kann eine libertär-kommunistische Gesellschaft aufgebaut werden. Shubin empfand diese Vorschläge zu strukturiert, zu diktatorisch und zu unflexibel. Seiner Meinung nach erlaubt nur die freie Marktwirtschaft die Entwicklung der Gesellschaft.

Ein anderes Probelm mit der KAS-Führungsgruppe ist, daß sie nicht (mehr) handeln. Sie glauben, daß die Zeit für direkte Aktionen vorbei ist und raten sogar von Aktivitäten ab.

Diese handfesten Meinungsverschiedenheiten, gekoppelt mit den Ausschlüssen aus der KAS brachten mich und andere dazu, IREAN zu gründen. Dieselben Meinungsverschiedenheiten führten auch zur Spaltung der grünen Bewegung.

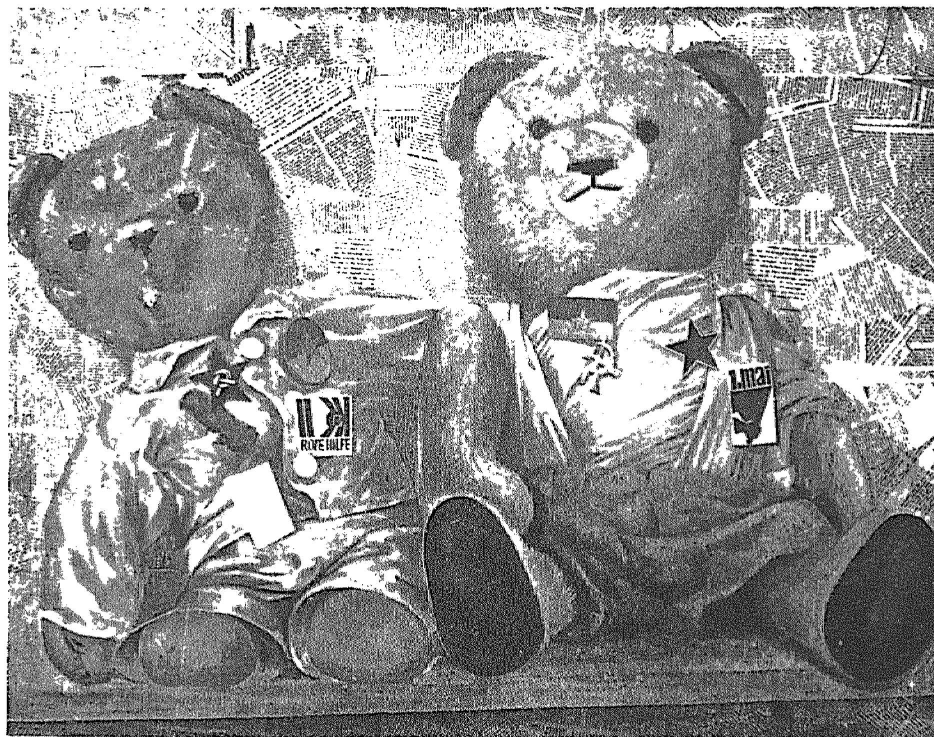
Frage: Erzähl uns etwas über IREAN

Vadim: IREAN versteht sich als Organisation für Direkte Aktion. Momentan sind wir sehr wenige. Die Gründungserklärung wurde am 5.3.91 in unserer Zeitschrift „Schwarzer Stern" veröffentlicht... IREAN existiert momentan nur in Moskau, obwohl wir nach Verbindungen in anderen Staaten suchen und im Gespräch mit Gruppen stehen. Es gibt viele Gruppen, die sich auf den Anarchokommunismus beziehen, aber viele haben auch anarchobolschewistische Züge. Die meisten dieser Gruppen bestehen aus wirklich revolutionär denkenden Menschen, aber ihre Ideen sind häufig noch wirr und schlecht durchdacht. Ich hoffe, daß unsere Diskussionen fruchtbar sind.

Wir arbeiten mit vielen Gruppen zusammen. Es gibt viele nicht-ideologisch festgelegte anarchistische Gruppen und Individuen, die gute Aktivitäten entfalten (Demos, Blockaden, Anti-Atom-Aktionen etc.), aber theoretisch oft wenig geklärt haben. Dann gibt es die *Assoziation der anarchistischen Gruppen*, die ebenfalls nicht-ideologisch festgelegt ist und kein einheitliches Programm vertritt. Es ist eher ein Netzwerk. Tatsächlich finden sich darunter auch Anarcho-Kapitalisten. In der grünen Bewegung gibt es viele Öko-Anarchisten, die direkte Aktionen ausführen. Wir haben auch Basiskontakte zu verschiedenen lokalen und regionalen Gruppen der KAS. In Moskau existiert auch noch die *anarchistische Jugendfront* – wieder nicht-ideologisch festgelegt – die vor allem Aktionen gegen die Wehrpflicht unternimmt und eine Föderation anarchistischer Jugendgruppen anstrebt.

Übersetzt aus Direct Action
von Wolfgang Haug





Graphik: Sigurd Wendland

Über das Ende einer schon lange gestorbenen Revolution

Daß es – trotz China, Kuba, Vietnam und Nordkorea – mit dem alten Staatssozialismus zu Ende ist, ist nach dem massenhaft verhinderten Putsch in der (ehemaligen) Sowjetunion deutlicher denn je. Wir nehmen es einerseits mit Genugtuung zur Kenntnis, können Kritik und Analysen von anarchistischer Seite bestätigt finden und wollen diese Periode „revolutionärer Geschichte" doch nicht ohne einen Nachruf auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Die russische Revolution war immerhin ein Ereignis, das ganze Generationen von fortschrittlich Denkenden, von Linken aller Schattierungen positiv und negativ prägte. Zudem zeigt uns die Verunsicherung vieler Linker in der heutigen Bundesrepublik wie sehr der Mythos der Revolution nachgewirkt hat. Für AnarchistInnen ist diese Sprachlosigkeit, diese Angst davor, die Rechten könnten recht gehabt haben, nahezu unverständlich und nur damit erklärbar, daß diese Linke sich jahrzehntelang geweigert hat, anarchistische Positionen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. In diesem Sinn ist die Sprachlosigkeit und Verunsicherung auch ein Reflex auf den Abstand (vergangener Tage ?) zwischen einer marxistisch geprägten Mehrheit und einer anarchistisch denkenden Minderheit unter hiesigen Linksradikalen.

Aus der Vielzahl von möglichen Beiträgen von Zeitgenossen der russischen Revolution, haben wir den des Schweizer Arztes *Fritz Brupbacher* ausgesucht, der uns – als Autor von „Marx und Bakunin", als zeitweiliges Mitglied der Schweizer KP, als Freund von Pfemferts AKTION, als Sympathisant des Rätekommunismus und der spanischen Anarchisten – besonders geeignet scheint, das Dilemma damaliger Linksradikaler zwischen „kritischem Abstand/Mißtrauen" und „Beteiligtsein/Unterstützungspflicht" noch einmal ins Bewußtsein zu bringen und der dennoch das Ende der russischen Revolution recht präzise bestimmen konnte. Fritz Brupbacher geht in seinen Analysen 1946, erschienen in dem Kramer-Buch *„Hingabe an die Wahrheit"*, weniger auf „objektive Sachzwänge" oder die zunehmende Bedeutung des industriell-militärischen Komplexes in der UdSSR ein, dafür gelingt ihm ausnehmend gut, die psychologischen Ursachen für den Niedergang der Revolution mit dem Aufstieg zur Macht zu erklären.*wh*



Die Russische Revolution zu Lenins Zeiten

von Fritz Brupbacher

Als 1917 die Oktoberrevolution in Rußland sich vollzog, freuten wir uns unendlich, glaubten zwar nicht, daß alle Blütenträume reifen werden, erwarteten aber, daß die ökonomische Grundlage geschaffen werde, auf der dann ein Sozialismus aufgebaut werde, der im Laufe der Zeit zur Möglichkeit der Entwicklung aller einzelnen Individuen führen wird.

Da wir die siegende Führung, die Bolschewiki, kannten, als brutale Jakobiner und Autoritäre, hatten wir von Anfang an die Furcht im Herzen, daß *eine* Despotie durch die andere abgelöst werde.

Da aber während der ersten drei Jahre die Bolschewiki ständig gegen die Weißen und ihre Alliierten, die Deutschen, Engländer, Franzosen und Japaner, zu kämpfen hatten, stellten wir unsere Einwände ganz in den Hintergrund. Uns schien vor allem ihr Sieg über die Weißen wichtig.

Noch als ich 1921/22 drei Monate lang in der Sowjetunion war, konnte in mir selbst die volle Kritik gegen die Bolschewiki nicht aufkommen. Ich sympathisierte wohl mit der *Arbeiteropposition* der Chliapnikow und Kollontay, trat auch für sie ein, wandte mich bei meiner Rückkehr an die Zentrale der schweizenschen KP, damit sie dafür eintrete, daß dieser Arbeiteroppositiion alle Bewegungsfreiheit gegeben werde - aber da ich sah, wie unendlich schwer der Kampf war, den die kleine Gruppe der Bolschewiki gegen die ganze Welt führte, war meine Kritik gedämpft.

Ich hatte damals den Eindruck, daß der Kern der Partei wunderbar sei, daß ihr Despotismus zum Teil begründet sei darin, daß die Masse indolent war - nur eines fürchtete ich sehr. Ich traf überall in den subalternen bürokratischen Stellen ein Publikum, das der Zeit gar nicht würdig war. Auf Schritt und Tritt begegnete man allem, was dem Teufel vom Karren gefallen war. Großtuer, Streber, Unfähige, Schwätzer, die schon in dieser Zeit eine ungeheure Macht hatten. Jeder dieser Parasiten hatte seinen Revolver oder seine Pistole und ein Papier in der Tasche, das ihm alle Rechte über Leben und Tod der gewöhnlichen Bürger zusprach. Ich selber besaß auch so etwas Ähnliches, und auf der Reise in die Hungergegenden manipulierte der Leiter unserer Expedition ständig mit dem Revolver, drohte mit ihm, sobald irgendeinem Befehl nicht sofort Folge geleistet wurde.

Und bevor wir verreisten, schimpfte uns, die wir ohne Revolver waren, ein höherer Bolschewik aus, und als er uns triumphierend seine vielen Schießinstrumente vorzeigte, merkte man, daß bei ihm die Freude an der Gewalt größer war, als es verstandesmäßig nötig gewesen wäre. All die aus Freude am Herrschen herbeigelaufenen zeigten damals schon den Anfang des Cäsarenwahnsinns. Man schluckte diese Erscheinungen - aber recht ungern.

Ich bin damals aus Rußland abgereist, weil ich mit diesen Leuten nicht zusammenarbeiten konnte. Ich formulierte: Ein Kern von prächtigen Revolutionären opfert sich auf für eine Idee, und eine Unmenge von recht unsympathischen Leuten entwickelt sich zu Profiteuren der Revolution.

Ich kam zum Schluß, daß möglichst schnell die dem Teufel vom Karren gefallenen Politikanten entfernt und ersetzt werden müßten durch die Menschen der aufbauenden Arbeit. Ich sprach offen aus, daß es jetzt nötig sei, nicht eine dritte Revolution zu machen bei der doch wieder neue destruktive Autoritäre aufkämen, sondern daß man mehr die Initiative zur Arbeit und zum Aufbau anzuregen habe und daß allmählich eine andere, aufbauende Menschenschicht leitende Minorität der Sowjetunion werden müsse.

Das war anfangs 1922. Es schien, daß sogar der Jakobiner Lenin zugunsten der Initiative der Peripherie einlenken wolle.

Anfänge der Verwirklichung der Philosophie in der Sowjetunion

In dieser Phase der Revolution war eine der schönsten Erscheinungen die Zerstörung des ganzen alten ideologischen Gerümpels, der Wille, den alten Bürger-Spießermenschen zu Grabe zu legen und für die Realisierung eines neuen Menschen zu kämpfen. Man stürzte die alten Strafgesetze um, baute neue, in denen die Abschaffung der Bestrafung der Homosexualität der Abtreibung, des Konkubinats, der Sodomie, der Blutschande usw. proklamiert wurde, als Ausdruck davon, daß künftig alle Vorurteile beseitigt und nur noch bestraft werden sollte, wer einen andern schädigt. Die Ehescheidung wurde frei. Es genügte künftig, daß einer der beiden Partner sich scheiden lassen wollte. Er konnte einfach die Scheidung anmelden, und damit war sie auch vollzogen. Hatte eine Frau mit mehreren Männern verkehrt und bekam ein Kind, mußten alle, die in der kritischen Zeit mit ihr verkehrt hatten, Alimente zahlen.

Die Frau erhielt die gleichen Rechte in politischer und ökonomischer Beziehung wie der Mann. Jede Frau hatte das Recht, sich eine unerwünschte Schwangerschaft unentgeltlich in einer staatlichen Klinik beseitigen zu lassen. Niemals wurde eine Frau, die eine Schwangerschaftsunterbrechung an sich machen ließ oder machte, bestraft. Ein intensiver Kampf wurde geführt gegen alle religiösen Vorurteile. Auf dem Gebiet der Schule und der Kunst wurde allen modernsten Experimenten die Möglichkeit des Versuchs offen gelassen. Es mischten sich in die ökonomisch-politische Revolution all die großen Ideen, die alle Klassen, wenn sie in Gärung geraten, immer und immer wieder vertreten. Man hatte das Gefühl, da werde nicht nur dafür gestritten, daß eine neue Klasse oder Schicht ans Ruder komme, sondern daß man gleichzeitig auch kämpfe für die Emanzipation des Menschengeschlechts, und wenn man auch vorläufig notgedrungen untolerant und gewalttätig verfahre, so tue man es wider Willen und nur, weil man denke, auf diese Weise am besten seinen hohen menschlichen Idealen Genüge zu tun. Jeder von uns dachte, wenn einmal die größte Not vorbei sei, werde man mit Behagen alle Despotie und alle Diktatur liquidieren und dem freien Menschen, der in freier Solidarität lebt, werde Platz gemacht werden.

Gewiß waren die Bolschewiki immer autoritär. Aber noch im Jahre 1922 gab es doch so viel Gedankenfreiheit, daß ein legaler anarchistisch-syndikalistischer Verlag existierte, in dem die Werke von Bakunin, Malatesta, Kropotkin, Nettlau, James Guillaume, Emma Goldmann, Elise Reclus, Landauer, Fabri und von andern offen erscheinen konnten.

Überhaupt war in dieser Zeit noch alles in der lebendigen Entwicklung begriffen.

Etwas Unspießerisches, Originelles war neben dem politisch Revolutionären und Autoritären in der Revolution vorhanden.

Es war auch die Zeit, wo wir mit großer Freude alle aus dem Russischen übersetzte Belletristik verschlangen, in der

man von dem neuen Menschen sprach und auch von dem neuen revolutionierten Privatleben. Es war die Zeit, in der sich auch in den außerrussischen kommunistischen Parteien ein frisches Leben kundtat und hie und da jemandem etwas in den Sinn kam, ja sogar offiziell gedruckt wurde, was noch originell war und ins Gebiet gedanklicher Neuproduktion gehörte.

Abkehr

Die Abkehr von dieser Phase beginnt mit dem, was man Bolschewisierung der Komintern nannte, und was in Europa mit dem Namen von *Sinowjew* verknüpft ist.

Es wurde auf einmal die Disziplin als das Allerhöchste betrachtet und durfte nichts mehr gedacht werden, was nicht das oberste Politbüro vorgedacht hatte. Die Diktatur von Moskau wurde in der Zeit absolut. Es mußte in Moskau etwas vor sich gehen, was wir nicht durchschauten, was sich aber im Ausland bemerkbar machte als absolute Diktatur der Kominternleitung über die ausländischen Sektionen. Als Außenstehende konnten wir die ganze interne Entwicklung in Rußland um so weniger verstehen, als die Elemente in Rußland, die der innerpolitischen Entwicklung sich entgegenstemmten, im Ausland gar nicht zu Worte kamen.

Wir wußten die längste Zeit nicht, was der Konflikt Trotzki-Stalin bedeutete. Ich zum Beispiel war etwas verwirrt, wagte aber nicht öffentlich entscheidend Stellung zu nehmen, wenn ich auch innerhalb der Partei gegen die antitrotzkistischen Resolutionen stimmte. Ich schrieb aber etwas ironisch in einem Artikel in der Berliner *Aktion*, daß Trotzki mir nicht recht zu haben scheine, da er zu sehr Kulturmensch sei. Ohne mir recht bewußt zu sein, hatte ich den Zentralpunkt getroffen, wie wir später sahen. Es waren allerlei kleine Tatsachen,die man in der russischen Belletristik herauslas, oder auch in den Tageszeitungen, die einen eine gewisse Änderung ahnen ließen im Geist der russischen Bewegung. Es waren Kleinigkeiten, über die man hinwegsehen konnte, die einen aber merken ließen, daß irgend etwas Philiströses, Spießerhaftes, das in den ersten Zeiten nicht da war, auftauchte. Die westlichen Proleten, auch wenn sie das gleiche bemerkt hätten, hätten sich in ihrem Durchschnitt – und in der Politik herrscht immer der Durchschnitt – nicht daran gestoßen, sind sie doch selber Spießbürger. Übrigens erkannten wir die Veränderung in Rußland am besten an den dort ausgebildeten Propagandisten.

Da Moskau fand, im Westen gebe es keine richtige führende Schicht, holten sie aus jedem Land junge Arbeiter nach Moskau und schickten sie uns nach einiger Zeit umgemodelt wieder heim. Sie brachten uns den Geist des neuen Moskau mit. Ein Geist, der diesen jungen Proleten übrigens sehr zusagte, da er ihr eigener Geist war, der Geist dessen, der hinauf will, der herrschen will, der alles heruntersetzen will, was nicht er ist und nicht er besitzt. Den Geist des Arrivisten a tout prix erhielten wir von Moskau in Form der Leninschüler und EKI-Vertreter zugeschickt. Die Knaben wußten ihre Ellenbogen zu gebrauchen, ganz gleich, wie die junge Generation in Moskau selber. Wie alle uns berichteten, die Rußland in den Jahren nach 1923 gründlich angeschaut haben, verstand es die Jugend sehr gut, durch gegenseitige Hilfe hochzukommen. Vielleicht nie war die Streberkameradschaft so wunderbar entwickelt wie im neuen Rußland und in der Komintern der ganzen Welt.

Aus vielen Einzeltatsachen, die wir der russischen Presse (Zeitungen und Zeitschriften) entnahmen, schlossen wir, daß eine Art Plüschsofaproletariat, wie wir es nur zu gut aus Europa kennen, im Entstehen begriffen war. Nicht Freude an großen Ideen, sondern an schoflen Möbelstücken und Abendkleidern usw. charakterisierte dies neue Proletariat, das zudem gar keinen Sinn für Gleichheit untereinander hatte. Ungeniert offen gab es in den Speisesälen vieler Institutionen verschiedene Eßklassen, wie ein Beteiligter etwas pointiert sagte die Klasse derer, die Hühner aßen, die Klasse derer, die gesottenes Rindfleisch aßen, und derer, welche die Reste beider Klassen aßen.

Eine Unmenge kleiner Details ließ uns merken, daß da etwas entstand, was nicht im Programm unseres Sozialismus gestanden hatte.

Und wenn Bolschewiki zu uns nach Europa kamen, waren wir erstaunt über ihr Benehmen. Sie traten auf, als wären sie unsere Vorgesetzten und Kommandanten, und wenn wir Dinge sagten, die ihnen nicht gefielen, so brüllten sie uns an, wie das in kapitalistischen Ländern die Meister in den Fabriken tun und wie es die Lenin-Schüler auch taten, die man uns auf den Hals schickte. Es wuchs da etwas, was einen recht sonderbar anmutete. Eine Mischung von Plüschsofasozialisten mit cäsarenwahnsinnigen Unteroffizieren mit schlechten Emporkömmlingseigenschaften.

Schon früh merkte man, daß es da eine Schicht von Leuten gab, die kommandierten und viel Freude hatten am Kommandieren, und eine andere, die nur folgen durfte. Es fiel einem nicht in erster Linie eine starke Differenzierung in europäisch-ökonomischem Sinn auf, vielmehr eine Differenzierung in der Hierarchie des Befehlens und Gehorchens.

Es gab wohlhabendere und ganz arme Leute, doch keine ganz Reichen. Aber der, man möchte fast sagen militärische, Gradunterschied im Zivilleben war ausgesprochener als in Europa. Der Unterschied zwischen Herr und Sklave wurde groß. Die Furcht, die der zu gehorchen Habende vor dem Befehlenden hatte, war sehr groß. All das roch man so heraus. Konnte man im Westen ablesen aus der Hierarchie in der Komintern, die den Geist des neuen Rußland wiedergab.

Ob die geistige und moralische Verlumpung russisch oder nur europäisch



Graphik: Gerd Arntz

war, das konnten wir zu Beginn nicht unterscheiden, da wir doch nicht in Rußland lebten. Wir wußten nur, daß die, welche im Westen an dieser Verlumpung teilnahmen, von den Russen nicht etwa gemaßregelt, sondern protegiert wurden und avancierten.

In der Komintern galt Lug und Trug für erlaubt, nicht nur dem Klassengegner gegenüber, sondern auch gegenüber dem politischen Gegner in den eigenen Reihen, und es wurden die, welche das nicht billigten, als Kleinbürger verlacht. Man könnte es noch im Sinne von Netschajeff als revolutionär bezeichnen, wenn man im politischen Kampf alle Mittel für gestattet betrachtete. Aber man ging weiter. Jeder Streber fand, es gebe keine moralische Verpflichtung, und wenn er aufsteigen wolle, so seien Lug und Trug gerade so gestattet, wie die Wahrheit. Vielleicht sogar revolutionärer, und man entwöhnte sich der Ehrlichkeit, als wäre sie etwas Unanständiges. Über die ökonomische Lage in Rußland erfuhren wir das Widersprechendste.

Daß die Erzählungen von offiziellen Reisenden wohl stimmten, darüber waren wir nicht gerade im Zweifel. Aber wir kamen bald zum Schluß, daß es zwei Rußland gebe, wie es später, als es siebzehn Lohnklassen gab, deren siebzehn gab. Glaubwürdige Optimisten erzählten uns von dem einen Rußland, dem es ganz ordentlich ging; und Leute, die lang dort gewesen und Augen hatten, erzählten uns von einem ganz andern Rußland, das uns gerade so glaubwürdig vorkam.

Daß Glück und Unglück drüben aber nicht jedem Einzelnen im gleichen Maße zukamen, sondern «klassenmäßig», im Sinne neuer Klassen, verteilt waren, das kam uns erst ganz allmählich zu Bewußtsein. Und von dem Zeitpunkt an hatten wir das neue Rußland, den Kern des neuen Rußland erkannt Es hatte sich eine neue, glücklichere, herrschende Schicht und eine weniger glückliche und dienende Schicht herausgebildet.

Das war schon an und für sich unangenehm. Daß aber der gute alte Kern der Bolschewiki den Kampf gegen diese neue privilegierte Schicht nicht aufnahm, sondern sie noch deckte, das war das neue Unglück. Und das war für sehr viele leitende Bolschewiki der Fall.

Als ich meine Lebenserinnerungen herausgeben wollte und aus einer Anzeige derselben hervorging, daß ich diese neue Schicht und vor allem die sogenannten Apparatschiki (Funktionäre) angreifen wollte, schrieb mir ein hervorragendes Mitglied des russischen Zentralkomitees einen flehentlichen Brief, bat, es nicht zu tun, und fügte ausdrücklich hinzu: solange es eine Bourgeoisie gibt, müssen wir jeden Apparat decken. Die Leute sahen nicht ein, daß dieser bolschewistische Apparat selber wieder eine Art Bourgeoisie war, die sich von der alten nur durch größere Unfähigkeit und noch ärgeres Kommandierenwollen unterschied.

Es hatte sich aus dem Proletariat und der Bauernschaft eine Schicht gebildet, die die alten revolutionären Ideen verriet, die das vorhandene Glück monopolisierte. Eine Schicht, die ganz der Schicht entsprach, die nach 1918 in Deutschland ans Ruder kam, die Schicht, die in der deutschen Regierung Scheidemann, Ebert, Severing, Noske und Braun vertraten, die Parvenuproleten, die Verräter des Sozialismus.

Eine Erscheinung, die auch anno 1918 nicht nagelneu war, die sich entwickelt hatte als Durchschnittserscheinung in dem Teil des Proletariats, der in eine gute ökonomische Situation gekommen war.

Es war da etwas Prinzipielles. Es waren die gleichen Leute, die, als es ihnen noch schlechter gegangen, die Fahne der Idee des Sozialismus vorangetragen, die für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gestritten - oder dergleichen getan, dafür zu streiten -, vielleicht sogar geglaubt hatten, sie stritten dafür, und die sich einfach an die Stelle der Bürger setzen wollten, um dann, wie es die Bürger nach ihrem Aufstieg auch getan haben, die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in den Kot zu werfen.

So hatte sich in Rußland eine privilegierte, vom Sozialismus abtrünnige Schicht gebildet, eine Schicht von vielleicht fünf Millionen Menschen - unter ihnen lebten weitere 175 Millionen und durften kaum atmen, und nicht viel mehr denken, als das zur Zeit der Zaren gewesen.

Wohl konnte jeder in die obere Schicht aufsteigen, aber nur, wenn er vor den neuen Herren kroch und keinen andern Charakter hatte, als den eines Lumpenhundes. Diese neue Schicht ist es, die in Rußland herrscht. Den ersten Zusammenstoß zwischen den Revolutionären und den künftigen Spießbürgern kennen wir schlecht. Ich nehme an, es sei der Zusammenstoß zwischen Anarchisten und Bolschewiki gewesen. Obwohl hier noch andere Momente eine Rolle gespielt haben werden. Dieser Zusammenstoß ist für uns noch zuwenig geklärt. Den zweiten kennen wir besser: Das ist der Zusammenstoß mit der antibürokratischen Arbeiteropposition der Kollontay und Chliapnikow. Lenin und Trotzki waren sehr energisch gegen diese Opposition vorgegangen. Schon damals kämpften die Bolschewiki mit allen redlichen und unredlichen Mitteln. Und Kollontay sagte zu mir persönlich *«Wenn Sie hören, daß man von mir sagt, ich hätte silberne Löffel gestohlen, so wissen Sie, daß man mich politisch vernichten will.»*



Graphik: Gerd Arntz

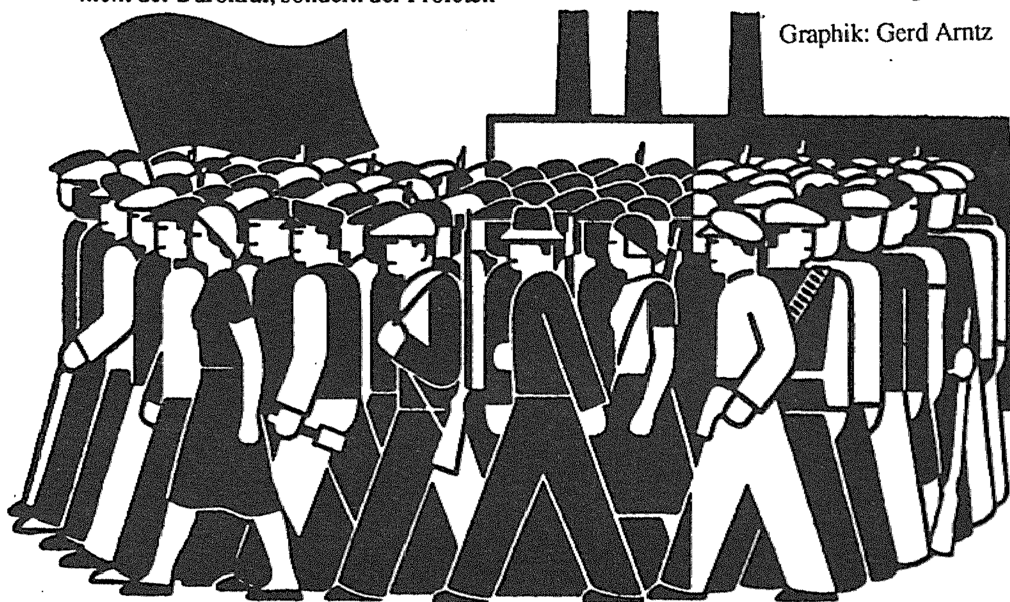
Der dritte Zusammenstoß war der mit Trotzki und seinen Anhängern in den Jahren 1924 bis 1929. Damals verstanden wir ihn nicht recht. Heute wissen wir, daß es der Kampf war der trotzkistischen Revolutionäre gegen die Parvenuproleten, die genug hatten von der Revolution und sich nur mehr kümmerten um den «Aufbau» in Rußland.

Wenn sie den Internationalismus aufgaben, so hieß das *Wir liquidieren unsere*

revolutionären Ideen. Hätten sie das offen gesagt, so hätten sie die Anhängerschaft des Weltproletariates verloren. Aber es war Ihnen aus innen- und außenpolitischen, taktischen Gründen noch daran gelegen, und deshalb verwirrten sie die ganze Frage. Die Trotzkisten aber wurden einerseits gehindert, zum Weltproletariat zu reden, waren selber in dem Irrtum befangen, daß nicht das Proletariat, sondern die Bürokratie im Begriffe war, den Sozialismus zu verraten.

Und doch war eben das erstere der Fall, das heißt der Teil des Proletariates, der ans Ruder gekommen war, verriet den Sozialismus.

Und das war etwas viel Prinzipielleres, als die Trotzkisten gemeint hatten, und hatte ganz andere Konsequenzen. Also nicht der Bürokrat, sondern der Proletenparvenu hat die Revolution verraten. Darin liegt etwas «Gesetzmäßiges». Dieser Prozeß wird sich immer wiederholen. Wo eine bestimmte Schicht ans Ruder kommt, verrät sie ihre idealistische, sozialistische Ideologie. Wir würden sagen, der Durchschnittsmensch aller Klassen und Schichten verrät, wenn er ans Ruder kommt, immer seine idealistische Ideologie. Das ist wohl ein unumstößliches Gesetz.



Graphik: Gerd Arntz

Abbau der Revolution in Rußland unter dem Druck des bolschewistischen Spießbürgers

In erster Linie will der Neuspießer seine Ruhe haben, und jeder, der davon redet, daß es nicht gut geht im Land, und der etwas ändern will, ist eine persönliche Beleidigung für das Regime und ein Ruhestörer. Er soll die Schnauze halten; hält er sie nicht, dann ins Loch mit ihm.

Deshalb das strengste Verbot, zu reden und zu denken. Strenger als es je in den schwersten Zeiten des Krieges gegen die Weißen war.

Dem Volk fällt es nicht leicht, das Maul zu halten. Denn es geht ihm nicht wunderbar. Auch wird das Volk nervös, weil es sich die «Oblomowerei» abgewöhnen muß. Es muß schaffen lernen. Es ist wahr, es ist schwer, mit dem undressierten russischen vorkapitalistischen Menschen, der durch Krieg Revolution, Bürgerkrieg etwas verlaust worden ist, eine neue ökonomische Gesellschaft aufzubauen. Die Bürokraten suchen es mit Gewalt zu schaffen. Sie wollen durch Dekret und GPU die neue Welt schaffen. Von Anfang an ist das so gewesen. Das verdarb die Besten unter den Herrschenden. (...) Ein passives Volk hat auch gern, daß einer es führe. Alle Passiven erliegen der Gefahr, Despoten zu züchten. Die Passivität der Russen disponierte sie, an Stelle des weißen Zaren einen roten Herrscher zu akzeptieren.

Die Disposition des Volkes zum Despotismus erleichterte das Entstehen der roten Diktatur in Rußland. Der Despotismus, geboren aus der Notwendigkeit, ein passives Volk zur Produktivität zu erziehen, wurde von den Bürokraten verwendet gegen alle, die der Bürokraten Sattheit bekämpfen wollten, die denken, zur Kritik anregen wollten.

Sie benützten den aus «rationalen» Gründen entstandenen Despotismus, um den Weitergang der Revolution zu verhindern. Er wurde Kampfmittel gegen die Revolutionäre. Die Proklamation von Stalin zum Diktator bedeutete Schaffen eines Führers gegen die Revolution. Also Verschärfung der Diktatur, um die Revolutionäre auszurotten. Unerbittlicher Kampf des Neuspießers gegen den permanenten Revolutionär, wie in allen Revolutionen, sobald sie einer Klasse zur Macht verholfen.

Der Spießbürger war auch in Noskescher Form in Deutschland und in der Mussolinischen Form in Italien brutal. Der russische hatte sich noch dazu verwildert in langem Bürgerkrieg. Das Menschenleben war so entwertet worden durch Krieg und Bürgerkrieg, daß man es auch in dem neuen Kampf, dem Kampf des Spießers gegen den permanenten Revolutionär, nicht hoch einschätzte.

Die allerbesten Bolschewiki kannten nie Rücksichtnahme auf die menschliche Individualität. Aber sie hatten selber eine solche und vergewaltigten die anderen nicht mehr, als sich selber. Sie wurden von einer Idee beherrscht, unterdrückten in sich alles, was dieser Idee nicht lebte, und so waren sie auch gegen die andern.

Die russischen Neuspießer aber hatten als einzig Individuelles den Willen, ihren Platz zu behalten, etwas vorzustellen und «glücklich» zu leben. Wer sie da störte, der wurde erschossen.

Die Größe ihrer Brutalität wurde stark mitbestimmt durch die ungeheuren Kompetenzen, die in Bürgerkrieg und Revolution oft ganz minderwertigen Menschen zufielen. Und die ihnen zu Kopf stiegen. (...) Die Neuspießer (...) und auch diejenigen, welche er kommandiert, würden lieber das Leben genießen als organisieren, arbeiten und kommandieren.

Der neue russische Mensch soll sehr launisch und nervös sein, und das kann man darauf zurückführen, daß er noch nicht rationalisiert ist. Und er selbst und jedermann verlangt das von ihm.

Deshalb ist er böse auf alles, was ablenkt, auf alle Triebe. (...) Er haßt die sinnlichen Ablenkungen. Das ist typisch für den Spießbürger. Er hat einen Antisexualkomplex.

Man stellt sich unter dem russischen Revolutionär etwas anderes vor. Man denkt an eine typische Figur, etwa die dritte in der «Liebe» von Kollontay. Stimmt gar nicht. Wenn sie eine Fortsetzung geschrieben hätte, hätte sie eine vierte Figur gezeichnet, den uns allen bekannten Spießer mit der doppelten Sexualmoral. Eine, die er von sich und den andern verlangt, und eine, die er lebt.

Da er sehr moralisch ist, hat er die Homosexualität, die sein revolutionäres Strafrecht als nicht mehr strafbar ansah, wieder zu strafen angefangen. Auch ist er

sehr streng geworden in bezug auf die Scheidung. Es müssen wieder beide Teile einverstanden sein, wenn geschieden werden soll. Scheidung ist auch Monopol der Wohlhabenderen geworden. Man zahlt eine Art Scheidungsstrafe. Die Schwangerschaftsunterbrechung wird wieder bestraft, und es gibt nicht einmal mehr eine medizinisch gestattete Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen. Und die Wissenschaft fängt auch an, zu schreiben, daß eine Tuberkulose durch eine Schwangerschaft nicht verschlimmert werde.

Man fängt wieder an zu reden von der Heiligkeit der Familie. Hat auch den Weihnachtsbaum wieder eingeführt. (...) Im Schulbetrieb kehrt man zu den autoritären preußischen Schulmethoden zurück und empfindet sie als fortschrittlich. Die Todesstrafe für Kinder über 12 wird eingeführt.

Weshalb diese Rückbildungen auf kulturellem Gebiet? Die Bolschewiki waren insofern immer Bolschewiki, als ihnen die Freiheit des Individuums verhaßt war, sie brachten für sie kein Verständnis auf. Sie sind Erben des Zarismus, das heißt eines Volkes, das aus langer Gewohnheit der Unfreiheit fast keine Lust hat, selber zu denken und zu handeln. Sie übernahmen es, dieses Volk in die Revolution zu führen. Als dieses Oblomow-Volk explodierte, schlug es alles zusammen, was es an Fesseln gab. Das war die erste Phase der Revolution, in der eine Art Freiheit fürs Individuum ausbrach.

Nach der Explosion wurde das Volk, besonders weil die Bolschewiken alle freiheitlich Gesinnten (Anarchisten, Anarchosyndikalisten) erschossen, wieder zum passiven Volk, das sich führen und despotisch beherrschen ließ, sich überhaupt nur bewegte, wenn es von den Bolschewisten am Kragen genommen wurde. Sie versuchten nicht, zur Freiheit zu erziehen. Sie verachteten die Freiheit. Gleichzeitig zog zu ihnen hinüber alles, was herrschen, sadistisch sein wollte. Was dem Teufel vom Karren fiel.

Und nun kam die Phase des Austobens der Herrschlust (sehr stark ökonomisch, selbsterhalterisch bedingt). Den Herrschenden war jede individuelle Regung ein Dorn im Auge. Dagegen wehrten sich wenige. Die Feigheit des Menschen und sein Wille, an den Augen der Herrschenden abzulesen, wie man sich verhalten müsse, um heraufzukommen, taten das ihrige. Damit war die Revolution zu Ende. War eine neue Despotie erschienen. Man freute sich, als Herrschender dem Untertanen «zuleid zu werken». In diesem Stadium befindet sich Rußland seit langem.

Der Wille zur Lust beim Untertanen ist dem Herrscher ein Dorn im Auge.

Wer einmal zu tun gehabt hat mit einem Bolschewiken der späteren Jahre, in dessen Auge es aufflammt bei jedem Wort, das ihm nicht gefällt, der einen anbrüllt bei jedem Satz, der Freiheit atmet, der jedesmal lügt, wenn er mit der Wahrheit das System nicht verteidigen kann, der kann sich das Leben des Individuums, das sich für seine Freiheit wehrt, in Rußland vorstellen! Und wer im Ausland nicht nur diese Bolschewiki, sondern auch die Leute, die in Missionen herkamen, gesehen hat und von ihnen nichts erfahren konnte, als was in den Zeitungen der Bolschewiki steht – außer sie waren mal besoffen und heulten dann über die Last der Lüge und Unfreiheit, die sie bedrückte –, wer das gesehen, der kann sich eine ungefähre Vorstellung machen von dem, was aus der Revolution wurde.

Und wenn man sich fragt, wie wird das denn ertragen, so muß man daran denken, daß die, welche die Macht haben, Menschen sind, die von zuunterst kamen und sich freuen, daß sie zuoberst sind. Es gibt einen Film *Die letzten Tage von St. Petersburg*. Einen Sowjetfilm. Zum Schluß des Films sucht eine Proletin ihren Mann. Sie sucht und sucht und muß immer höher steigen, ihn zu suchen. Zuletzt findet sie ihn zuoberst auf einem Turm. Von da kann er auf alle herabsehen und alle beherrschen. Dort oben steht er und betrachtet die Welt - und seinen Nabel. *«Wir sind das Salz der Erde.»*

Die Ermordung der Revolutionäre

Daß die echten Revolutionäre vor einer solchen Entwicklung erschraken und eine neue Revolution gegen dieses herrschende Geschmeiß anstrebten, ist selbstverständlich. War das nun das, was sie gewollt, was sie angestrebt? Wollten sie die Monopolisierung der Errungenschaften der Revolution durch Stalin, das heißt durch den repräsentativen Typus des emporgekommenen Seminaristen, der die andern Spießbürger führte und von ihnen Generalvollmacht erhielt, weil er sie in der hundertsten Potenz darstellte?

Als ich 1921/22 in Moskau war, sprach man in der Arbeiteropposition von der dritten Revolution, die nötig sein werde gegen die damals Herrschenden, Lenin, Trotzki, Sinowjew usw. Die Opposition sagte, die Revolution ist verloren und in



Graphik: Gerd Arntz

die Hände der Bürokraten geraten. Die Arbeiterorganisationen haben keine Macht mehr. Ein neuer Bürokratenstaat ist entstanden; gegen ihn muß der Arbeiter seine Revolution machen. Das war schon 1921. Noch unter Lenin und Trotzki und beide unterdrückten, wenn auch mit etwas weniger grausamen Mitteln, diese Kritik und Kritiker.

Stalin und seine Gefolgschaft sind groß geworden dank dem System von Lenin und Trotzki. Dank dem autoritären Zentralismus. Weil man die Arbeiteropposition unterdrückt hat, weil man alles mit Macht, Gewalt, Autorität, Tscheka, GPU glaubte durchsetzen zu müssen. Man wollte einfach alles aufdrängen. Mit wessen Hilfe schien gleichgültig. Man nahm einfach die Leute, die einem gehorchten, kamen sie aus der Ochrana oder aus der Wrangel-Armee, um die zu bändigen, die Lenin, Trotzki, dem Politbüro nicht gehorchen wollten. Alles wollte man mit Gewalt durchsetzen. Solange man eine Minorität ist und keine Macht zu vergeben hat, mag das gehen, weil dann niemand zu einem kommt, außer er sei überzeugt und will sterben für seine Idee. Wenn man aber einen Goldschatz hat, Staatsmacht hat, dann kommt aller Dreck zu einem, und mit diesem Dreck zusammen haben schon Lenin und Trotzki die wahrhaftigen Revolutionäre zu Paaren getrieben. Lenin und Trozki haben Stalin, haben die Organisation geschaffen, diejenige Regierungsmethode und Menschen herangezogen, die heute die Revolutionäre erschießen lassen. Ihre Generation hat angefangen, die Disziplin des Idioten höher zu schätzen, als das ungenierte Aussprechen der Wahrheit durch einen anständigen Menschen. Sie haben immer mit den Unanständigen die Anständigen geschlagen. Sie wußten es. Sie hielten die Disziplin für die Haupteigenschaft des Revolutionärs und töteten so den fruchtbarsten Menschen, schlossen ihn aus, den intellektuell und moralisch fruchtbaren Menschen. Da sie von dem Wahn besessen waren, sie wüßten die Wahrheit, sie allein, nach Marx, würden den Weg zur Emanzipation der Arbeiterklasse kennen, fanden sie, daß alle ihnen zu gehorchen hätten. Da ihnen in der Zeit, da sie keine Macht hatten, nur besondere Individuen gehorchten und nicht der Lump, kam die Falschheit ihres Systems erst zur ganzen Wirkung, als sie an die Macht gekommen waren und nun die zu ihnen kamen, die durch ihren Kadavergehorsam zu etwas kommen wollten. Sie haben die heutige Bürokratie geschaffen, die miserable Qualität dieser Bürokratie und ihres Anhangs. Sie haben durch Schaffung dieses Apparates die Weiterentwicklung der Revolution verhindert. Sie schufen den Apparat, der die alten Bolschewiki erschossen hat. Trotzki schuf den Apparat, der ihn aus Rußland verbannte. Zwanzig Jahre lang haben die Bolschewiki daran gearbeitet, den Apparat zu schaffen, der sie schließlich zugrunde richtete. Wenn dieser Apparat nicht alle tötet, die davon zu berichten wissen (was schon möglich ist), wird der letzte Bolschewik die Tragödie der Bolschewiki erzählen: Wie Lenin die Revolution, die er geschaffen hatte, zugrunderichtete.

Mit freundlicher Genehmigung des Karin Kramer-Verlags, Berlin. Textauszug aus: Fritz Brupbacher, Hingabe an die Wahrheit. Texte zur politischen Soziologie, Individualpsychologie, Anarchismus, Spießertum und Proletariat. Berlin 1979, 185 lesenswerte Seiten, 13,80 DM. Karin-Kramer-Verlag, PF 440417, 1000 Berlin-44.





Bücher, Bücher, Buchmesse, und nochmals Bücher

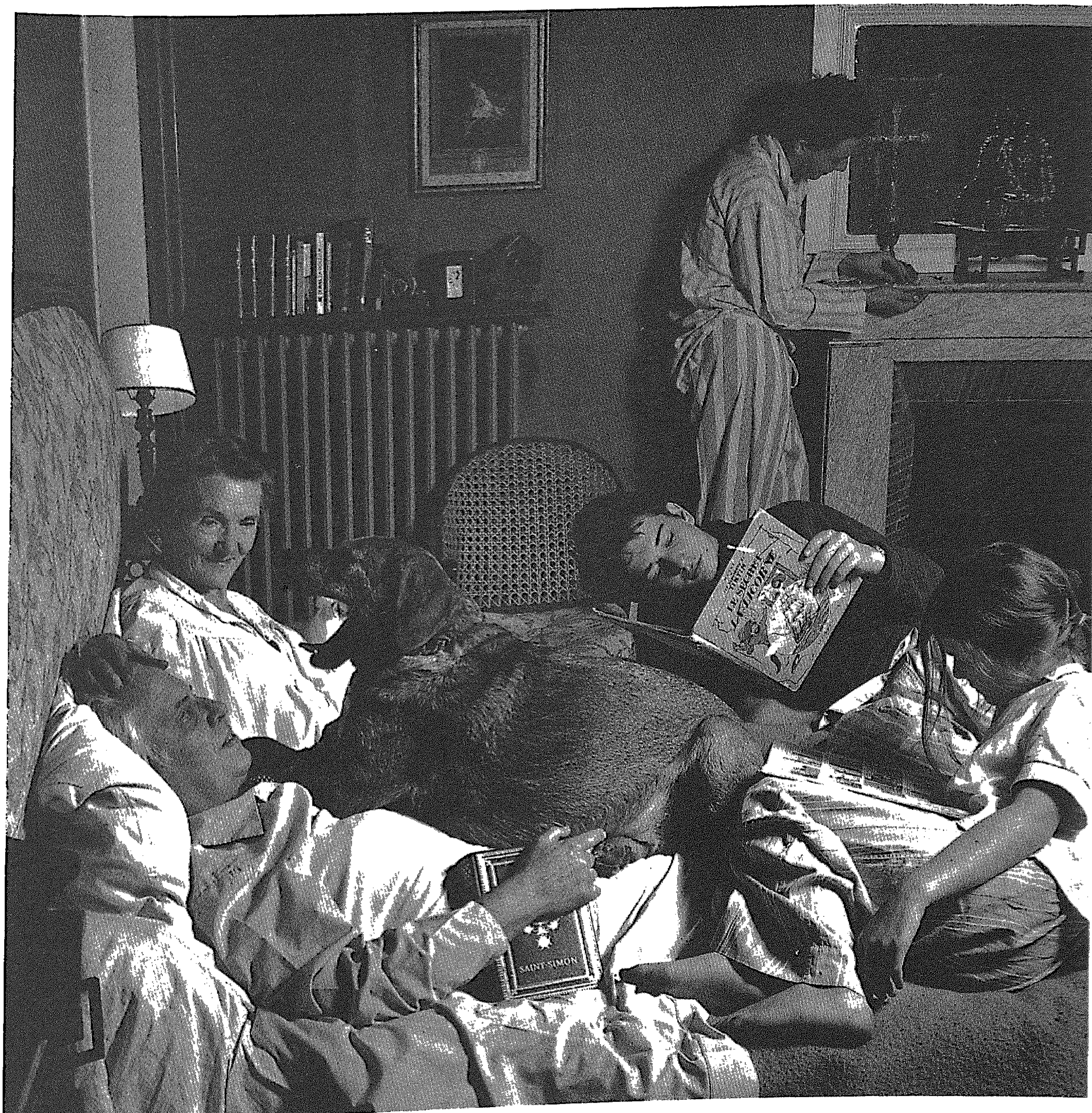


Photo: Anne Testut

In eigener Sache

Aufgrund so verschiedener Ursachen wie sehr spät eingegangener Manuskripte, Probleme mit der Übersetzung, Probleme mit der getroffenen Auswahl, Abstimmung mit den DruckerInnen und der Produktion von Neuerscheinungen haben sich die Erscheinungstermine von drei für 1991 angekündigten Trotzdem-Buchtiteln verschoben. Wir bitten also alle Subskribenten und andere ungeduldig Wartende um Verständnis und sammeln weiterhin Vorbestellungen. Die aktuelle Planung für 1992 sieht folgende Erscheinungstermine vor:

Januar: **Noam Chomsky u.a.: Die Neue Weltordnung** (Neuerscheinung), 16.-
Februar: Dr. Volker Szmula (Hg.): **Johann Most** - Dokumente eines sozialdemokratischen Agitators, Band 4, 22.-
Für EinzelbestellerInnen: Alle 4 Bände für 70.- anstatt 88.-
April: **Murray Bookchin: Die Neugestaltung der Gesellschaft**, 24.-; *Subskription: 20.-DM bis 1.3.92 verlängert!*
Juni: **Erich Mühsam: Staatsräson**, 18.- (Neuerscheinung mit einem Nachwort)
August: Arracher/Degen (Hg.): **Augustin Souchy: Anarchismus ist nicht nur utopisch!**, 35.-; *Subskription 30.-DM bis 1.7.92 verlängert!*

Bücher, Bücher, Buchmesse, und nochmals Bücher



Hans Peter Gansner: Die Stunde zwischen Hund und Wolf.
Roman Zürich: Ammann-Verlag 1991, 413S., Fr. 44.-

"Der Anarchismus und die Schweiz" heißt der Titel der akademischen Abschlussarbeit, welche die Hauptfigur, Hans Thomas Bohnstingl, in Hans Peter Gansners neuem Roman „Die Stunde zwischen Hund und Wolf" schreibt. Bereits 1981 publizierte der 1953 geborene Autor einen „Szene-Roman": „Desperado". Das Thema verspricht viel, ist doch die Schweiz für die Geschichte des Anarchismus von erheblicher Bedeutung - Kropotkin sagte gar, hier habe der libertäre Sozialismus seinen Anfang genommen. Wer indes Gansners Buch mit diesem Erkenntnisinteresse liest, wird arg enttäuscht: Es finden sich einige Reminiszenzen an die antiautoritäre Jura-Föderation zur Zeit der Ersten Internationale, an die anarchistischen Emigranten, die sich vorübergehend in der Schweiz niederliessen (Bakunin, Kropotkin u.a.), an junge (anarchistische bzw. marxistische) Schweizer ArbeiterInnen, die sich in Spanien dem Kampf für die Republik anschlossen; genannt werden Namen von Theoretikern, Agitatoren und Zeitschriften: James Guillaume, Fritz Brupbacher, Luigi Bertoni, der *Weckruf* u.v.m. Daß damit höchstens Stichworte gegeben, die Geschichte der anarchistischen Bewegung in der Schweiz bzw. ihr Verhältnis zum libertären Sozialismus aber keineswegg beschrieben ist, versteht sich von selbst.

Eine solche Neugier wird ja auch nirgends geweckt, bezeichnet doch „Der Anarchismus und die Schweiz" nicht das Thema von Gansners Buch. Bohnstingl, der darüber schreibt, wird zur Figur, in der etwas über Theorie und Praxis des Anarchismus in der Schweiz und auch anderswo sichtbar wird, und zwar nicht allein in einem historischen Sinne. Im Wesentlichen beschreibt der Roman ein Jahrzehnt aus Bohnstingls bewegtem Leben: Studium der Geschichte an der Universität von Entenhausen, eine zwar langjährige, doch keinegwegs exklusive Beziehung zu Gabi, die ein schmerzliches Ende nimmt, Entlassung als Hilfslehrer wegen eines provokativen Gedichtbandes, intensive politische Aktivitäten: sein treuer Hund Masco wird erschossen und Bohnstingl der Prozeß gemacht, weil er ein Mitglied des Schäferhundehalter-Verbandes „FASS!" Hubert Haber erschießt.

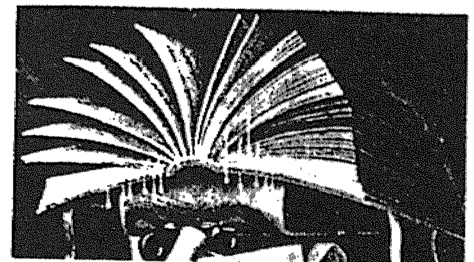
Der Roman liest sich trotz erheblicher Literarisierung als reportagehaft-dokumentarischer Bericht über eine für die Linke lebhafte Zeit, lustvoll erzählt aus der Sicht eines sich mitten drin bewegenden Außenseiters. In Gansners Beleuchtung und von ihrem Ende her gelesen erweisen sich diese siebziger Jahre in erster Linie als ein Sammelsurium von sektiererisch-ideologischen Politdebatten, revolutionären Romantizismen, grandiosen Überschätzungen eigener Wirkungsmöglichkeiten, politisch verbrämter Legitimierungen persönlicher Bedürfnisse, die sich selber ad absurdum führen. Mit dazu gehören die Legenden, die sich um die Geschichte des Anarchismus ranken - Bohnstingl begegnet ihnen auf seiner Suche nach historischem Material sowohl bei den alten Spanienkämpfern („die sieben Legenden vom Tod Durrutis) als auch bei jetzigen Anarchisten. Dennoch wird gerade im Anarchismus eine Dynamik sichtbar, welche die Erstarrung linker Politrituale immer wieder zu durchbrechen ver-mag: Den Darbietungen der stalinistisch orientierten Fraktion der Kulturgruppe Roter Morgen, den endlos heruntergeleierten linken Liedern, die sich von den rechten gar nicht so unterscheiden, bläst Bohnstingl seine Saxophon-Free-Jazz-Solis entgegen - einmal ein Requiem, das die Toten in der Friedhofserde wieder lebendig macht.

Dieses Requiem gilt dem Studenten Karl, dessen Selbstmord Bohnstingl über „den philosophischen Selbstbetrug der Paradieserwartung" nachdenken und die Unwägbarkeiten des anarchistischen Negativismus erkennen läßt. Doch „positiv" mag Bohnstingl nicht werden: Daß bürgerliches Leben eine Alternative böte, steht gar nie zur Debatte, doch das Leben in einer selbstverwalteten Agrar- und Handwerkerkommune überzeugt ihn nicht. Die Erschiessung Habers ist indes nicht Folge einer Hinwendung zum individuellen Terror, sondern diejenige eines zufälligen Versehens.

Die Stunde zwischen Hund und Wolf stellt keine Ästhetik des Widerstands dar, kein Aufheben bewegter Zeit in Literatur. Der Roman bemüht sich nicht um (nostalgische) Rettung vor dem Vergessen, vielmehr um Standortbestimmung - und auch kritische Selbstreflexion - in einer Epoche der „Niederlage", der Ungewissheiten, der unaufhebbaren Widersprüche, der zu Tode gekommenen Ideologien. Gansner leistet der "harmonisierenden" Ästhetik Widerstand, insbesondere in seiner Sprache einer gekonnten, mitunter poetischen Erzählweise, die durchsetzt ist von dialektalen, italienischen und französischen Wendungen, von Vulgär- und Umgangssprache, Szenen-, Polit- und Wissenschaftsjargon, von Zitaten (von Max Stirner über Erich Mühsam bis zur Populärmusik der Siebziger Jahre), durch Übertreibungen zu amüsanter Ironie gestaltet, mit viel Witz kombiniert und zeitweise gereimt bzw. verballhornt.

Der dritte und letzte Lehrsatz in Bohnstingls Manifest *Lavendelschlaf* heißt "Es lohnt sich nicht zu leben" - er steht indes nicbt ganz am Ende von Bohnstingls Geschichte. Seine Anarchistenfreunde tröstet er über seine Verurteilung zu sieben Jahren Gefängnis: "Ich wollte schon lange mal eine Entziehungskur machen und ein paar Bücher lesen", und er nennt Proust, die Brüder Karamasow und Don Quijote Und seine langjährige Nebenbeziehung, die Theologiestudentin Antoinette, bringt ihm einen Satz von Meister Eckhart in den Knast *„Du sollst Gott lieben, wie Er ist: ein Nichtgott, ein Nichtgeist, eine Nichtperson, ein Nichtbild; mehr wie ein lauteres, reines, klares Eins, von aller Zweiheit gesondert, und in diesem Eins sollen wir ewig von Nichts zu Nichts versinken."* Womit er endgültig über alle Ideologien hinaus, aber doch wieder zum Anarchismus gelangt ist - zu Gustav Landauer nämlich, der den mittelalterlichen Mystiker während eines Gefängnisaufenthalts ins Deutsche übersetzte.

Heinz Hug



Anarchismus und Kunst

Als Repräsentant der äußerst kreativen Beziehung zwischen dem Anarchismus und der Kunst ist im deutschsprachigen Bereich Erich Mühsam sicher am bekanntesten. Auch wenn in letzter Zeit mehrere Werke beispielsweise zum Verhältnis von libertärem Sozialismus und Literatur erschienen sind, bleiben große Lücken: In den Publikationen über Gustav Landauer etwa, in dessen Werk Literatur und Literaturkritik nicht nur als Nebenaspekt erscheinen, sondern integraler Bestandteil sind (1), fehlt dieser Bereich bisher fast vollständig. Ein Beitrag, diese Lücken zu schliessen, kommt aus den Niederlanden: die Nummer 3 der Zeitschrift „Avant Garde" ist dem Thema ANARCHIA gewidmet (2).

Beachtenswert ist das Heft insbesondere wegen des theoretischen Ansatzes, unter dem die Beiträge das Verhältnis von Kunst und Anarchismus untersuchen. Anarchismus wird verstanden: einerseits als historische Bewegung, andrerseits als interpretatives Konzept, als kreatives Lebensgefühl (im Sinne der "reverie anarchiste" Alain Pessins). Dieser Ansatz erlaubt, nicht - wie vielerorts üblich - nur jene künstlerischen Äusserungen zu berücksichtigen, die von erklärten Anarchisten geschaffen werden und die zu einem grossen Teil, zumindest was ihre Formen betrifft, von geringerer Qualität sind.

Historisch gesehen überrascht es, daß Künstler bzw. Künstlergruppen, die sich ausdrücklich in der Nähe der kommunistischen Partei befinden, in ihrem Schaffen anarchistische Züge aufweisen. Dies gilt sowohl für die Surrealisten (Fernand Drijkoningen "Surrealisme et anarchisme entre les deux guerres", S.39-66) als auch für Picasso (José Pierre:.„Picasso, l'anarchisme presque parfait, S.31-38). Die Herausbildung einer anarchistischen Ästhetik in Frankreich untersucht Dick Gevers in seinem Beitrag „Anarchie et symbolisme" (S.13-30); er findet dabei eine weitgehende Parallelität zwischen der politischen und der literarischen Bewegung. Von besonderer Originalität ist der Beitrag von Leigh Landy, der John Cage als „anarchist musician" und einigen jüngeren Komponisten gewidmet ist (S.67-84). Abgerundet wird der Sammelband durch einige Rezensionen, die vor allem dem Thema Avantgarde gewidmet sind sowie durch zwei Auseinandersetzungen mit bekannten Werken zum Thema: *Hubert van den Berg* befasst sich in sehr kritischer Weise mit der „anarchistischen Ästhetik" von André Reszler (S.85-98) und *Alexander von Bormann* mit dem bereits erwähnten Werk von Walter Fähnders (S.99-106); letzterer kritisiert die Beschränkung auf den rein historisch bestimmten Anarchismus-Begriff, der zu einer erheblichen Einschränkung des Themas führe.

Heinz Hug

1 Walter Fähnders: Anarchismus und Literatur. Ein vergessenes Kapitel deutscher Literaturgeschichte zwischen 1890 und 1910, Stuttgart 1987
Thierry Maricourt: Histoire de la littérature libertaire en France, Paris: Albin Michel 1990

2 Fernand Drijkoningen/Dick Gevers (Hrsg.): Anarchia (Avant Garde - Revue interdisciplinaire et internationale des arts et litteratures au XXe siècle, Nr.3, Amsterdam 1989). Zu beziehen bei: Editions Rodopi B.V., Keizersgracht 302-304, NL-1016 EX Amsterdam

Von originären Ketzern und anderen

In seinem Buch über die Katharer und ihre Vernichtung im 13.Jahrhundert hat Lothar Baier eindrucksvoll die Geschichte einer – vorwiegend anonymen – Massenbewegung in Südfrankreich geschrieben, die nicht nur die Geschichtsschreibung der Mächtigen durchbricht, sondern diese Geschichtsschreibung – vor allem im Hinblick auf die Kirche – auch widerlegt und korrigiert. Nun ist dies bei einem Thema wie den „Ketzern", einem heute immer noch negativ belegten Begriff, sowohl besonders einfach als auch notwendig. Bei den Katharern (das deutsche Wort Ketzer leitet sich wahrscheinlich davon ab) handelte es sich um eine Sekte, die ein dualistisches Weltbild hatte, d.h. daß für die Katharer alles Weltliche und Materielle das Böse war und das anzustrebende und erlösende Gute nichtmateriell und übersinnlich. Zwangsläufig lehnten die Katharer die christliche Kirche ab, nicht jedoch die Bibel als heilige Schrift. Die Katharer selbst kannten keine Kirche mit Administraion, Hierarchie und verbindlichen Dogmen. Ihre AnhängerInnen kannten nur zwei Gruppen: die Masse der Gläubigen und die Schar der „Perfekten" oder „Reinen". Diese Führungsschicht, zu der auch Frauen gehörten, zogen als besitzlose Prediger durchs Land und führten ein asketisches Leben, das nach ihrem Glauben beim Tod sofort ins Paradies führte.

Die Katharer waren vermutlich seit dem 12.Jahrhundert über das gesamte christliche Europa verbreitet, wurden jedoch in Südwestfrankreich zu einer Massenbewegung, die die dortige Amtskirche bedrohte, – sie dort fast überflüssig zu machen drohte. Die Reaktion der Kirche, die sich im 13.Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihrer geistlichen und politischen Macht befand, ließ zunächst einmal auf sich warten: ihre örtlichen Würdenträger waren so korrupt und heuchlerisch, daß sie andere Sorgen hatten – und ihr Verhalten sorgte eher für weiteren Zulauf für die Katharer. Der größte Teil des ansässigen Adels gehörte auch zu den Katharern oder sympatisierte mit ihnen.

Auf Betreiben des Papstes fanden von 1209 bis 1229 die sogenannten Albigenserkriege (Albi war ein Zentrum der Katharer) statt, getarnt als „Kreuzzüge" und getragen vom französischen König und französischen Fürsten, die damit ihren Einfluß und Besitz auf Südfrankreich ausdehnen konnten. Die Albigenserkriege waren eine Aneeinanderreihung von Massakern. Am Ende waren mit einem Großteil der Bevölkerung auch die Katharer als große Bewegung ausgerottet.

Eine weitere Reaktion der Kirche war die Einsetzung der Inquisition 1233 zur Bekämpfung ketzerischer Umtreibe. Sie hat der Kirche in den folgenden Jahrhunderten noch manch „gute" Dienste geleistet, und das ist mehr als nötig gewesen, denn die Kirche ist seitdem bis in unsere Tage mit vielen unterschiedlichen Ketzereien konfrontiert worden. Jede dieser Ketzereien – auch wenn es nur um einige „Wahrheiten" ging – wurde so bekämpft, als wenn es um die Existenz der gesamten Kirche ging.

Lothar Baier hat mit seinem Buch nicht nur das Schicksal der Katharer und die sozialen und politischen Hintergründe dabei spannend beschrieben, sondern im Schlußkapitel Reflexionen angefügt, die ein eigenes Buch wert wären: Über das Nachleben der Katharer. Insbesondere die Passagen über die Ketzer oder Dissidenten aller möglichen Dogmen werfen einige interessante Fragen auf: Sind Abweichungen von Dogmen Anzeichen für den beginnenden Untergang dieser Dogmen oder werden unter Umständen diese Abweichungen durch Integration zum Überleben von Dogmengebäuden genutzt? Was ist in diesem Zusammenhang die Funktion von ehemaligen Dissidenten als Überläufern?

Lothar Baier verhehlt seine Sympathie mit den Ketzern nicht, aber der Schlußsatz seines Buches *„Es ketzere jeder vor seiner eigenen Tür"* ist dann doch etwas zu dürftig, gemessen an der Fülle des Materials und der Überlegungen, die der Autor zuvor ausgebreitet hat.

Peter Walter

Lothar Baier: Die große Ketzerei, Verfolgung und Ausrottung der Katharer durch Kirche und Wissenschaft, Wagenbach TB 191, Neuauflage 1991, 204 S., DM 17,80

Deutsche Sitten Gabriele Goettles Streifzüge durch ein häßliches Land

Der Dramatiker Koltès hat auf die Bemerkung, daß er in seinen Stücken vor allem Außenseiterexistenzen zeige, gereizt geantwortet, daß es in einer Gesellschaft, in der fast alle unglücklich seien, widerlich konformistisch sei, von „Außenseitern" und von mit dem gesellschaftlichen Ganzen wie mit ihrem eigenen Leben identischen Normalbürgern zu sprechen: Er sieht nur Varianten, mit dem erstickten Leben umzugehen. Der zynische Witz der Aussonderung des Abweichenden (der Krankheit zum Beispiel) liegt darin, daß letztlich so gut wie jeder in irgendeiner Weise „abweicht" und das – will er reibungslos funktionieren – gefälligst zu verstecken hat. Wer sich die Wahrnehmung nicht durch Klischees standardisieren läßt, sieht dauernd diese Vermischungen, die seltsamen Mutationen, die jede Behauptung „normaler" und „abweichender" Verhaltensweisen als ideologisch ausweist. Genau das tut Gabriele Goettle.

Zwei Bücher versammeln ihre Texte: Ihre Reportagen und „Erkundungen in Ost und West" erschienen in der „Anderen Bibliothek", ihre Essays („Freibank - Kultur minderer Güte amtlich geprüft") bei Klaus Bittermanns Edition Tiamat. Ohne Zweifel sind dabei die Essays von größerer analytischer Schärfe, hier verläßt sich die Autorin nicht auf ihre „Impressionen" sondern polemisiert scharfsinnig und aggressiv gegen Zustände, an die sich auch die Linke längst gewöhnt hat. Immer wieder kreisen die Essays um Mechanismen der Warengesellschaft: Die Wahrheit über diese Gesellschaft dechiffriert die Autorin aus Versandhauskatalogen und Werbedrucksachen, die Arsenale der Spielzeugindustrie entziffert sie als „Trainingslager realitätstüchtiger Konsumenten". Sichtbar wird ein trostloses Land, dessen Bewohner sich eine Identität durch das Anhäufen von Markenartikeln suggerieren müssen und dessen Utopie sich in den Werbespots der Automobilindustrie verrät: „Man sieht die neuen Modelle über leere Autobahnen und durch unbelebte Wüsten gleiten. Die Fenster sind derart getönt und verblendet, daß von einem Fahrer nichts mehr zu sehen ist. Diese Werbefilme sind wie die Visionen einer Zukunft nach der Katastrophe." Dieser Blickwinkel ist weder besonders neu noch besonders originell (z.B. hat Enzensberger als er noch kein ewig lächelnder Entertainer war, vor einunddreißig Jahren einen Versandhauskatalog ähnlich scharfsinnig analysiert: *„Er ist unbestechlicher und genauer als jede demoskopische Untersuchung"*, aber er verrät entschieden mehr über die Funktionweise wie die Mentalität dieser Gesellschaft, als zum Beispiel die freundlichen Einladungen, sich an einer „civil society" zu beteiligen. Sind Goettles Reportagen locker gefügte Feuilletons, gibt sie hier deutlich zu erkennen, was sie für die deutschen Zustände übrig hat: Verachtung. Mir scheint die Essaysammlung die wichtigere der beiden Neuerscheinungen zu sein.

Obwohl viele Texte in der taz erschienen sind, wirken die Streifzüge durch die deutsche Realität und Surrealität nie rein journalistisch: Hier wird keine zielsichere Recherche betrieben um kompakte Artikel herzustellen (die doch immer nur das altbekannte Bild von Realität wiedergekauen), eher wirken die Texte wie die Spuren eines neugierigen Lebens, das absichtslos und darum hellwach sich einläßt auf die Begegnungen, die die Gegenwart zu bieten hat. Der Autorin hat sie allerhand zu bieten: Der Leser der Reportagen begegnet einem masochistischen Konditor, einem Penner, der früher Chemiker war und manchmal selbstverfasste Gedichte rezitiert, und einer KZ-Überlebenden („Manchmal hab ich versucht, einem Menschen das zu erzählen. Das war meine eigene Dummheit. Niemand glaubt es, sie sagen, die spinnt, will sich wichtig machen. Hinterher wird man um so mehr gepiesackt. Jetzt mach ich das nicht mehr.")

Von diesen Leuten erzählt die Autorin ohne Sensationsgeilheit: Sie führt keine Exoten vor, sondern hält lakonisch und verwundert einige verschärfte Wahrnehmungen fest.

Beispielhaft dafür ist der Tonfall, in dem sie von einem Masochisten erzählt, einer wenig auffälligen Gestalt: *„Konrad mit 56 Jahren der Älteste in der Runde, war mager, groß, verheiratet, kinderlos und vor Beruf Konditor." Er ist anspruchsvoll als Opfer. Als Masochist, sagt er, braucht man immer größere Reize, Steigerungen, und immer muß man eigentlich Angst habe vor dieser Grenzenlosigkeit, vor dem, wozu man noch fähig sein wird. Nierenprellungen und eiternde Wunden sind das Wenigste (..) Ein so oberflächliches Wesen wie er braucht die Tortur, den Exzeß. Unterdessen ist er soweit, daß er sich Fleischstücke aus den Wunden herausschneiden läßt mit der Rasierklinge. (...) Er kann sein Sexualleben mit niemandem teilen, es ist trocken, feindselig und menschenleer."* Die Reaktion der Autorin darauf ist exemplarisch: *„Der Bericht des Konditors löste allgemeine Bestürzung aus. Alle schwiegen. Niemand - selbstverständlich auch ich nicht - hatte das Bedürfnis nach einleuchtenden Erklärungen, der Konditor ebensowenig. Das Unheimliche war, daß der Konditor zwar absolut bizarr wirkte in seiner Passion, daß aber, während er erzählte, die Sache gar nicht so fremd klang, wie sie eigentlich hätte klingen müssen; es schien fast so als könnte jeder von uns dieser Raserei verfallen.~*

Mit der gleichen nüchternen Aufmerksamkeit betrachtet sie das Elend der Konformität: Lakonisch halten ihre Texte die Spuren des beschädigten Lebens fest. Auf solche Spuren stößt sie überall, zum Beispiel in den Säcken der Altkleidersammlung, die sie vor der Haustür eines Lehrerehepaars geklaut hat: Lauter elegante, teure, kaum getragene Lebenslügen - *„Ich sehe mir den Haufen an und stelle mir vor, daß all das getragen wurde zu den Gelegenheiten, bei denen man sich durch seine Garderobe auszuweisen hat in irgendeinem Lehrerkollegium oder anderswo. Diese Kleider sind teure Zeugen der Unterwerfung und Anpassung. (...) Der ständige kostümierte Auftritt auf der Grundlage des eigenen Körpers unterscheidet letztlich nicht mehr zwischen Konsumgut und Konsument."* Es wäre übertrieben, zu sagen, daß die Autorin die Spezies erfolgreich emporgekrochener, halblinker Akademiker besonders ausgiebig haßt - sie findet in diesem Milieu lediglich die schönsten Formen mentaler Verkümmerung, die gediegensten Lebenslügen, die feisteste Selbstgefälligkeit. So werden ihre Notizen quasi nebenbei zur Attacke auf einen Lebensweise, die sich vollkommen von den Gespenstern der gesellschaftlichen Hierarchie beherrschen läßt, wir sehen lauter erfolgreiche Elendsgestalten.

In den Reportagen werden gesellschaftliche Bewegungen (vor allem der Umgang mit dem Faschismus und die Einverleibung der DDR) in den Mikrostrukturen aufgespürt. So entdeckt die Autorin die realität der Faschismus-"Verarbeitung" in den Papierkörben der „Gedenkstätte" Bergen-Belsen, deren Inhalt sie penibel auflistet: „Cola-Büchsen. Papier vom Verdauungsriegel Balisto, Zigarettenkippen, Polaroidfilmkarton, Papier v. Diät-Sahneschokolade, halbabgenagt. Hühnerbein. Bananenschalen" etc. etc. - kein Zweifel, wir befinden uns an einem beliebten Ausflugsziel und daß sich die Ausflügler die gute Laune und den Appetit von den Massengräbern verderben lassen, ist nicht zu befürchten. Die gemütlich-brutalen Rituale, mit denen in Deutschland die Ermordeten abserviert werden, die Kontinuität faschistischer Mentalität analysiert Goettle in ihren Essays: *„Mit eben der*

Verve, mit der man vormals zum Massenmord geschritten ist, hat man nun auch den geschichtskorrigierenden Schlußstrich unter die eigene Vergangenheit gezogen. Die „Gedenkstätten" der Konzentrationslager werden erkennbar als „Kranzdeponien" bei feierlichen Anlässen und Entsorgungsparks fürs schlechte Gewissen der Erfinder der Sonderbehandlung."

Neben den Streifzügen durch die Bundesrepublik stehen die Aufzeichnungen einer Reise, die die Autorin im November 1989 mit ihrer Freundin durch die verfallende DDR unternommen hat: Erkundungen eines fremden Landes, das den Reisenden angesichts der Osmose aus Fünfziger-Jahre-Kitsch, Provinzialität und Kleinbürgergroteske seltsam bekannt vorkommt. *„Ohne jeden Zweifel sind wir in Deutschland."* Sie sehen kein Neues Deutschland, auch keine „stalinistische Holle", eher die schäbige, billige Variante des reicheren westlichen Miefs: Freundliche Spießer, ein Paar, das stolz ist auf Schrankwand, Westfernsehen in Farbe, Video, Sitzgruppe, Aquarium und ein Biedermeiermähkästchen mit eingelegten Elfenbeinornamenten. Sie sitzen uns prostend gegenüber, er im blauen Trainingsanzug, mit Hornbrille und Haarausfall, siebenundsechzig Jahre alt, sie mit blonder Lockenperücke, schwarzer Strumpfhose zum langen Pullover, etwas drall und Mitte Fünfzig. Welcome to Germany.

Peter Laudenbach

Gabriele Goettle: Deutsche Sitten. Erkundungen in Ost und West. Eichborn Verlag, 385 Seiten, DM 44.-

Gabriele Goettle: Freibank - Kultur minderer Güte amtlich geprüft. Edition Tiamat. 220 Seiten, DM 28.-

Labyrinthe der Avantgarde

Rezension von Peter Laudenbach

Ohne Zweifel sind gelungene Kalender ähnlich rar wie gelungene Jahre – der Trott des Gewöhnlichen überwiegt. Eine Ausnahme für den gebildeten Exzentriker – der Kalender als Gesamtkunstwerk, bei dem die Montage an die Montagen der Dadaisten denken läßt und nicht an den Beginn der öden Arbeitswoche. Während der Tage und Wochen des kommenden Jahres streift der Kalender durch die Labyrinthe der europäischen Avantgarde des Jahrhunderts – von den Situationisten (*"Arbeitet nie"*) über Antoin Artaud zu Heiner Müller, von Picabia zu dem polnischen Theaterregisseur Tadeusz Kantor. Dabei finden seltsame Begegnungen statt. So entdeckt man neben einer Notiz Kantors (*"Die Malerei ist die Manifestation des Lebens"*) eine Photographie, die vorführt, mit welcher Leichtigkeit die Kunst gelegentlich ins Leben übergehen kann: Ein Werbeplakat des großbürgerlichen Schauspielhauses, das während der Zürcher Jugendrevolte 1980 elegant zweckentfremdet wurde: Oben seriös "THEATER", darunter, von den Revoltierenden über den Spielplan gesprüht: *"Machen wir!"*. Die Gedichte und Manifestationen, die einer trostlosen Welt provokante Ohrfeigen verpassen und mit Gilles Ivain ihren Dissenz artikulieren (*"Herr, ich bin aus einem anderen Land"*), zeugen von einer Haltung, die die Revolte der Kunst mit der Kunst der Revolte verbindet und seit einer Erklärung der Surrealisten vom 27.Januar 1925 die Beamten des Geistes immer wieder aufzuschrecken versteht: "Der Surrealismus ist keine poetische Form. Er ist ein Schrei des Geistes, der sich auf sich selbst zurückwendet und der fest entschlossen ist, seine Fesseln zu zermalmen, und dies, wenn nötig, mit materiellen Hämmern."

Nautilus Literarischer Taschenkalender, 250 S., 14,80. *Edition Nautilus, Hassestr.22, 2050 Hamburg-80*

Hinweise für VeranstalterInnen:

I. *Gregor Hause* singt Erich Mühsam-Texte nach eigener Vertonung, wer ihn hören will, wende sich an: *Gregor Hause, Elisenstr.27, O-3012 Magdeburg*
P.S. Eine Cassette liegt dem SF vor, wir können sie für Interessierte reproduzieren und sammeln Bestellungen (16.-DM)

II. DADA-Performance von *W.Krause-Zwieback und Erwin Stache*. Mit surrealistischen Darstellungen, wie sprechenden Büchern oder einer lesbaren Schallplatte, sprachlichen Verfremdungen und ständig wechselnden Kostümen wird ein Kabarett geboten, das am Schluß in einem absoluten Chaos endet. Erst wird ein Tisch für das Festmahl sorgfältig gedeckt und abschließend das Besteck über den Tisch gekippt.
Kontakt: *W.Krause-Zwieback, Simsonstr.5, O-7010 Leipzig, Tel. (von West 003741) 31 19 74*

Gegenrezension?!
betr.: SF-3/91 (Nr.39)
btr. Rezension „Anarchismus heute“

Liebe GenossInnen. Beiträge zur Aktualiserung anarchistischer Positionen sind heutzutage wahrlich dünn gesät, was von interessierten Libertären allenthalben beklagt wird. Um so bedauerlicher daher, wenn diesbezügliche Ansätze kaum wahrgenommen werden, oder allzu leichtfertig damit umgegangen wird. So bei der Rezension Carsten Gäbels zu »Anarchismus heute - Positionen«, hrsg. v. *H-J. Degen, Verlag Schwarzer Nachtschatten 1991*, die ich als oberflächlich und ergänzungsbedürftig empfinde. An und für sich wäre nichts dagegen einzuwenden, daß er lediglich fünf Beiträge des Buches (die Artikel von *Wolfram Beyer, Gunar Seitz, Herby Sachs, Friederike Kamann und Wolfgang Haug)* als wichtig genug erachtet, um inhaltlich auf sie einzugehen. Als Rezensent ist er ja gefordert, seiner subjektiven Meinung Ausdruck zu verleihen. Was mich stört, ist auch eher das, was Carsten Gäbel nicht sagt. Denn er läßt die restlichen Artikel, die immerhin gut 50% des Sammelbandes ausmachen, einfach unter den Tisch fallen und hält es nicht einmal für angebracht, ihre bloße Existenz zu erwähnen (eine Ausnahme bildet lediglich der Artikel *Helmut Rüdigers*, von dem wir immerhin erfahren, daß er das Buch beschließt). Dadurch, daß eine Buchbesprechung gleichzeitig den Eindruck eines vollständigen Überblicks vermittelt, könnte die SF-Leserschaft dazu motiviert werden, keine weitere Notiz mehr von „Anarchismus heute“ zu nehmen; so würde aber einer wertvollen Chance zur inhaltlichen Diskussion entgegengearbeitet.

Oder sollte Carsten Gäbel selber von einem Großteil der Beiträge zu „Anarchismus heute“ keine Notiz genommen haben? Der Verdacht drängt sich auf, wenn er z.B. beklagt, daß neue libertäre Wege zur Schulproblematik keinerlei Erwähnung fänden. Wenn er sich ernsthaft mit allen Artikeln des Buches auseinandergesetzt hätte, so hätte er gleich an zwei Stellen fündig werden können. Einmal in *Ulrich Klemms* Beitrag »Verbrannte Pädagogik«, in dem dieser nicht nur konkrete Beispiele libertärer Schulexperimente schildert, sondern auch weitergehende Perspektiven entwirft:

„Die Anforderungen an eine libertäre Begründung von Pädagogik haben sich heute...verändert, So kann es z.B. nicht mehr nur darum gehen eine humane Schule mit Koedukation, Ganzheitlichkeit und Rationalität zu fordern..., sondern es geht um wesentlich weitgreifendere Veränderungen: um die Frage der Entschulung und Aufhebung der Schulpflicht.“(S.114)

In ähnlicher Richtung argumentiert *Uwe Timm* (Zum Glück gehts der Freiheit entgegen...), wenn er das staatliche Erziehungsmonopol durch die Möglichkeit eines freien Wettbewerbs der verschiedenen Schulformen ersetzt sehen will.

Sicherlich ist Carsten Gäbel zuzustimmen, wenn er kritisiert, daß der Bezug libertärer Programmatik auf unseren Lebensalltag - wie generell so auch in diesem Buch - wieder mal zu kurz kommt. Der dahinter stehenden Misere kann aber sicher nur durch gedankliche praktische Anstrengungen begegnet werden, und die müßten schon damit beginnen, daß wenigstens versucht wird, ernsthaft und offen auf entsprechende Angebote einzugehen. So verstehe ich auf jeden Fall *Ulrich Bröckling*, wenn er in seinem lesenswerten Aufsatz „Die Antiquiertheit des Krieges, die Zukunft der Soldaten und die Aussichten des Antimilitarismus“ anmerkt:

Zwischen dem was notwendig wäre, und dem, was möglich scheint klafft eine unüberspringbare Lücke. Genau darin liegt der Moment der Lächerlichkeit, dem nur Jene entgehen, die sich kritiklos fügen. Etwas von Donquichotterie haftet heute jedem Denken und Tun an, das sich gegen die Gewalt der Verhältnisse sträubt. Schwierig genug sich wenigstens das Bewußtsein dessen zu bewahren und die Lächerlichkeit nicht durch Dummheit noch zu verdoppeln. (S.140f)

Gerade provokante Thesen, die vermeintliche Selbstverständlichkeiten und liebgewonnene Gewißheiten radikal in Frage stellen, können neue Wege weisen. Und in den von Carsten Gäbel nicht erwähnten Artikeln finden sich Positionen, die geeignet sind, die oftmals zu eingefahrene libertäre Theoriebildung (und damit auch die politsche Praxis) zu erschüttern, bzw. zu deren erneuter und vielleicht auch erneuernder Verteidigung Anlaß zu geben. Oder sollte die damit verbundene Unbequemlichkeit ein Grund dafür sein, daß sie lieber übergangen werden?

So kann ich z.B. Uwe Timm nur zustimmen, wenn er in seinem schon erwähnten Artikel die Beteiligung der Libertären an der gesamtgeschaftlichen Diskussion einklagt, um Zielsetzungen zu vertreten *...die erkennen lassen, daß die Befreiung der Gesellschaft vor staatlicher Bevormundung, der Wirtschaft vom Kapitalismus, eine reale und notwendige Perspektive für die Zukunft einer humanen Gesellschaft bedeutet.(S.44)*

Und wenn er sein Plädoyer für eine offene, nichtkapitalistische Marktwirtschaft daraus ableitet, daß eine herrschaftslose Gesellschaft nur pluralistisch sein kann, jeder Versuch einer gesamtgesellschaftlichen Planung ökonomischer Prozesse aber nur zur unterdrückerischer Gleichmacherei führen kann, so halte ich das doch zumindest für diskussionswürdig. Oder bietet *Hans-Jürgen Degen* in seinem Beitrag „Hat der Anarchismus eine Zukunft?“, etwa keinen Stoff für Auseinandersetzungen, wenn er schreibt, daß es angesichts der fortgeschrittenen Umweltzerstörung und der Begrenztheit der Ressourcen heute primär „*...nicht mehr um Befreiung von entfremdeter Arbeit (gehen kann). Es geht um Neudefinition von Arbeit. Deren praktische Auswirkung kann nur noch gesellschaftlich notwendige Bedarfs-Arbeit sein.* (S. 153)

. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch *Helmut Rüdigers* Beitrag „Über Proudhon, Syndikalismus und Anarchismus“. 1949 verfaßt, müßte er noch heute für die zeitgenössischen Anhänger des Anarcho-Syndikalismus eine Provokation sein - oder zeigt sich darin nur, wie sehr die libertäre Diskussion in den letzten 40 Jahren stagnierte? Z.B. schreibt Rüdiger: *...ich bin der Meinung, daß der Syndikalis- mus...allzutief im klassischen Marxismus steckte und zum Teil überholt ist. Der Begriff muß eine Umdeutung erfahren, und wir müssen diesen Tatsachen offen ins Auge blicken. (S.161)*

Soweit nur einige Beispiele aus den in meinen Augen wichtigen Artikeln von „Anarchismus heute“, dem ich vor allem inhaltliche Resonanz wünsche! Die SF-Redaktion sollte in Zukunft mehr Sorgfalt bei der Auswahl von Beiträgen an den Tag legen - gerade bei so entscheidenden Themen wie der Aktualisierung anarchistischer Positionen. Oder steckt in diese Fall gar Methode dahinter, die sich auf die Person von Hans-Jürgen Degen, dem Herausgeber von „Anarchismus heute“, bezieht? Ist die Rezension Carsten Gäbels nur eine Konkretion der unheilsschwangeren Warnung Wolfgang Haugs anläßlich der von Degen u.a. ausgelösten Nationalismus-Diskussion, daß die letzteren *...sich selbst und ihrer politischen und publizistischen Arbeit keinen Gefallen tun, wenn sie ihre unverständliche Vorliebe für Nationales mit so viel*

Nachdruck öffentlich machen (SF 2/90, S.12)? Totschweigen als Rache für einen Verstoß gegen den libertären „common sense? Schlimm, wenn es so wäre!

Markus Henning, Berlin

Anmerkung:
Erstmal begrüßen wir es, daß mit Markus' Leserbrief quasi eine zweite Auseinandersetzung zum Buch *„Anarchismus heute"* im *Schwarzen Faden* erscheint. Wir teilen auch die Ansicht, daß die spärlichen Versuche zur Aktualisierung des Anarchismus ausführlich diskutiert werden sollten und erklären uns gern bereit Artikel, die sich mit Positionen des Buches auseinandersetzen im SF abzudrucken.

Trotzdem eine Anmerkung zum letzten Abschnitt, mensch traut uns ja allerhand Schlechtigkeiten zu und das ist ganz berechtigt, wenn mensch sich so ansieht, wer so alles in der Redaktion rumwurstelt. Dunkle Hintergedanken allüberall!

Es sei also versichert, daß (diesmal!) keine Methode dahintersteckte; da ein Großteil der SF-Redaktion (Herby Sachs, Friederike Kamann und ich selbst) Mitautoren des besprochenen Buches waren, haben wir besonders darauf geachtet, daß das Buch von einem Rezensenten besprochen wird, der nichts mit der Redaktion zu tun hat. Wer Carsten Gäbel kennt, wird auch wissen, daß er niemanden nach dem Munde redet oder schreibt – ganz im Gegenteil.

„Totgeschwiegen" sollten die anderen Artikel unsererseits auch nicht werden, denn wie sollte es auch zusammenpassen, daß wir z.B. Ulrich Klemm und Ulrich Bröckling zu unseren Mitarbeitern zählen, wir deren Beiträge aber bewußt wegließen?

Meine (zitierte) Bemerkung zu Degen u.a. will ich als Feststellung verstanden wissen, nicht als *„unheilvolle Warnung"*. Es war ein Bedauern und keine Drohung. Es ging mir ausschließlich darum, die politischen Unterschiede ganz deutlich herausarbeiten: nach dem Motto: wir urteilen niemand persönlich ab, schätzen vieles von der geleisteten Arbeit, machen aber auch deutlich, welchen theoretischen Schlußfolgerungen wir absolut nicht folgen wollen und welche wir bekämpfen. Wer unsere Position anders verstanden hat, sollte noch einmal nachlesen und darüber nachdenken.

Wolfgang Haug


Giuseppe Arcimboldo, Der Bibliothekar, Öl ca. 1565 © Skoklosters Slott, Schweden

Klaus Haag: "Der tausendköpfige Drache"

Rezension von Klaus Spindler

China im "Drachenjahr" 1989, die Protestbewegung, das Massaker. Vier Bücher hierzu sind vor dem an dieser Stelle besprochenen auf dem hiesigen Meinungsmarkt erschienen. Zumeist Aufsatz-Sammlungen zur chinesischen Gesellschaft bzw. zur Situation ihrer politischen Institutionen in jenen Tagen mit beigefügter, mehr oder minder ausführlicher Chronologie der Tage um das Massaker; das analytisch stärkste unter ihnen, das von Ulrich Menzel bei Suhrkamp herausgegebene "Nachdenken über China", das schwächste, ein typischer journalistischer Schnellschuß aus dem Hotelfenster westlicher Kommentatoren: "13 Tage im Juni. Tiananmen-Tagebuch. Als Augenzeuge in China" von Harrison E. Salisbury, bei Fischer erschienen.

"Der tausendköpfige Drache" von Klaus Haag, im Berliner mink verlag veröffentlicht, unterscheidet sich von seinen Vorläufern deutlich in seiner konzeptionellen Geschlossenheit. Zwei Jahre Abstand zum Massaker, dem Ereignis im Zentrum dieser Monographie, waren Zeit genug für gründliches, auch jetzt noch aktuelle Ergebnisse erschließendes Nachdenken - dank des gewählten Ansatzes: Konzentration auf Traditionen von Herrschaft / Protest in der Geschichte Chinas und auf den Vergleich dessen mit den Entwicklungen und Ereignissen in der heutigen Volksrepublik. Drei Anliegen stehen dabei im Vordergrund: zum einen auch heute noch gültige, uralte chinesische Herrschaftsprinzipien wie extremer Zentralismus, Korruption, ausgefeiltes Spitzelwesen, innerelitäre Kabalen in den höchsten Rängen und rigoroser Staatsterror als Repressionsinstrument gegenüber den aus

der Bevölkerung stets wiederauflebenden oppositionellen Bewegungen. Zum anderen versucht der Autor, einen spezifisch chinesischen Demokratie-Begriff aufzuzeigen: "»Demokratie« ist (...) vor allem ein politisches, nur in zweiter Linie ein ökonomisches System. Die Aufgabe dieses Systems ist die Verwirklichung einer Lebensgrundlage für die Menschen, die ihnen ihre selbstgewählten Rechte garantiert, nicht aber diese von »oben« vordefiniert. Besonders aber die Forderung nach direkter und jederzeitiger Kontrolle der Mandatsträger unterscheidet den chinesischen Demokratie-Begriff qualitativ von dem der meisten westlichen demokratischen Systeme."(S. 107) Drittens legt Kl. Haag in diesem Zusammenhang gerade auch besonderen Wert auf die Herausarbeitung anarchistischer bzw. libertärer Einflüsse, die zu Beginn unseres Jahrhunderts von Japan, aber auch von Paris aus nach China gelangten und dort besonders in den beiden ersten Dekaden bedeutende Resonanz in den gesellschaftlichen Entwicklungen Chinas erfuhren. Parallel dazu ortet der Autor libertäre Einflüsse in der chinesischen Demokratie-Bewegung, die bei ihm nicht erst mit den studentischen Protesten seit 1988 gleichsam dem Nichts entspringt, vielmehr werden deren Beginn auf 1974, mit dem Start der "Wandzeitungs-Bewegungen", datiert. Von hier aus wird die Entwicklung der Demokratie-Bewegung, die als eine politisch wie demographisch inhomogene gezeichnet wird, bis hin zu den 89er Protesten, deren Zielen und TrägerInnen (bestehend eben nicht nur aus StudentInnen, sondern ebenso aus Teilen der restlichen Bevölkerung) nachvollziehbar gemacht. Es wundert daher nicht, daß vor diesem Hintergrund ein völlig anderes als das in den West-Medien gemeinhin vermittelte Bild von dieser Bewegung entsteht.

Erreicht wird dies durch eine Darstellungsweise, die weit in die chinesische Geschichte zurückgreift. So werden etwa freiheitliche Ansätze in der vorkonfuzianischen Philosophie aufgezeigt; dialektisch wird die Herrschaftsgeschichte mit der der chinesischen Emanzipationsbestrebungen beschrieben, wobei anhand eingeschobener Exkurse etwa Parallen ebenso wie markante Unterschiede in der Herrschafts- und Protesttradition des Landes einander gegenübergestellt bzw. miteinander verglichen werden. Dadurch wird zum einen ein profunder Einblick in die chinesische Geschichte gewährt, zum anderen wird nie aus den Augen verloren, die 89er Ereignisse vor diesem Panorama chinesischer Historie zu erklären.

Ergänzt wird der analytisch/deskriptive Teil des Buchs durch einen reichhaltigen Dokumente-Anhang, der weit mehr als nur ein Anhängsel ist. So gut er die Grundthesen des Buchs illustriert und stützt, so sehr verhilft er der doch gezwungenermaßen hÄufig abstrakten und anstrengenden Ausarbeitung einer Unzahl von Fakten, Daten und Zusammenhängen zu belebender Nähe, Konkretion und Farbigkeit, die dem gehegten Doppelanspruch einer wissenschaftlichen, doch zugleich allgemein verständlichen Darstellung sehr zugute kommen.

Erwähnenswert hierbei ist auch der - in linken Kreisen leider noch immer sehr rare - saubere, das heißt sorgfältige und nachvollziehbar kenntlich gemachte Umgang mit den verarbeiteten Quellen, was sich nicht zuletzt in einem achtzehn Seiten umfassenden Auswahlverzeichnis verwendeter Literartur niederschlägt.

Somit wäre *"Der tausendköpfige Drache"* ein Buch, dem wegen seines hohen Informationsgehalts möglichst weite Verbreitung und bei einer neuen Auflage, der leichteren Lesbarkeit wegen, eine Erweiterung um eine Nachschlagehilfe (etwa in Form eines Personen- und Sachregisters) zu wünschen ist.

Bezug: Dieter Mink-Verlag, Berlin



Bücher, Bücher, Buchmesse, und nochmals Bücher



★ Salima Mellah: Algerien – Momentaufnahmen aus einem Land in Aufruhr

Verlag Schwarze Rissel/Rote Straße, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin-61; 184 S., 18.-DM

Nach fast 30jähriger Alleinherrschaft der Einheitspartei FLN ist von den AlgerierInnen ein Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt worden, der viele sich bekämpfende Kräfte freigesetzt hat. Eine Polarisierung durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche. Islamisten und Demokraten ringen um die Macht in einem Land, in dem sich die ökonomische Situation zusehends verschlechtert, die Frage der kulturellen Identität sich weiterhin stellt, der Kampf gegen die Vorherrschaft der Männer in unterschiedlichen Formen ausgetragen wird und vor allem der Ruf nach partizipation immer lauter wird.

Die Autorin geht folgenden Fragen nach: Wo steht Algerien heute? Ist, bevor eine demokratische Kultur entstehen kann, das Schicksal in die Hände der religiösen Kräfte zu legen? Wer sind die Islamisten? Warum können sie innerhalb so kurzer Zeit die Machtfrage stellen? Wo bleiben die Frauen dabei? Hier wird nur das Bild fanatischer, reaktionärer, machtgieriger, bärtiger Männer gezeigt. Der Schrei nach Freiheit, der im Oktober 1988 in den sobenannten Brotrevolten – die Fesseln aufgebrochen hat, kann doch nicht die Menschen veranlaßt haben, sich wieder selbst Fesseln anzulegen. Und: was hat der Golfkrieg in Algerien verändert?

★ Res Strehle: Kapital und Krise – Einführung in die politische Ökonomie

Verlag Schwarze Rissel/Rote Straße, 150 S., 18.-DM

Hier wird – ganz unzeitgemäß – Marx' Analyseinstrumentarium zum Verständnis des gegenwärtigen Kapitalismus gerettet. Einbezogen werden dabei Erneuerungsansätze Rosa Luxemburgs, der italienischen Autonomia operaia, feministische Ansätze (Werlhof, z.B.) und Ausführungen zur Technologiekritik (Hartmann z.B.).

★ ANARES-Bibliographie lieferbarer anarchistischer Bücher 1991/92

Gemeinschaftsprodukt von *Anares-Nord (Otto-Heise-Str.2, 3163 Sehnde-2), Anares-Medien (Vorgebirgsstr.18, 5000 Köln), Dachkammer-Buchvertrieb (PF 120 423, 6800 Mannheim), Trotzdem Verlag (PF 1159, 7043 Grafenau-1), Edition Anares (PF, CH-3000 Bern-8), Monte Verita Verlag (Hahngasse 15, A-1090 Wien)*; 80 S., 6.-DM

Ziel dieser – im Idealfall – alle zwei Jahre in überarbeiteter und aktualisierter Form erscheinenden Bibliographie ist es, allen Interessierten einen Gesamtüberblick über alle greifbaren anarchis(tis)che Titel zu geben, mit Verlagsadressen, Preisangaben etc. Neben der alphabetischen Auflistung wurden Register nach Sachgebieten erstellt, etwa: Einführungstexte, Anarcho-Syndikalismus, Frau-Mann-Sexualität, Ökologie, Antimilitarismus etc. Die Bibliographie sowie die aufgeführten Titel können in allen linken Buchhandlungen oder bei den obengenannten Verlagen und Vertrieben bestellt werden. WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt.

☞ AutorInnen und Verlage, die einen anarchis(tisc)chen Titel produzieren, sollten ihr Werk umgehend bei einer der oben genannten Adressen melden. Die Aufnahme des Titels ist selbstverständlich gratis.

★ Heinz Hug/ Gerd W.Jungblut: Erich Mühsam Bibliographie (1878-1934)

Topos Verlag, Vaduz (Liechtenstein), 235 S., 45.-DM

In jahrelanger Sucharbeit haben die beiden Mühsam-Forscher eine Bibliographie vorgelegt, die eine gute Grundlage für die Beschäftigung mit Erich Mühsam abgibt, auch wenn Mühsam – wie die beiden Herausgeber selbst feststellen – darüber bestenfalls gelächelt hätte. Einschränkungen gibt es im Fall von Mühsam – trotz der Ostöffnung – aber noch immer. Der Nachlaß (Original im Moskauer Maxim Gorki-Institut, Kopien in der Akademie der Künste) war beiden bis 1990 noch immer unzugänglich; ein Nachtrag zu dieser Bibliographie ist also wahrscheinlich. Trotzdem geht diese Bibliographie über das bisher bekannte hinaus, etwa durch aufgefundene Beiträge wie *„An die Genossen des Landes"*, im Augsburger *Volkswillen* vom 2.9.1919 oder durch die Aufnahme pseudonym geschriebener Arbeiten wie etwa Jolly in *Welt am Morgen* oder J.Diot im *Morgen*, Tobias im *Ulk*. Zu letzteren bereitet Heinz Hug eine eigenständige Veröffentlichung vor, die wir zu gegebener Zeit vorstellen wollen.

★ Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1, 14.-DM

Ein kurzer Auszug aus dem Beitrag über den neugeschaffenen Göttinnen-Kult in der grünen und ökofeministischen Bewegung der USA (und anderswo):

„In einer Zeit in der die amerikanische Analphabetenrate steil ansteigt, in der das Erziehungssystem am Rand des Versagens ist, in der die intellektuelle Fähigkeit der amerikanischen Öffentlichkeit wie allgemein bekannt auf einem Tiefpunkt angelangt ist und in der die Unkenntnis von grundlegendem Wissen über die Geschichte oder Geographie alarmierenden Umfang angenommen hat, – in so einer Zeit ist es merkwürdig, daß einige selbst ernannte Radikale eine theistische Version der Ökologie annehmen, gegen das Rationale argumentieren, die Wichtigkeit des Wissens und die Fähigkeit zum Denken herabsetzen und uns empfehlen, uns für die „Archetypen" zu öffnen. Die spiritualistische Sensibilität hilft uns jedenfalls nicht dabei, unsere kritischen Fähigkeiten zu entwickeln, sondern setzt auf unsere Einfalt. Durch das Verherrlichen des Spiritualismus gestehen diejenigen, die den Mythos in der Politik nutzbar machen wollen, eigentlich ein, daß sie den Menschen keinen kritischen Verstand mehr zutrauen, weder um über ihr eigenes Göttinnen-Theater nachzudenken, noch über sonst etwas.

Zudem ist die Unfähigkeit der spiritualistischen Denkweise, notwendige Unterscheidungen zwischen der Mythologie und der Wirklichkeit zu treffen, im politischen Alltag potentiell gefährlich. Die Zukunft, die ein spezifischer Mythos für einen politischen Alltag bereit hält ist ziellos, vor allem weil der Mythos nicht rational ist und keine Schlußfolgerungen erlaubt, und weil sein Inhalt grundsätzlich nebelhaft ist. Weil er das Nicht-Rationale anspricht, erleichtert sein Einsatz die Manipulation. Innerhalb der Teile der grünen Bewegung, die den Spiritualismus akzeptieren, öffnet er die Tür für die dunkle Seite ökologischer Politik."

@-Szene

Graswurzelrevolution durchsucht!
Am 17.7.91 durchsuchten 2 Staatsanwälte und vier Kripoleute die Redaktionsräume sowie eine Privatwohnung eines Redaktionsmitarbeiters. Bei der Verfolgung wurde offiziell angegeben, es handle sich um die Flugschrift *„Die Waffen nieder"*, ein Massenflugblatt zu Aktionen gegen die Bundeswehr, das in der *Graswurzelrevolution 134 (März 91)* abgedruckt worden war. Darin erregte vor allem der Artikel **„Blockiert die Rekrutenzüge!"** das Mißfallen der Staatsanwaltschaft. Da das Flugblatt verteilt war, war die Druckvorlage so ziemlich die einzige Beute, die bei den Durchsuchungen beschlagnahmt werden konnte. Die Graswurzelredaktion erwartet nun die Anklageschrift.

Für Prozeßspenden wurde folgendes Konto eingerichtet: *Postgiro Hamburg, Stichwort: Repression, BLZ 200 100 20.*

Infos über den augenblicklichen Stand erteilt die Redaktion: *Schillerstr.28, 6900 Heidelberg, Tel. 06621-13907*

Anarchistische Landkommune sucht finanzielle Hilfe und kann Erfahrungen vermitteln. Eine französische Gruppe (sechs Erwachsene, drei Kinder) war in der Absicht ein Kollektiv zu gründen nach Neukaledonien ausgewandert. Als sie bemerkten, daß sie dort einen Kolonialistenstatus einnahmen, brachen sie ihr Experiment ab und kehrten nach Europa zurück. In Spanien, in den Bergen von Almunecar (Granada), haben sie sich nun in die Föderation anarchistischer Landkollektive integriert und bewirtschaften 15 Hektar Land. Sie bieten Erfahrungen im ökologischen Landbau und suchen dringend Geld zum Kauf eines Traktors. Der Kontakt kann über die Zeitung CNT gesucht werden:

CNT, c/o Calle Viuda de Epalza 12, 20 48005 Bilbao, Euzkadi, Spanien.

Kurt Zube †

von Hans-Rudolf Hess

Seit dem 7.Maï 1991 ist Kurt Zube/K.H.Z. Solnemann tot. Er ist Mitte Mai auf dem Hauptfriedhof in Freiburg/Br. anonym begraben worden.
Kurt hat fast ein Jahrhundert Geschichte miterlebt und mitgestaltet. Wichtig war ihm stets eine vorurteilsfreie Interpretation der Ideen Max Stirners und John Henry Mackays und deren Aktualisierung. In diesem Sinne war er seit der Weimarer Republik verlegerisch tätig. Dabei stieß er mit seinem unkonventionellen Anarchismus nicht nur bei den politischen Gegnern, sondern auch oft bei GenossInnen auf Unverständnis und Ablehnung.

Kurt Zube, Brief vom 9.10.1989
Ich halte zwar nichts von ewiger Ruhe und gar im Nirwana, wobei wir beiseite gelegte Spielzeuge eines Gottes oder Teufels wären. Viel wahrscheinlicher erscheint mir die Ewigkeit aller im Erleben und Erkennen sich wandelnder „Ichs"- Denn es kann doch nicht etwas völlig Sinnloses oder Selbstbetrug gewesen sein, was uns antrieb und zwischen Falsch und Richtig zu unterscheiden lehrte. So lasse ich die Dinge auf mich zukommen, habe gar keine Angst vor dem Sterben und bin nur neugierig!

Kurt Zube hat mich testamentarisch als Nachlaßverwalter eingesetzt. Damit bin ich für die Bestände des ehemaligen Verlages der Mackay-Gesellschaft zuständig. Die Bücher der Mackay-Gesellschaft sind weiterhin über Edition Anares, Bern (und dadurch bei allen Anares-Gruppen: Anares-Nord, Sehnde; Anares-Medien, Köln, Dachkammer, Mannheim, Trotzdem Verlag, Grafenau, Monte Verita Wien) und über AurorA, Berlin erhältlich.

Black Flag, das radikale Londoner Anarchistenblatt, das 21 Jahre lang erschien, nicht zuletzt aufgrund des Engagements von Albert Meltzer, mußte im November 1990 mit der Nr.201 ihr Erscheinen einstellen. Als Grund nennen englischsprachige Zeitungen, daß zunächst die Satzanlage zusammenbrach und in der Zeit, in der die Mittel für eine neue zusammengebracht wurden, es unter den Redakteuren einen Todesfall (?) und eine Auswanderung gegeben habe. Das Restkollektiv hat seitdem vor allem für die Knastunterstützergruppe „Schwarzkreuz" gearbeitet. Inzwischen soll eine Fortsetzung der Zeitung geplant sein.

Kick it over, die kanadische anarchafeministische Zeitung, die seit dem Dezember 1989 nicht mehr erschien, hat eine neue Ausgabe (Nr.26) herausgebracht. Nach 8 Jahren Zeitschriftenarbeit sei das alte Redaktionskolektiv ausgebrannt gewesen, schreibt die neue Gruppe, in der nur noch ein Mitglied der alten Redaktion weiterarbeitet. Inhaltlich scheint sich die Zeitung etwas verändert zu haben, die neue Nummer bringt Artikel wie „From NeoColonialism to New World Order, From Buying Co-op to Political Action, Living the Spirit (Indianer-Spiritualismus). etc.48 Seiten.

Kontakt: Kick it over, PO Box5811, Stn A, Toronto, Ontario, Canada M5W 1P2.

Kleinanzeigen

(20.-DM pro Anzeige, Textlänge zwischen 5 und 15 Zeilen! Vorauskasse!)

* Der 15. Taschenkalender der autonomen Anti-AKW-Bewegung ist da! Mit Texten und Infos aus der Anti-Atom-Bewegung, Berichten und Diskussionsbeiträgen zu vielen anderen Themen, Comics, Adressenteil etc. auf 228 Seiten. Einzelpreis: 9.- + 2.-Porto gegen Vorauskasse. WiederverkäuferInnen erhalten 30%-50% Rabatt. **Der Atomkraft Nein! Kalender 92** kann bestellt werden bei: *BBA, St. Pauli Str.10, 2800 Bremen.* Der Gewinn geht selbstverständlich an Initiativen im Widerstand gegen Atomanlagen.

* **Tacho Nr.2** erschienen: Thema: Krieg, Sprache, Medien. Literarische Texte, kritische Sprach- und Medienanalysen zur Golf- Kriegsberichterstattung. Beiträge von U. Pörksen, G. Großklaus, C. Kim, D. Harth u.a. 140 S., 5.-DM + 0,80 Porto. Kontakt: *Tacho, Kreuzstr.25, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721-606568*

* **Infotelefon**, *c/o Album, Oldenburger Str.13, 2870 Delmenhorst*, **Tel. 04221-17815**. Das Info-Telefon soll der schnellen Vermittlung von Nachrichten und Terminen dienen, deshalb können dort sowohl Treffs etc. abgerufen werden und andererseits sollten Veranstaltungshinweise etc. auf den dortigen Anrufbeantworter aufgesprochen werden. Die Nachrichten werden von den BetreiberInnen auf die Antwortkassette gesprochen, so daß keine Stimmerkennung von InformantInnen möglich ist.

* Der **Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer/Region Berlin** hat eine neue Adresse: *Christburgerstr.31, O-1055 Berlin.*

* **Türkei- und T-Kurdistan-Dokumentation.** Dokumentation „Folter, Unterdrückung, Gewalt und Staatsterror in der Türkei und T-Kurdistan", Delgationsreisebericht, erhältlich für 10.- + Porto (V-Scheck) bei: *RA Roland Meister, Am Zehnthof 219, 4300 Essen-13.* Inhalt u.a.: Frauenkämpfe und Frauenwiderstand in der Türkei, 1.Mai in Istanbul, das neue „Anti-Terror-Gesetz".

* **Kurz-Doku über den Kampf der Mainzer Straße** (November 1990). Über die Räumung und die Zeit danach. Presseerklärung uund Flugis von Zeitungsausschnitten und Erklärungen, Meinungen von Parteien und Organisationen, die uns wichtig erschienen. 2.-DM, ab 3 Ex. a 1,50DM, bei: *InfoladenDaneben, Rigaerstr.84, O-1035 Berlin-Friedrichshain*

* **G.Fälscht**, *Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen, c/o ID, PF 104522, 2800 Bremen.* Wir archivieren (möglichst dreifach einsenden) gefälschte Presseerklärungen, Tageszeitungen, Hauswurfsendungen oder Falschgeld, falsche Briefmarken oder Fahrscheine, Info-broschüren und Plakate ... Dazugehörige Zeitungsartikel beilegen! P.S.: Spaßguerilla muß sein! Fälschen steckt an!

* **Achtung Anarcho-Eltern.** Ich bin 26-jähriger Anarcho aus Australien, lebe mit deutscher Freundin (keine Anarcha) und Söhnchen in Berlin-Ost zusammen. Ich möchte mich gerne mit anderen anarchistisch-gesinnten Eltern austauschen, u.a. über Erziehung (Lockerheit, „Disziplin", Schule etc.); über Vereinbarkeit von Kindern und politischer Arbeit, über Reaktionen der Bewegung/Szene auf unser Elternsein u.v.a.m..
Schreibt bitte an: *Willi Firth, Lychenerstr.73, O-1058 Berlin*

Anno I°
Firenze 22 Dicembre 1883
La Questione Sociale
ORGANO COMUNISTA ANARCHICO

Pensiero e

La Politica Parlamentare
del

L'AGITAZIONE
TRISTEZZA.

Londra, Settembre 1900
CAUSE ED
1898
Pubblicato a cura di

COSA E' L' ANA

UMANITA'
QUOTIDIANO ANAR
Verso il fallimento.
Fame e disoccupazio

ERRICO MALATESTA
Al Caffè
Conversazioni sull'Anarchismo

BOLOGNA
edizioni di "VOLONTÀ"
1922

Fioritura Libertaria
Fra Contadini
di
ERRICO MALATESTA
Opuscolo di propaganda Anarchica

L'Anar
Errico Mal
1893

NITA' NOVA
Anarchico

In tempo di elezioni
di
Errico Malatesta

Verurteilungen wg. "Krimineller Vereinigung" heute "keine Auslieferung für Umstürzler vor 100 Jahren"

Rubrik hautnah: Zugegeben beim ersteren handelt es sich um die BRD, beim zweiten um die Schweiz, aber erklärt das schon alles? (SF-Red.)

Urteil 71/450 vom 11.September 1891
zit. nach einem Artikel von Markus Felber in der Basler Zeitung vom 13.9.1991

"Wer aus politischen Motiven "todtschlägt" kann nicht aus der Schweiz ausgeliefert werden. Dies befand vor genau hundert Jahren das Bundesgericht im Falle des Italieners Enrico Malatesta, der allerdings nicht "todtgeschlagen" hatte, sondern nur römische Mauern beschmiert und schwarze Fahnen gehißt...

Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts war im Königreich Italien der Anarchist Enrico Malatesta wegen "Theilnahme an einer Verbrecherverbindung" zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Monaten Polizeiaufsicht verurteilt worden. Konkret vorgeworfen wurde ihm, er habe in Rom *einen "sozialistischen Cercle" reorganisiert, daselbst Proklamationen an Mauern geschlagen und schwarze Fahnen aufgehißt mit der rothen Aufschrift "Es lebe die Kommune"*. Habhaft wurde wurde die italienische Obrigkeit des Enrico Malatesta allerdings nicht, weil dieser – trotz bundesrätlichem Ausweisungsbefehl – wieder in die Schweiz reiste und deswegen in Lugano prompt verhaftet wurde. Und als die königlich-italienische Gesandtschaft in Bern seine Auslieferung verlangte, mußte sich das Bundesgericht mit dem Fall Malatesta befassen.

Das heute genau hundertjährige Urteil aus Lausanne rügt zunächst mit kritischen Worten den Artikel 2 des aus dem Jahre 1868 stammenden italienisch-schweizerischen Auslieferungsvertrages, weil dieser die Auslieferung wegen Zugehörigkeit zu einer "Verbrecherverbindung" vorsieht. *"Diese Bestimmung erscheint als eine anomale"*, schreibt das Bundesgericht und bemängelt, daß damit für eine Tat die Auslieferung zugelassen wird, die nach Schweizer Recht gar nicht strafbar ist. Doch das hohe Gericht blieb selbstverständlich nicht bei Artikel 2 des Vertrages stehen und fand deshalb bereits im Artikel 3 den gesuchten Ausweg: Die Auslieferung ist zu verweigern, *"wenn das Vergehen nicht als gemeines, sondern als ein politisches erscheint."* Und nicht ohne Stolz fügt das Urteil bei, daß *"überhaupt die sämmtlichen schweizerischen Auslieferungsverträge, die Auslieferung nicht nur für die absolut, sondern auch für die relativ politischen Delikte"* nicht zulassen.

Daraus folgert das Bundesgericht damals noch sehr großzügig, daß die Auslieferung für eine Tat wie *"Todtschlag und dergleichen"* immer ausgeschlossen sei, wenn aus politischen Gründen "todtgeschlagen u. dergl." wurde, z.B. *"zum Zwecke der Durchführung einer Revolution"*. Und ob eine Tat eine politische sei oder nicht, bestimme nicht der ausländische Staat, sondern die Schweiz selber *"aufgrund der sämmtlichen Umstände des Einzelfalles."*

Im Einzelfalle des Enrico Malatesta nagelte das Bundesgericht die königlich-italienische Justiz auf ihrem eigenen Urteil fest. Darin stehe schwarz auf weiß, daß die inkriminierte Vereinigung *"den Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung"* bezwecke. Daß für dieses eindeutig politische Ziel auch Gewalt eingesetzt werde, anerkennt das Bundesgericht durchaus. Solange aber nicht einfach politische Motive vorgeschützt würden, um gemeine Diebstähle und Raubzüge zu begehen, handle es sich um politische Delikte, für die es keine Auslieferung gebe, heißt es ohne Wenn und Aber im nunmehr hundertjährigen Urteil aus Lausanne.

Ein lieber Freund wird 90

von Günther Freitag

Eigentlich heißt er mit Vornamen Karl, so ist es ihm in seiner Geburtsurkunde und allen anderen amtlichen Papieren bestätigt. Doch die Tatsache, daß seine Freunde und Genossen ihn einfach Kurt nannten, hat ihn am Anfang der Nazizeit schon vor dem Zugriff der NS-Schergen gerettet. Die suchten nämlich einen Kurt Bommer und er konnte per Ausweis nachweisen, nicht als Gesuchter in Frage zu kommen.

Kurt wird am 23.Oktober dieses Jahres 90 Jahre alt. 70 Jahre seines Lebens gehört er der anarchistischen Bewegung an, der er bereits im Alter von 20 Jahren beitrat. Was hat er in diesen Jahren erlebt, was hat er erfahren? Es ist interessant und nie langweilig ihm zuzuhören, wenn er wortreich und lebendig über die Kampfjahre während der Weimarer Republik und seine persönlichen Erlebnisse berichtet. In Villingen (Schwarzwald) wo er geboren ist, wuchs er in einer streng katholischen Umgebung auf. Doch die Dogmen der katholischen Kirche stimmten nicht mit seinem humanistischen Weltbild überein, das sich bei ihm sehr früh durch das Lesen philosophischer Bücher und Antikriegsliteratur geprägt hatte. Er erklärte seinen Austritt aus der katholischen Kirche und trat einem atheistischen Klub bei. Als Atheist war er zugleich immer auf der Suche nach einer Weltanschauung, die seiner Vorstellung von einer klassenlosen, gerechten und freien Gesellschaft am nächsten war.

Der Tippelbruder Kurt kam im Alter von 20 Jahren nach Hamburg, zu einer Zeit, als die soziale Lage der Arbeiterschaft äußerst miserabel war. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Stadt war im August 1919 bereits auf 63 000 angestiegen und sie hatte sich in den Folgejahren immer weiter nach oben entwickelt. Die Arbeiterschaft litt unter der Preissteigerungswelle und drastischen Versorgungsengpässen bei den Grundnahrungsmitteln, wie Kartoffeln, Milch etc.[1] Dieser Mangel, sowie Preissteigerungen in fast allen Lebensbereichen, erzeugten bei der Arbeiterschaft Unzufriedenheit und Wut, vor allem gegen die Besitzenden, die „Kapitalistenklasse". Der 1918 gebildete Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich bereits im März 1919 wieder aufgelöst. In ihm hatten in erster Linie Vertreter der USPD und der Linksradikalen mitgewirkt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 gewannen die Mehrheitssozialisten (MSPD) 51.3% der Stimmen, während die USPD es nur auf 6,8% brachte.[2] Die SPD war für Kurt die Verräterpartei, mit der er sich nicht arrangieren konnte. Er ging zu den Kommunisten, las „Die Rore Fahne" gründete mit Walter Stöhr[3] die Gruppe „Junge Revolutionäre" und war Aktivist in der Erwerbslosenbewegung.

Am Kohlhöfen 23, in der Nähe des Hamburger Gängeviertels unterhielt Wilhelm Bauke eine Gaststätte, die zugleich das Agitationslokal der Kommunistischen Partei war. Hier kamen aber auch Anarchisten, Sozialdemokraten und Linksradikale zusammen.[4] Kurt traf sich hier des öfteren mit seinem Freund Etkar André,[5] der 1936 von den Nazis hingerichtet wurde. Eine von Wilhelm Baukes Töchtern wurde Kurts Frau, eine andere die von Carl Langer (Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift „Alarm"). So gab es Beziehungspunkte zur anarchistischen Bewegung.

1923 war Kurt aus der KPD ausgetreten: *„Wegen Bonzenwirtschaft und Zentralismus."* Mittlerweile hatte er Stirners „Der Einzige und sein Eigentum" sowie fast alle Bücher von Bakunin und Kropotkin gelesen und sich der „Freien Jugend" angeschlossen. In der „Freien Jugend", die auch eine Kindergruppe hatte, wurde gemeinsam gewandert, musiziert (Kurt war z.B. ein eifriger Geigenspieler) allgemeine und politische Bildungsarbeit betrieben und Propaganda für den Anarchismus gemacht, indem die Gruppe u.a. die Zeitschrift „Alarm" von Carl Langer verkaufte. Hier lernte Kurt auch Otto Reimers kennen, der Unionist (AAUE) war und für den Vertrieb der Zeitung „Proletarischer Zeitgeist" sorgte.

Wenn Kurt so erzählt, wird Zeitgeschichte wieder lebendig. Interessant sind seine Berichte über die Zusammenkünfte im „Block der antiautoritären Revolutionäre", wo Themen wie Antimilitarismus, die Schwangerschaftsfrage u.a. öffentlich diskutiert wurden, und die Zuhörer aufgefordert wurden, nicht zur Wahl zu gehen. Der „Anti-autoritäre Block" führte auch Vortragsveranstaltungen durch mit bekannten Anarchisten wie Rudolf Rocker, Volin, Ernst Friedrich und Bertold Cahn. Er setzte sich für die Befreiung von Nestor Makhno ein und startete eine Kampagne gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Im „Antiautoritären Block" kamen die verschiedensten unionistischen und anarchistischen Richtungen wie Individualisten, Anarcho-Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten zusammen. Kurt erinnert sich an die endlosen Diskussionen, die sie miteinander führten, aber auch daran, wie oft sie in sich zerstritten waren. Sicherlich eine vor dem Erfahrungshintergrund der NS-Herrschaft deprimierende Feststellung. In der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gab es, wie Kurt es ausdrückt, einen *„losen Zusammenhalt"* der Anarchisten untereinander. Überleben war ihre Strategie und Warten auf das Ende der Nazi-Herrschaft. Es gab solidarische Verhaltensweisen, wie das Verstecken von Verfolgten vor dem Zugriff der Gestapo, doch eine offensive Strategie gegen die Nazidiktatur lag nicht im Bereich des Möglichen. Nach Beendigung des zweiten Weltkriegs erfuhren die Hamburger Anarchisten, daß die SS noch im Jahr 1945 die Genossen Ernst Fiehring, Paul Zinke und Karl Kaminski im KZ Neuengamme ermordet hatte. Im Jahr 1946 versuchte Kurt mit seinen Genossen anarchisatische Gedanken in den neugegründeten Zusammenschluß „Vereinte Bünde für demokratischen Aufbau e.V." hineinzutragen. In dem Mitteilungsblatt „Der Zirkel" wurden auch Beiträge der Anarchisten aufgenommen. In einer Stellungnahme vom November 1948 kritisierte Kurt, daß man *„in allen Aufsätzen um die Dinge herum, wie um einen heißen Brei"* rede. Er vermißte das „Kämpferische und Mitreißende".[6] Neben seiner Mitwirkung in den „Bünden" nahm Kurt mit seinen Freunden seit April 1947 an den Veranstaltungen in der von Carl Langer gegründeten „Kulturföderation Freier Sozialisten und Antimilitaristen" teil. Ende 1948 kamen die alten Genossen, die die Nazizeit überstanden hatten, im Lokal „Trommelburg" im Stadtteil St.Pauli zusammen. Zu dieser Zeit machte ich als junger Mensch zum ersten Mal die Bekanntschaft mit Kurt. Ich war beeindruckt von seiner Belesenheit und seinem Wissen, das er sich autodidaktisch erworben hatte. Er besaß die Fähigkeit, wie sonst kein anderer, seine mündlichen Beiträge ohne Manuskript vorzutragen. Kurt stand im Mittelpunkt unseres Kreises. Mit Toleranz und klarem Denkvermögen übernahm er die Mittlerrolle zwischen den alten und jungen Anarchisten. Ihm ist es zu verdanken, daß die Hamburger Gruppe über lange Zeit in sich zusammenhielt. Er dämpfte nicht den stürmischen Enthusiasmus von uns Jüngeren, er lenkte ihn ganz dezent in logische Bahnen. Bis auf den heutigen Tag, wo wir uns in einem nunmehr kleinen Kreise in seiner Wohnung zum Gespräch einfinden, dominiert

bei ihm der Grundsatz, daß auch und gerade unter Anarchisten die menschliche Verbundenheit oberstes Prinzip ihres Denkens und Handelns sein sollte. Er weiß sich da mit Rudolf Rocker einig, der diese Überzeugung in dem schönen Satz zum Ausdruck brachte: „Es gibt eben Dinge, die kein Staat erzwingen kann, und wäre seine Macht noch so groß – dazu gehören vor allen anderen das Gefühl der sozialen Verbundenheit und die inneren Beziehungen von Mensch zu Mensch."

Salut Kurt zum Neunzigsten! Bleib gesund!

1 „Wir sind die Kraft", vgl. Arbeiterbewegung in Hamburg/Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988, S.104ff.
2 ebd., S.100
3 Seit 1946 auch Aktivist bei den Hamburger Anarchisten
4 Ein ausführlicher Bericht über das Lokal von Wilhelm Bauke findet sich in: „Vorwärts – und nicht vergeseen", Arbeiterkultur in Hamburg um 1930. Katalog zur Ausstellung, Hamburg 1982, S.66ff.
5 Vgl. „Wir sind die Kraft", S.295
6 „Der Zirkel", Nr.8, November 1948, S.5
7 Rudolf Rocker: „Entstehung des Abendlandes", Hamburg 1949, 1.Bd., S.327

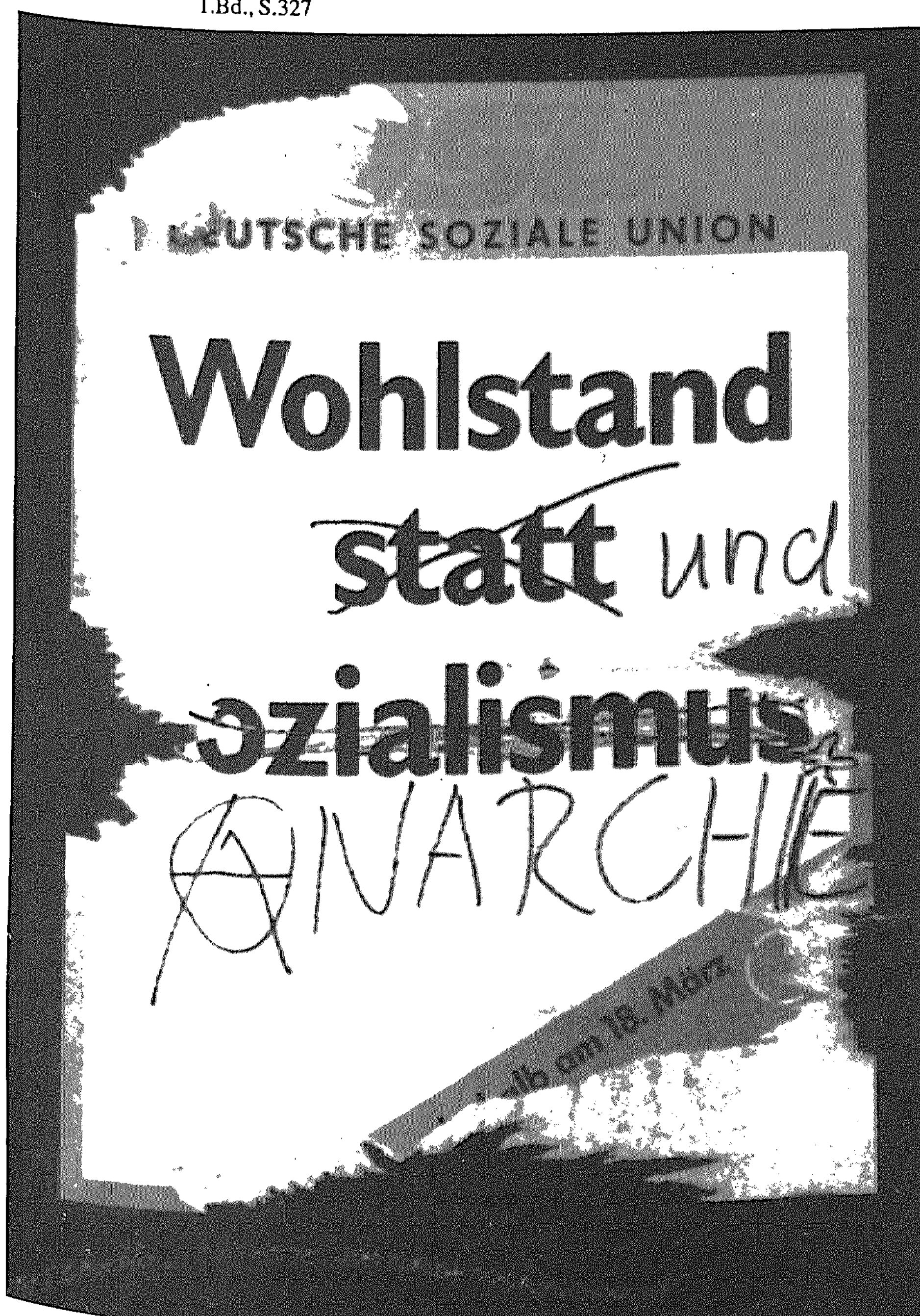


Photo: Jürgen Mümpken

Kurzes

Neue Libertäre Sozialisten?

Die KB-Minderheit (u.a. gegen die Beteiligung des KB an der PDS und für die Auflösung des KB) hat die **„Gruppe K“** begründet.

*„Unter KB-positiv verbuchen wir die Versuche, aus hoffnungslos isolierter Position eine Gegenöffentlichkeit zustandezubringen (wie etwa im Deutschen Herbst 1977) ... Wir halten auch weiterhin den Versuch einer radikal-linken Bezugnahme auf soziale Bewegungen für ein sinnvolles Konzept kommunistischer Intervention, müssen jedoch selbstkritsch einräumen, daß vom »Trüffelschwein« KB der notwendige Streit um linke Theoriebildung und kommunistische Intervention oftmals und zunehmend durch kurzatmigen Bewegungspragmatismus und einen unemanzipativen Massenbegriff ersetzt worden ist – einem Massenbegriff, der nicht reflektierte, daß KommunistInnen nur Politik mit solchen „Massen“ machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden und einer stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bedürfen. (...) Wir halten es demgegenüber für angebracht, einzusehen, daß die Aussicht auf eine massenhafte Verankerung nicht-reformistischer Politik in absehbaren Zeiträumen aus Gründen, die mit dem ökonomischen Potential des BRD-Imperialismus und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten von Korruption und Integration zusammenhängen, nicht existiert. Wenn wir dennoch KommunistInnen bleiben, dann deshalb, weil wir an den Stilstand der Geschichte nicht glauben, sondern die Welt als eine sich verändernde wahrnehmen. (...) **Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft.** Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken.“*

Vorläufiger Kontakt: Gruppe K, c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg-36

Es tut sich was in Deutschland!

Ein neudeutscher Karrieresprung gelang Thomas Dienel (29 Jahre alt) aus Weimar. Ehemaliges SED-Mitglied, Jahrelang FDJ-Sekretär und Mitarbeiter der STASI.

Ende 1989 Austritt aus der SED. Anfang 1990 Geschäftsführer der Deutschen Sex Liga Weimar. Frühjahr 1990 Geschäftsführer der Deutschen Sex Liga Thüringen. Sommer 1990 Geschäftsführer des Thüringer Landesverbandes der NPD! Besitzer zweier Gaststätten, die zu Fascho-Treffs werden. Seit Oktober 1990 Vorsitzender der Thüringer NPD.

Neudeutscher Karriereknick

Gestartet als Anarcho, Mitarbeiter der 883, später Mitherausgeber der RADIKAL, noch später Mitbegründer der AL und als Grüner im Bundestag. Nach der Vereinigung trat Dirk Schneider zur PDS über. Bis vor kurzem PDS-Vertreter im Berliner Kommunalparlament. Und heute das Geständnis jahrelanger STASI-Zuarbeit und das Ende einer fragwürdigen Politkarriere.

Termine

* **Frauentag**: Mut zur Wut. Veranstaltung des Regenbogen e.V. München in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. **in Nürnberg am 21.12.91.** Kosten 25.-; Nähere Infos: *Regenbogen e.V., Adlzreiterstr.23, 8000 München-2, Tel. 089-7212878 oder Fax 089-7212970*

* Einladung zum ersten überregionalen **Frauen-Vorbereitungstreffen gegen den Weltwirtschaftsgipfel** 1992 in München. Termin: **16.11.** um 13 Uhr im *KOMM in Nürnberg (Königstraße gegenüber Hauptbahnhof).* Nähere Infos bei: *Frauen-Koordinationsbüro, c/o Werkhaus, Leonrodstr.19, 8000 München-19; Tel. 089-168116.*

* **Theaterwerkstatt zum Therapie und Politik-Tag in Kassel.** Motto: *„Wer nicht irre wird an dieser Gesellschaft, ist verrückt!“* Ort: GHS Kassel, **1.-3.11.** Kontakt und Anmeldung: *entwicklungsdienst theater-methoden, c/o Fritz Letsch, Pariser Str.23, 8000 München-80*

* Eine Probe auf die Wirklichkeit. Weiterbildungswoche vom **16.-20.12.** *im Jugendhof, Oeynhausenstr.1, 4973 Vlotho.* „Diese Woche soll die Balnce zwischen den oft zu kurzen Wochenendworkshops und dem Anspruch des **Theater der Unterdrückten** als einer kontinuierlichen Arbeitsform der Bewußtseinsbildung herstellen. Anstatt im Theater Schauspieler frmede realitäten proben zu lassen, wolen wir unsere eigene Wirklichkeit erproben. Unser Leben ist fremdbestimmt von Fakten und Tatsachen. Unsere träume werden vom Konsumangebot gesteuert. Wo stehen wir? Was ist unsere Wirklichkeit?“
Kontakt: AKE Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

* Die **Tübinger Ernst-Bloch-Tage vom 8.-10.11.** finden unter dem Motto: „Demokratie und Sozialismus“ statt. Aus unserer Sicht besonders interessant wird die Beteiligung des libertären Sozialisten **Cornelius Castoriadis** sein, der auch die Eröffnungsrede am 8.11. halten wird. Teilnahmegebühr: 25.-DM. Kontakt und Bestelladresse für einen Vorbereitungsreader (in den 25.- enthalten bzw. bei Nichtteilnahme: 25.-): *Mathias Richter, Sigwartstr.11, 7400 Tübingen, Tel. o7071-27321*

* **„Die neue Weltordnung ist die alte“**, unter diesem Motto findet vom **15.-17.11.** *im Jugendgästehaus in Düsseldorf* ein Vorbereitungsseminar zum 16. BUKO-Kongreß (der 1992 in Stuttgart stattfinden wird) statt. Diskutiert werden soll: „Was ist neu an der neuen Weltordnung? und „Wo sind die brüche in diesen düsteren Prognosen, die Möglichkeiten für Veränderungen schaffen?“ (Teilnahme: 35.-DM, Anmeldeschluß: 30.10.)
Kontakt: *BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg-50, Tel. 040-393156*

* **Frauen-Seminar Rassismus– Sexismus–Internationalismus vom 29.11.-1.12.** im *Mädchentreff, Alsenstr.28,* Bücher (Militarismus und Sexismus, Cravan), *4800 Bielefeld, Tel. 0521-179450,* veranstaltet von: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg-50

* **Antiklerikale Woche in Trier vom 16.-24.12.** „...es ist dringend notwendig aufzustehen, gegen den weltweiten reaktionären Schwachsinn, der den kritischen Geist vernebeln soll.“ Kontakt: *AKAZ (Anti-Klerikale-Anarchistische Zelle), Birkenfelderstr.13, 5552 Morbach, Tel. 06533-5354*

* **Antifa-Ratschlag in Dresden am 1. Novemberwochende!!** Kontakt: *Antifa-Telefon West-Berlin, 030-6921599,* erreichbar auch über: *Buchladen O 21, Oranienstr.21, 1000 Berlin*

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.- DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15, 17, 18, 23 . Diese Nummern können z.T. bei *Anares, Vorgebirgsstr.18, 5000 Köln* nachgefragt werden!

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon *Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik u.a.

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) *Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus?(Ynestra King) * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/ Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücher) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/ Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Herby Sachs: Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos *Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Strobl-Brief * Antifa-Kongreß Berlin * Generalstreik in Spanien (Salamanca, Sevilla) * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline * AKTION - Vergewaltigungssondernummer * Interview mit INTERIM * Interview mit Joseph Luden (Israel) + Kritik * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Gerd Arntz - Nachruf * Über Else Lasker-Schüler * u.a.

Nr.31:EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug * Startbahn-Prozeß * Strobl-Prozeß * Zur Forderung nach freier medizinischer Versorgung im Knast * Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Häuserkampf in Köln * MediaPark * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg * Left Green Network * Interview mit Rainer Trampert * (Wahl-)Parteien machen Real(o)politik * Wintex/ Cimex * Interview mit Paco Cabello/CNT-AIT * Diskussion: Israel/Palästina * u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Autonomes Zentrum Wuppertal * 1.Mai in Kreuzberg * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Interview mit Luis Fuentes/CNT-AIT * Interview mit Jean-Louis/CNT-F * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi * Über den Graphiker Carl Meffert * Über den Dadaisten Walter Serner * u.a.

Nr.33: Radikale Linke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Situationisten damals und heute * Interviews (mit der KAS, mit der RADIKAL, mit Rio Reiser)* Erich Mühsam-Gesellschaft * Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« etc.

Nr.34: Wi(e)dervereinigungs-diskussion-I * Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * Fantifa-Bericht * SHELL und die Nazis * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialistengesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm u.v.a.

Nr.35: Demorede: Nie wieder Deutschland! * Stasi-Konferenz 1989 * Was kostet der Anschluß? * Nationalismusdiskussion-II * Flüchtlingspolitik – Ausländergesetz * 500 Jahre Kolonisation * Subsistenzansatz, Teil 1 von Veronika Bennholdt-Thomsen * Brief aus Argentinien * Carrara - Germinal * A-Konferenz in Triest * Märzrevolution 1920 von Erhard Lucas * Traven - Marut von Augustin Souchy * Interview mit Laid Thenardier * Nachruf auf Georg Usinger * 10 Jahre SF! uva.

Nr.36: Wahlboykottaufruf! * PDS/ Linke Liste-"Basis"demokratie * Radikale Linke-Kongreß * Entmilitarisierung/Totalverweigerung * Häuserkampf in Ostberlin * Festung Europa * Subsistenzansatz, Teil 2 von Veronika Bennholdt-Thomsen * TAZ lügt! * Füchtlingspolitik – Mexiko/USA * Nationalismusdiskussion-III * de Antonios Dokumentarfilme von Jörg Auberg * Kölner Progressive etc.

Nr.37: Kapitalismuskritik von Alexander Zinovjew * 2 Reden bei „Keine Stimme für Deutschland" * Die Kurdenfrage von Ronald Ofteringer * GATT - Gattastrophe * 500 Jahre Kolonisations-Feiern * Interview mit Alain Finkielkraut über Rassismus * Der Faschismus von Vichy von Maria A. Macciocchi * Über Ärzte in KZs von Jens Bjørneboe * AIDS - ein medizinischer Irrtum? * Über das Elend der Gegenöffentlichkeit von Jörg Auberg * Wider den libertären Nationalgedanken * Nachruf auf Rudolf Michaelis u.a.

Nr. 38 Kurdenverfolgung und kein Ende * US-Militärpolitik von Philipp Agee * Krieg und Geschwindigkeit von Ulrich Bröckling * Palästinenser aus jüd. Sicht (Adam Keller) * Int. mit Primo Levi (1986) * Holocaust-Historikerstreit * *Doitschstunde* von LUPUS * Nazis im Osten * Unruhen in Athen * Anarchisten in Polen * Black Panther - Veteran-Innentreffen (1986) * Int. mit p.m. etc.

Nr.39 Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen* "Wrestliche" Kultur und Multikulturelle Gesellschaft * Murray Bookchin über die Verteidigung der "Aufklärung" * Feministische Analyse des Golfkriegs * Kurden: Der Pakt mit Saddam * LUPUS: Die Maskenbildner des Krieges * Herby Sachs: 500 jährige Kolonisation*Arbeitswut *Nachrufe auf Karl Schild und Gustav Krüschedt * Zeitungen im Knast * Afroamerikanische Frauenliteratur * Zu Pasolini von Maria Antonietta Macciochhi * PUNK in der Ex-DDR u.a.

